

Aus dem Deutschen Zentrum für Wachstum, Entwicklung und Gesundheitsförderung
im Kindes- und Jugendalter, Berlin
und dem
Zentrum für Human- und Gesundheitswissenschaften
der Medizinischen Fakultät Charité – Universitätsmedizin Berlin

DISSERTATION

Familienplanung, Lebensverhältnisse und Lebensauffassungen von Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern

Ergebnisse einer Wöchnerinnen-Befragung unter Berücksichtigung
eines Vergleichs zwischen neuen und alten Bundesländern

zur Erlangung des akademischen Grades
Doctor medicinae dentariae
(Dr. med. dent.)

vorgelegt
der Medizinischen Fakultät
Charité – Universitätsmedizin Berlin

von

Andreas Zapf
aus Rodewisch

Gutachter:

1. Priv.-Doz. Dr. R. Siegmund
2. Prof. Dr. rer. nat. K. Wermke
3. Prof. Dr. med. V. Briese

Promotionsdatum:

03. 09. 2010

1	Einleitung und Zielstellung	3
2	Material und statistische Auswertung	6
3	Ergebnisse	15
3.1	Altersverteilung, eigener familiärer Hintergrund und Familienstand der mehrfachen Mütter	15
3.2	Berufliche Stellung, arbeitszeitliche Bedingungen, monatliches Nettoeinkommen und Einkommensarten der Mütter mit drei und mehr Kindern	18
3.3	Art der Erwerbstätigkeit, Kinderpause und die Pläne der Mütter, Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen	22
3.4	Zufriedenheit der Drittgebärenden mit dem Lebensstandard allgemein und mit ihrem Haushaltseinkommen im Speziellen	24
3.5	Kinderwunsch und zeitliche Verzögerung der Schwangerschaft der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern	25
3.6	Die Einstellung zu Kindererziehung und familiärer Arbeitsteilung	27
3.7	Die Einschätzung der Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Kinderbetreuung	29
3.8	Zufriedenheit der Wöchnerinnen mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung sowie der staatlichen Unterstützung von Familien	34
4	Diskussion	36
4.1	Theorien zur Erklärung generativen Verhaltens	36
4.2	Die Untersuchung generativer Strukturen bei der Familiengründung im Vergleich der neuen und alten Bundesländer	39
4.2.1	Das Heirats- und Geburtenverhalten in Deutschland	39
4.2.2	Die Entwicklung der Geburtenrate in Deutschland	42
4.2.3	Kinderlosigkeit in Deutschland	43
4.3	Die Realisierung von Kinderwünschen bei der Familiengründung in den neuen und alten Bundesländern	44
4.4	Familiäre Lebensformen in Deutschland	46
4.5	Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Familie und Arbeitsteilung	47
4.5.1	Familienbilder im Wandel: Die traditionelle Normalfamilie – eine historische Betrachtung	48
4.5.2	Die Erwerbstätigkeit von Müttern – Vergleich neue und alte Bundesländer	51

Inhalt

4.5.3	Politische Leitbilder der Familienpolitik der BRD im Vergleich zur ehemaligen DDR	54
4.6	Die Zufriedenheit mit der staatlichen Unterstützung von Familien in Deutschland	58
4.6.1	Zur Kinderbetreuungssituation in den neuen und alten Bundesländern	58
4.6.2	Die Situation der Kleinkinderbetreuung im europäischen Vergleich	61
5	Zusammenfassung	63
6	Literaturverzeichnis	68
7	Lebenslauf	73
8	Eidesstattliche Erklärung	74
9	Danksagung	75

1 Einleitung und Zielstellung

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist von einer zunehmenden Überalterung der Bevölkerung geprägt. Das bringt massive Probleme für alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit sich: Seien es die Neuorganisation der sozialen Sicherungssysteme wie dem Renten- und Gesundheitswesen, oder Fragen der Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik. Die deutsche Politik steht vor einem enormen Reformzwang, und das in doppelter Hinsicht: Die Transformation der deutschen Gesellschaft findet zum einen aufgrund weltweiter Entwicklungen im Rahmen der globalen Vernetzung statt, zum anderen gilt es, die Transformation der innerdeutschen Gesellschaft der deutschen Wiedervereinigung aktiv zu gestalten.

Deutschland ist nicht das einzige Land, das mit den Problemen der Überalterung konfrontiert wird, vielmehr ist es eine Entwicklung, die Deutschland mit anderen Industrienationen teilt. Die gestiegene Lebenserwartung aufgrund der medizinischen Versorgung ist hierbei nur *ein* Grund für die zunehmende Überalterung der Gesellschaft, denn zur gleichen Zeit, wie die Lebenserwartung steigt, werden in Deutschland immer weniger Kinder geboren. Laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) liegt die bundesdeutsche Geburtenrate bei lediglich 1,38 Kindern je Frau (BIB 2004). Um den Bestand der deutschen Bevölkerung zu erhalten, müssten aber durchschnittlich 2,1 Kinder je Frau geboren werden. Das ist keine neue wissenschaftliche Erkenntnis, denn seit nunmehr 30 Jahren liegt die Geburtenrate des früheren Bundesgebiets bei lediglich 1,5 Kindern je Frau (SCHMIDT 2002, SCHWARZ 2001). Demografen fordern bereits seit den 1980er-Jahren, das Problem der Überalterung nicht länger zu ignorieren und die nötigen gesellschaftlichen Reformen einzuleiten (BIRG 1975/1983). Ungeachtet der demografischen Prognosen wurde das Problem der schrumpfenden Gesellschaft von der Politik lange Zeit ignoriert, so dass es zu dem heutigen Reformzwang kommen konnte, mit dem sich die deutsche Gesellschaft heute konfrontiert sieht.

Auch wenn es lange gedauert hat, so ist die Problematik der demografischen Entwicklung mittlerweile in der politischen Diskussion angekommen. Endlich beschäftigen sich nicht nur Demografen mit den Auswirkungen der Überalterung auf die deutsche Gesellschaft. Vielmehr erkennt man die gesamtgesellschaftliche Tragweite und macht bevölkerungs- und familienpolitische Fragen zum „Kernanliegen einer sterbenden Gesellschaft“, wie es der renommierte Jurist und Politikberater PAUL KIRCHHOF (2006) formuliert. Hierzu gehört die Problematik der Vereinbarkeit von Kind und Beruf, denn Erwerbsarbeit und Reproduktion scheinen sich in Deutschland immer noch gegenseitig auszuschließen. KIRCHHOF sieht in der Möglichkeit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Kernanliegen der Gegenwart, da Männer und Frauen sowohl von ihrer Freiheit zur Familie als auch von ihrer Freiheit zum Beruf Gebrauch machen wollen. Der familienpolitische Auftrag besteht hierbei, die Rahmenbedingungen für die Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf zu schaffen.

Auch Vertreter der Wirtschaft, beispielsweise am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), nähern sich familienpolitischen Fragestellungen und sehen die Verbindung von Wirtschaft und Familie in der Erschließung der Frauen und Mütter als wichtiges Arbeitskräftepotenzial und fordern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (BECKMANN und KURTZ 2001). In diesen Tenor passt die aktuelle politische Diskussion um den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, die von der Familienministerin URSULA VON DER LEYEN initiiert wurde. Im Februar 2007 forderte sie den Ausbau der staatlich subventionierten Kinderbetreuung und die stärkere Unterstützung berufstätiger Mütter.

Die Forderungen der Familienministerin VON DER LEYEN basieren auf Erkenntnissen, die Dank internationaler vergleichender Forschung gezogen werden konnten, weil sich Länder wie Schweden oder Frankreich früher als Deutschland den Fragen der Überalterung ihrer Gesellschaft gestellt haben. Sie versuchten durch familienpolitische Modernisierung der Geschlechterrollen der sinkenden Geburtenrate entgegen zu wirken (VEIL 2003): Das Umdenken beim traditionellen Familienbegriff, der bei der familiären Arbeitsteilung den Vätern die Ernährerrolle und die Erwerbsarbeit vorbehält und den Müttern die Haus- und Erziehungsarbeit zuschreibt, als auch die Erweiterung des Familienbegriffs, der Alleinerziehende und nicht verheiratete Paare nicht länger ausschließt, war in unseren Nachbarländern für eine pronatalistische Bevölkerungspolitik entscheidend.

Doch wir müssen nicht immer nur unsere europäischen Nachbarn zitieren, wenn es um den Einfluss von pronatalistischer Bevölkerungspolitik im Rahmen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Schließlich finden wir in der deutschen Geschichte am Beispiel der ehemaligen DDR, wie sich eine verbesserte Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung auf die Geburtenrate auswirken kann (SCHWARZ 1992, WENDT 1993). Die Auseinandersetzung in der aktuellen öffentlichen Diskussion in den letzten Tagen zeigt angesichts der herben Kritik, der die Familienministerin von Seiten der Kirche (wonach Frauen lt Bischoff Walter Mixa zu „Gebärmaschinen“ degradiert würden) und von Vertretern aus den eigenen Reihen der CDU (Vorwurf der „Sozialdemokratisierung“) ausgesetzt ist, dass die Frage um die Kinderbetreuung stark ideologisch aufgeladen ist.

Im Rahmen dieser Arbeit kann und soll diese politische Auseinandersetzung nicht gelöst werden. Vielmehr stehen im Fokus dieser Untersuchung die Frauen und Mütter, die sich trotz steigender Kinderlosigkeit dazu entschieden haben, Kinder in die Welt zu setzen. Die Untersuchung basiert auf der Analyse der sozio-medizinischen „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“, die zwischen 1998 und 2000 bundesweit über 5.100 Wöchnerinnen zur Familienplanung, zu Lebensverhältnissen und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie befragte.

Hierbei liegt der Fokus auf den Wöchnerinnen, die bereits drei und mehr Kinder zur Welt gebracht haben. Diese Gruppe der Befragten zeichnet sich durch zweierlei Dinge aus: Nicht nur, dass sie sich in Zeiten der steigenden Kinderlosigkeit dafür entschieden haben, Kinder zu bekommen, darüber hinaus bekommen sie mehr Kinder als der bundesdeutsche Durchschnitt, der bei 2 Kindern je Frau liegt.

Ziel der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ ist es, ein umfassendes Bild von der Lebenssituation, der Lebensauffassung und der Familienplanung der befragten Wöchnerinnen zu geben. Hauptaugenmerk liegt hierbei auf dem Vergleich der neuen und alten Bundesländer. Dieser Schwerpunkt ergibt sich aus der besonderen historischen Situation Deutschlands angesichts der Wiedervereinigung zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme der BRD und der DDR. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung unterschieden sich die beiden deutschen Staaten nach fast 50 Jahren Teilung in vielerlei Hinsicht; sei es wirtschaftlich, politisch als auch sozio-kulturell. Hauptschwerpunkt der Untersuchung liegt auf dem Vergleich der Aussagen der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern in den neuen und alten Bundesländern. Lassen sich nach 10 Jahren Gemeinsamkeiten aufzeigen oder überwiegen die Unterschiede in Bezug auf Familiengründung, Lebenssituation und Einstellung zur familiären Arbeitsteilung zwischen den neuen und alten Bundesländern zum Zeitpunkt der Untersuchung im Rahmen der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ (1989 – 2000)?

Um diesen Fragen nachzugehen, wird die „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ zunächst ausführlich vorgestellt werden. Hierbei zeigt sich, wie umfassend die Erhebung konzipiert wurde und wie komplex sich das Thema des generativen Verhaltens gestaltet. Der Fragebogen umfasst Fragen zur Planung der Schwangerschaft, zu Gründen im Falle einer zeitlichen Verzögerung der Realisierung des Kinderwunsches sowie Fragen zum weiteren Kinderwunsch der Wöchnerinnen. Neben ihrer beruflichen und sozialen Situation konnten auch Familienstand und Einkommen erhoben werden, die Aufschlüsse über die momentane Lebenssituation geben. Abschließend umfasste ein großer Teil der Untersuchung Fragen zu Lebensauffassungen der Wöchnerinnen, z.B. die Einstellung der Befragten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Arbeitsteilung bei der Kindererziehung (Kap. 2).

In Kap. 3 findet sich eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“. Anschließend folgt in Kap. 4 die ausführliche Diskussion der Studienergebnisse sowie deren Verortung in den Kontext anderer Untersuchungen und statistischen Analysen. Hier erfolgt die Interpretation der Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“. Hierzu soll zunächst der theoretische Rahmen abgesteckt und das komplexe Wirkungsgefüge generativen Verhaltens und seine möglichen Faktoren auf der makrosoziologischen Ebene betrachtet werden (Kap. 4.1), bevor auf die generativen Strukturen im Zuge der Familien-

gründung eingegangen wird (Kap. 4.2). Wie sieht es mit dem Kinderwunsch und der Realisierung der Kinderwünsche aus? Lassen sich Diskrepanzen oder Übereinstimmungen zwischen den neuen und alten Bundesländern aufzeigen (Kap. 4.3)? Wie steht es mit den familiären Lebensformen in den neuen und alten Bundesländern (Kap. 4.4)? Die Herausarbeitung der signifikanten Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern bringt uns zum Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der familiären Arbeitsteilung: Hierbei darf die historische Betrachtung der Entwicklung des heutigen Modells der „traditionellen Normalfamilie“ nicht fehlen, ebenso wenig wie die Betrachtung der Entwicklung der Erwerbsarbeit und der politischen Leitbilder der Familienpolitik in der früheren BRD und der ehemaligen DDR (Kap. 4.5). Abschließend wird die Situation der Kinderbetreuung und die Zufriedenheit der Wöchnerinnen mit der staatlichen Unterstützung in den neuen und alten Bundesländern untersucht (Kap. 4.6). Die Zusammenfassung der gewonnenen Ergebnisse erfolgt in Kap. 5.

2 Material und statistische Auswertung

In den Jahren 1998 – 2000 wurden 5.230 Wöchnerinnen bundesweit Fragen zur Familienplanung, zur Einschätzung ihrer Lebensverhältnisse und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie innerhalb der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ gestellt. Die Beteiligung an dieser Studie war freiwillig und anonym und genügte den Anforderungen des Datenschutzes. Name und Wohnort der Wöchnerinnen wurden nicht registriert. Die Studie ist vom Landesbeauftragten für den Datenschutz nach Vorstellung genehmigt worden. Die Wöchnerinnen füllten während ihres Klinikaufenthaltes zur Geburt ihres Kindes den Erhebungsbogen aus. Dieser wurde dann von der Wöchnerin selbst in einen A4-Umschlag gesteckt und von ihr verschlossen. Anschließend wurden die ausgefüllten Fragebögen an die Universitätsfrauenklinik Rostock zur Bearbeitung weitergeleitet.

Diese Studie wurde unter Verantwortung von PD Dr. Dr. rer. med. habil. M. Voigt vom damaligen Forschungsbereich „Neugeborenenanthropometrie und Epidemiologie“ der Universitätsfrauenklinik Rostock unter dem Direktorat von Prof. Dr. med. habil. K. Friese durchgeführt und vom Deutschen Zentrum für Wachstum, Entwicklung und Gesundheitsförderung, Berlin, gefördert. An der Konzipierung der Studie waren auch die Soziologen Dr. M. Meyerfeldt und P. Sopp vom Institut für Soziologie der Universität Rostock beteiligt. Insgesamt nahmen 29 Einrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet an dieser Studie teil. In die Auswertung kamen nur Fälle, wo die Wöchnerinnen und die dazugehörigen Partner eine deutsche Staatsangehörigkeit hatten (Tab. 1).

Tab. 1 Teilnehmende Einrichtungen mit Datenumfang

Einrichtungen	befragte Wöchnerinnen		Staatsangehörigkeit Mutter = „Deutsch“ Vater = „Deutsch“	
1. Städtisches Klinikum (Dresden)	286	neue Bundesländer	270	n = 2.010
2. Universitätskliniken (Kröllwitz Halle)	266		257	
3. Kliniken D. Chr. Eschersleben (Quedlinburg)	39		39	
4. Städtisches Krankenhaus (Eisenhüttenstadt)	67		66	
5. Spreewaldklinik (Lübben)	49		48	
6. Universitätsklinik (Greifswald)	341		324	
7. Klinikum Südstadt (Rostock)	135		131	
8. Universitätsklinik (Rostock)	229		224	
9. Kreiskrankenhaus (Hagenow)	202		196	
10. Städtisches Klinikum (Schwerin)	188		182	
11. Kreiskrankenhaus (Salzwedel)	177		174	
12. Helios-Klinik (Gotha)	102		99	
		n = 2.081		
13. Oskar-Ziethen Krankenhaus (Berlin)	523	Berlin	495	n = 570
14. Klinikum Buch (Berlin)	62		58	
15. Klinikum Neukölln (Berlin)	22		17	
		n = 607		
16. Krankenhaus (Reinbek)	45	alte Bundesländer	41	n = 2.193
17. Allgem. Krankenhaus Wandsbek (Hamburg)	23		20	
18. Albertinen-Krankenhaus (Hamburg)	228		203	
19. Krankenhaus (Nienburg)	170		148	
20. Marienhospital (Brühl)	31		28	
21. Vinzenz-Pallotti-Hospital (Beusberg)	261		229	
22. Marienwörth-Krankenhaus (Bad Kreuznach)	45		31	
23. Kreiskrankenhaus (Buchen)	317		299	
24. Kreiskrankenhaus (Rottweil)	407		359	
25. Kreiskrankenhaus Pasing (München)	65		54	
26. Technische Universität (München)	198		170	
27. Kreiskrankenhaus (Eggenfelden)	432		406	
28. Zentralkliniken (Augsburg)	200		174	
29. Krankenhaus (Geesthacht)	33	31		
		n = 2.455		
Fälle gesamt	5.143		4.773	
	87 Fälle ohne Angabe des Ortes 5.143 + 87 = 5.230		79 Fälle ohne Angabe des Ortes 4.773 + 79 = 4.852	

Abb. 1 zeigt die Anzahl der lebend geborenen Kinder, einschließlich des jetzt geborenen Kindes der Wöchnerinnen aus den neuen und alten Bundesländern. Die vorliegenden Ergebnisse beziehen sich auf Wöchnerinnen mit 3 und mehr Kindern. Aus den neuen Bundesländern waren es 255 und aus den alten Bundesländern 302 Fälle.

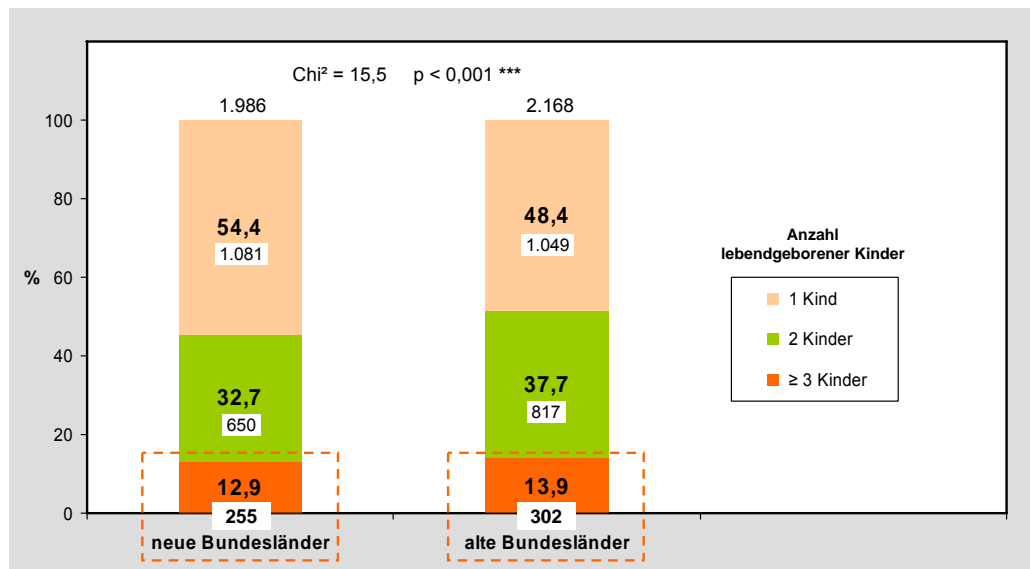


Abb. 1 Anzahl lebend geborener Kinder in den alten und neuen Bundesländern

Folgende Fragen des Erhebungsbogens wurden zur Bearbeitung der Thematik herangezogen:

- **Alter**
(Bitte tragen Sie Ihr Alter ein!)

- **Wieviel Kinder waren Sie in Ihrem Elternhaus?**
(Anzahl)

- **Geben Sie bitte Ihren Familienstand an!**
 - verheiratet, mit Ehepartner zusammenlebend
 - verheiratet, dauernd getrennt lebend
 - ledig
 - geschieden
 - verwitwet

● **Leben Sie derzeit in einer festen Partnerschaft?**

- ja
nein

● **Wohnen Sie mit Ihrem Partner im selben Haushalt?**

- ja
nein

● **Es gibt verschiedene Einkommensarten. Bitte gehen Sie Zeile für Zeile durch. Wenn eine Person in Ihrem Haushalt oder Sie persönlich Einkünfte der genannten Art haben, kreuzen Sie bitte das entsprechende Kästchen an! (Mehrere Nennungen sind möglich!)**

- Lohn bzw. Gehalt als Arbeitnehmer
(einschl. Ausbildungsvergütung, Vorruhestandsbezüge)
- Einkommen aus selbständiger/freiberuflicher Tätigkeit
- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Einkommen aus Nebenerwerbstätigkeit, Nebenverdienste
- Altersrente/-pension, Invalidenrente, Betriebsrente
- Stipendium, Berufsausbildungsbeihilfe, BAföG
- Witwen, Witwer- oder Waisenrente bzw. -pension
- Arbeitslosengeld bzw. -hilfe
- Unterhaltsgeld vom Arbeitsamt bei Fortbildung/Umschulung
- Kindergeld, Erziehungsgeld o.ä.
- Sozialhilfe, Wohngeld
- Zahlungen/Unterstützung von Personen, die nicht im Haushalt leben
(einschl. Unterhaltsvorschusskassen)

● **Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes insgesamt?
Wir meinen die Summe aller Einkommen, die nach Abzug der Steuern und
Sozialversicherungsbeiträge übrig bleibt.
Bitte kreuzen Sie das entsprechende Kästchen an!**

- | | |
|--|--|
| bis 150 € <input type="checkbox"/> | 1501 – 1750 € <input type="checkbox"/> |
| 151 – 300 € <input type="checkbox"/> | 1751 – 2000 € <input type="checkbox"/> |
| 301 – 500 € <input type="checkbox"/> | 2001 – 2250 € <input type="checkbox"/> |
| 501 – 700 € <input type="checkbox"/> | 2251 – 2500 € <input type="checkbox"/> |
| 701 – 900 € <input type="checkbox"/> | 2501 – 2750 € <input type="checkbox"/> |
| 901 – 1100 € <input type="checkbox"/> | 2751 – 3000 € <input type="checkbox"/> |
| 1101 – 1250 € <input type="checkbox"/> | 3001 – 3250 € <input type="checkbox"/> |
| 1251 – 1500 € <input type="checkbox"/> | über 3250 € <input type="checkbox"/> |

● War das jetzt geborene Kind geplant?

ja

nein

● Gab es eine zeitliche Verzögerung der Schwangerschaft?

ja

nein

● Wie lange war diese Verzögerung?

weniger als 1 Jahr

bis zu 2 Jahren

bis zu 3 Jahren

länger als 3 Jahre

● Übten Sie bis zum Zeitpunkt des Mutterschutzes (d.h. bis 6 Wochen vor dem Entbindungstermin) eine Erwerbstätigkeit aus? Was trifft zu?

Ich war ...

... voll erwerbstätig (mindestens 35 Wochenstunden)

... Teilzeiterwerbstätig (19 – 34 Wochenstunden)

... geringfügig oder unregelmäßig beschäftigt

... in Berufsausbildung

... in schulischer bzw. universitärer Ausbildung

... in ABM (bzw. § 249 h AFG)

... beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet

... nicht erwerbstätig

● Welche der im folgenden genannten Bedingungen traf für Ihre Arbeit zu?

(Mehrere Nennungen möglich!)

regelmäßige Arbeitszeit

Schichtdienst

unregelmäßige Arbeitszeit

Wochenendarbeit

häufig Überstunden

relativ freie Einteilung der Arbeitszeit

wechselnder Arbeitsort

● In welcher beruflichen Stellung sind Sie beschäftigt oder waren Sie zuletzt beschäftigt?

Arbeiterin (Lohnempfängerin)

- un- und angelernte Arbeiterin
- Gelernte und Facharbeiterin
Vorarbeiterin, Kolonnenführerin
- Brigadier/Meisterin

Selbständige

- Selbständige Landwirtin
- Freie Berufe, selbst. Akademikerin
- Sonstige Selbständige
mit bis zu 9 Mitarbeitern
- Sonstige Selbständige
mit 10 und mehr Mitarbeitern
- Mithelfende Familienangehörige
- Bin in **Ausbildung**

Angestellte (Gehaltsempfängerin)

- Angestellte mit einfacher Tätigkeit
(z.B. Verkäuferin, Kontoristin, Schreibkraft)
- Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit
(z.B. Sachbearbeiterin, Buchhalterin,
technische Zeichnerin)
- Angestellte mit hochqualifizierter
Tätigkeit oder Leitungsfunktion
(z.B. wissenschaftl. Mitarbeiterin, Ärztin,
Lehrerin, Ingenieurin)
- Angestellte mit höheren Leitungsaufgaben
(z.B. Direktorin, Geschäftsführer, Bürgermeisterin)
- Beamtin**
- Einfacher und mittlerer Dienst
- Gehobener Dienst
- Höherer Dienst
- War noch nie **erwerbstätig**

● Planen Sie, demnächst eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder Ihre Erwerbstätigkeit weiterzuführen?

- ja, nach Beendigung des Mutterschutzes
- ja, im Laufe des Jahres
- ja, aber erst in 1 oder 2 Jahren
- ja, aber erst in 2 oder 3 Jahren
- ja, aber ich weiß noch nicht wann
- zur Zeit keine Erwerbstätigkeit in Zukunft geplant
- wechselnder Arbeitsort

- In welcher beruflichen Stellung ist Ihr Partner zur Zeit beschäftigt?
(Wenn er zur Zeit nicht erwerbstätig ist, bitte die letzte berufliche Stellung angeben!)

Arbeiter (Lohnempfänger)

- un- und angelernte Arbeiter
- Gelernter und Facharbeiter
Vorarbeiter, Kolonnenführer
- Brigadier/Meister

Selbständiger

- Selbständiger Landwirt
- Freie Berufe, selbst. Akademiker
- Sonstiger Selbständiger
mit bis zu 9 Mitarbeitern
- Sonstiger Selbständiger
mit 10 und mehr Mitarbeitern
- Mithelfender Familienangehöriger
- Ist in **Ausbildung**

Angestellter (Gehaltsempfänger)

- Angestellter mit einfacher Tätigkeit
(z.B. Verkäufer, Kontorist)
- Angestellter mit qualifizierter Tätigkeit
(z.B. Sachbearbeiter, Buchhalter,
technische Zeichner)
- Angestellter mit hochqualifizierter
Tätigkeit oder Leitungsfunktion
(z.B. wissenschaftl. Mitarbeiter, Arzt
Lehrer, Ingenieur)
- Angestellter mit höheren Leitungsaufgaben
(z.B. Direktor, Geschäftsführer, Bürgermeister)
- Beamter**
- Einfacher und mittlerer Dienst
- Gehobener Dienst
- Höherer Dienst
- Er war noch nie **erwerbstätig**

- Die Frage, wer für die Kindererziehung zuständig ist, wird in den einzelnen Partnerschaften unterschiedlich gesehen. Welche der folgenden Aussagen trifft für Ihre Partnerschaft am ehesten zu?

- Mein Partner und ich wollen die Kindererziehung
zu gleichen Teilen übernehmen
- Die Kindererziehung wird vor allem meine Aufgabe sein
- Mein Partner wird sich hauptsächlich
um die Kindererziehung kümmern

- Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu?
Wenn der Partner ein ausreichend hohes Einkommen erzielt, sollte die Frau auf eine eigene Erwerbstätigkeit verzichten, wenn noch Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind.

- | | | | |
|---------------------------------|----------------------------|--------------------------|-------------------------------|
| stimme
überhaupt
nicht zu | stimme
eher
nicht zu | stimme
eher
zu | stimme
voll und ganz
zu |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

- Wie schätzen Sie *allgemein* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können?

es ist nicht möglich	es ist möglich, aber schwierig	es ist nicht leicht, aber möglich	es ist leicht möglich
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- Wie schätzen Sie *für sich persönlich* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können?

es ist nicht möglich	es ist möglich, aber schwierig	es ist nicht leicht, aber möglich	es ist leicht möglich
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- Wie zufrieden sind Sie heute mit folgenden Bereichen Ihres Lebens?

	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	teils / teil	eher zufrieden	sehr zufrieden
• mit Ihrem Lebensstandard insgesamt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit dem Einkommen Ihres Haushaltes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit Ihrer Wohnung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit Ihrer Partnerschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• mit der staatlichen Unterstützung von Familien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- Mit der Geburt eines Kindes verändert sich häufig auch der zeitliche und der finanzielle Spielraum für verschiedene Aktivitäten. In welchen Bereichen denken Sie, dass Sie sich einschränken müssen? (*Mehrere Nennungen sind möglich*)

Sich selbst etwas leisten können (z.B. Kleidung)	<input type="checkbox"/>
Außerhäusliche Aktivitäten (z.B. Verein, Ehrenämter, kulturelle Veranstaltungen)	<input type="checkbox"/>
Zeit für den Partner	<input type="checkbox"/>
Zeit für sich	<input type="checkbox"/>
Zeit für berufliche Weiterbildung	<input type="checkbox"/>
Treffen mit Freunden und Bekannten	<input type="checkbox"/>

- Angenommen, Sie müssten schnell jemanden finden, der Ihr Kind für eine gewisse Zeit beaufsichtigt. Bitte kreuzen Sie für *jede* Personengruppe oder Institution an, ob sie Ihnen sicher, möglicherweise oder kaum in einer solchen Situation helfen kann!

	sicher	möglicher- weise	kaum möglich
Ehepartner / Partner	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eltern / Schwiegereltern / Großeltern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sohn bzw. Tochter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Geschwister	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige Verwandte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freunde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nachbarn	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Arbeitskollegen, sonstige Bekannte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bezahlte Helfer (z. Kindermädchen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kindertagesstätten, bzw. ähnl. Einrichtungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere Personen / Institutionen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die EDV-technische Erfassung der Daten wurde von Doktoranden übernommen. Die statistischen Auswertungen erfolgten im Rechenzentrum der Universität Rostock mit dem Programmpaket „SPSS“. Zur Prüfung der Ergebnisse auf Signifikanz wurden der Chi²-Test und der T-Test nach CLAUß *et al.* (1974) bzw. nach KRENTZ (2001) verwendet.

Folgende gebräuchliche Signifikanzniveaus wurden verwendet:

Irrtumswahrscheinlichkeit p	≥ 0,05	< 0,05	< 0,01	< 0,001
Symbol	ns	*	**	***
Bedeutung	nicht signifikant	signifikant	sehr signifikant	hoch signifikant

3 Ergebnisse

3.1 Altersverteilung, eigener familiärer Hintergrund und Familienstand der mehrfachen Mütter

Die Altersverteilung der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern im Vergleich der neuen und alten Bundesländer zeigt Abb. 2. Das durchschnittliche Gebäralter der Mütter in den neuen Bundesländern liegt bei 32,1 Jahren. Sie sind somit um 1 Jahr jünger als die mehrfachen Mütter in den alten Bundesländern: Hier liegt der Durchschnitt bei 33,3 Jahren. Der Unterschied ist statistisch hoch signifikant.

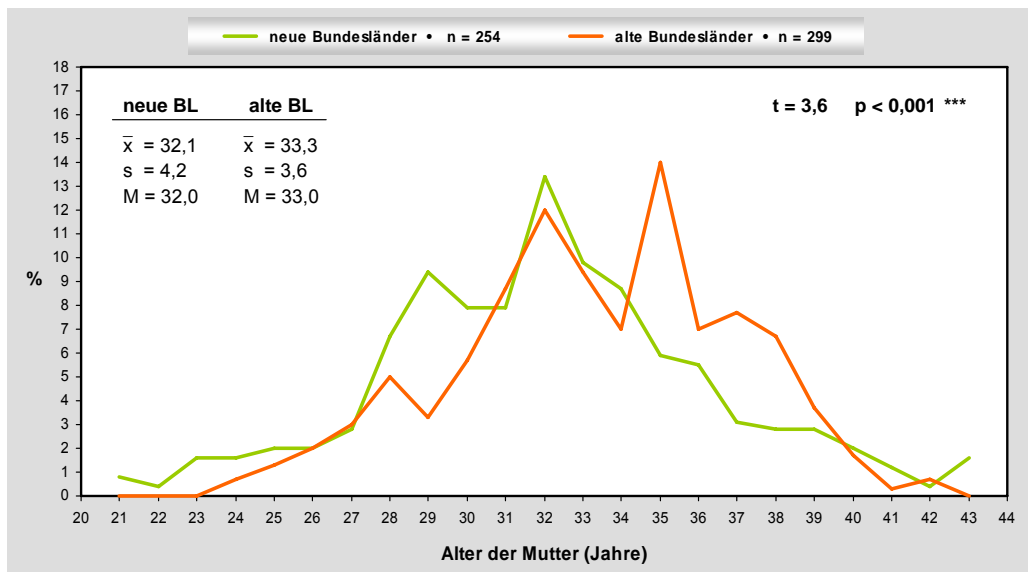


Abb. 2 Altersverteilung der Wöchnerinnen

Die Frage, wie viele Kinder die mehrfachen Mütter im eigenen Elternhaus waren, wird in Abb. 3 dargestellt. Hierbei zeigt sich, dass fast ein Drittel der Mütter aus den neuen Bundesländern (29,4%) im eigenen Elternhaus drei Kinder waren. In den alten Bundesländern sind es mit 26,8% um 2,6% weniger. Dafür überwiegt in den alten Bundesländern der Anteil der Mütter, die zu Hause vier Kinder (16,8%) oder fünf und mehr Kinder (21,9%) waren. 15,1% der Mütter der neuen Bundesländer waren im eigenen Elternhaus zu dritt, 19,8% waren im Elternhaus zu fünft oder mehr. Der Anteil derer, die als Einzelkind aufwuchsen, ist hierbei mit 6,7% in den neuen und 8,7% in den alten Bundesländern sehr gering. Das Ergebnis ist nicht signifikant.

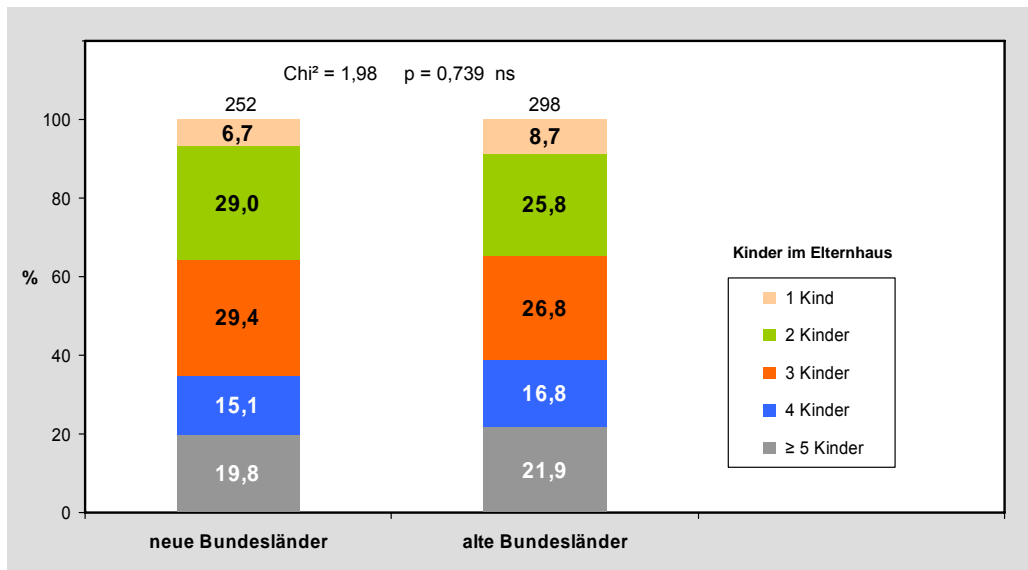


Abb. 3 Anzahl der Kinder im eigenen Elternhaus

Bei den Angaben zum Familienstand zeigt der Vergleich zwischen den neuen und alten Bundesländern hoch signifikante Unterschiede (Abb. 4). Die deutliche Mehrheit der in den alten Bundesländern lebenden Befragten ist mit dem Partner verheiratet und lebt mit ihm zusammen (92,3%). Der Anteil derer, die verheiratet, aber getrennt leben (1,0%), die ledig (1,7%) oder geschieden sind (4,3%) fällt kaum ins Gewicht. In den neuen Bundesländern sind hingegen 69,0% der Befragten verheiratet und leben mit ihrem Partner zusammen. Deutlich höher ist der Anteil derer, die verheiratet getrennt leben (6,7%), die ledig (9,0%) oder geschieden sind (14,1%).

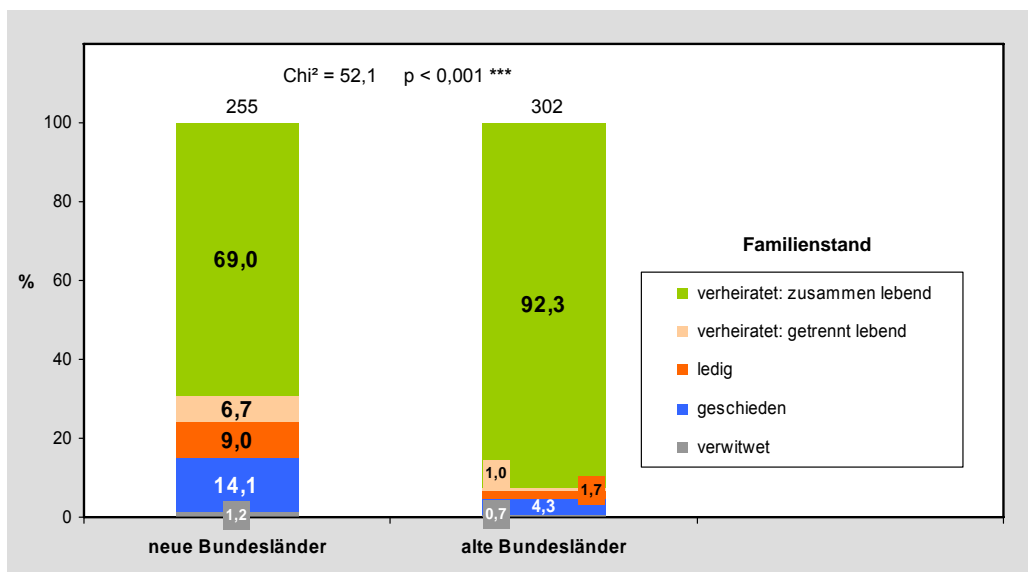


Abb. 4 Familienstand

Abb. 5 gibt den Anteil der Mütter mit drei und mehr Kindern unter Berücksichtigung der neuen und alten Bundesländer an, die in einer festen Partnerschaft leben. In den neuen Bundesländern sind das 88,6% und in den alten Bundesländern 84,6%. Das Ergebnis ist nicht signifikant.

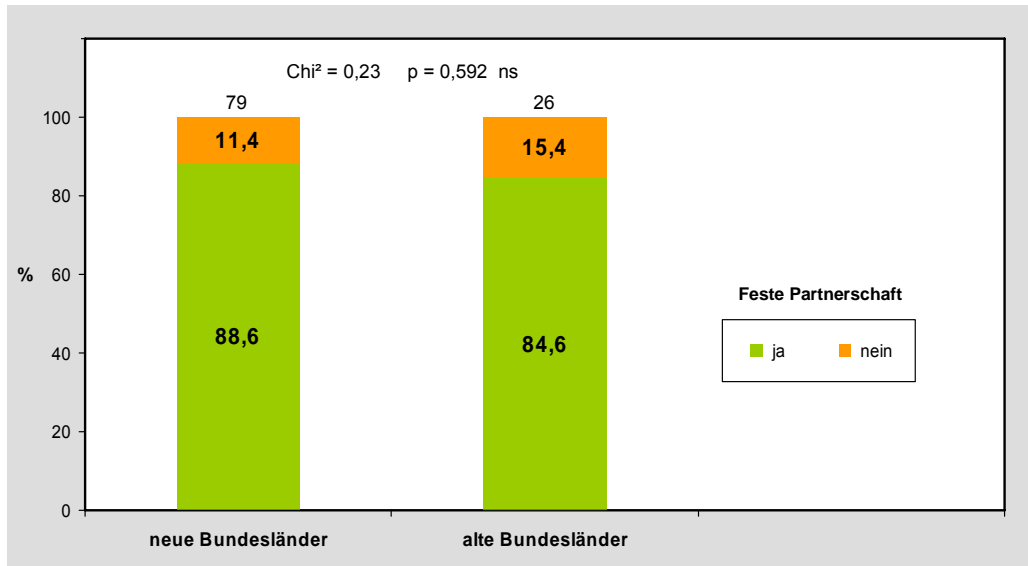


Abb. 5 Anteil der Mütter mit drei und mehr Kindern, die in einer festen Partnerschaft leben

In Abb. 6 ist die Anzahl der Befragten im Vergleich neue und alte Bundesländer dargestellt. Hierbei geben 87,1% der Mütter aus den neuen Bundesländern sowie 91,7% der Mütter aus den alten Bundesländern an, dass sie mit ihrem Partner in einem Haushalt wohnen. Es zeigen sich keine signifikanten Unterschiede.

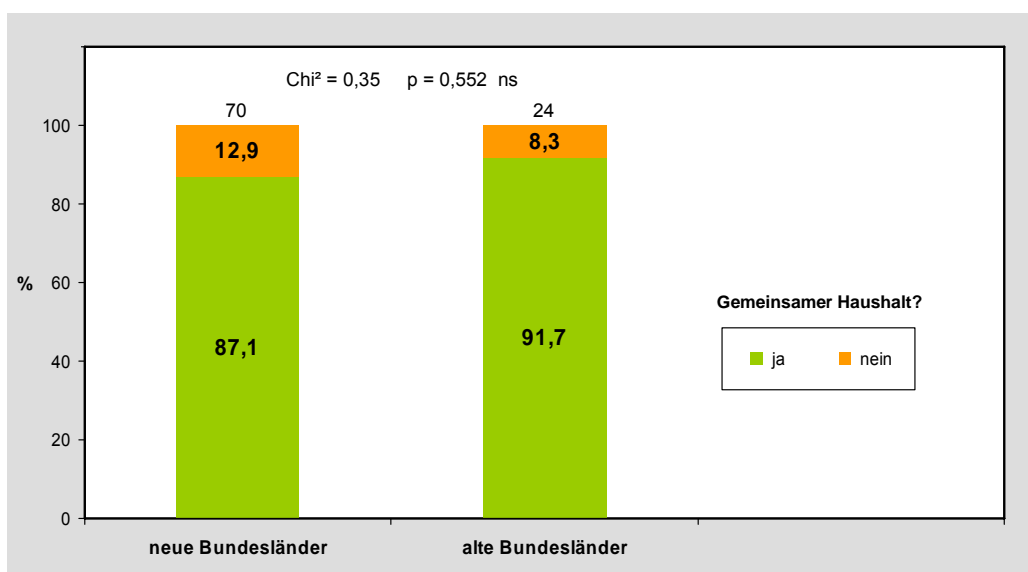


Abb. 6 Anzahl der Befragten, die mit ihrem Partner im selben Haushalt leben

3.2 Berufliche Stellung, arbeitszeitliche Bedingungen, monatliches Nettoeinkommen und Einkommensarten der Mütter mit drei und mehr Kindern

Auf die Frage, in welcher beruflichen Stellung die Wöchnerinnen beschäftigt sind oder zuletzt waren, gibt Abb. 7 Auskunft. Bei der beruflichen Stellung der Mütter mit drei und mehr Kindern zeigen sich hochsignifikante Unterschiede. In den neuen Bundesländern dominieren die qualifizierten Angestellten (24,0%), gefolgt von den gelernten Arbeiterinnen bzw. Facharbeiterinnen (17,6%) und den einfachen Angestellten (15,7%). In den alten Bundesländern waren die meisten Befragten entweder als qualifizierte Angestellte (34,5%) tätig, sie arbeiteten als einfache Angestellte (12,3%) oder als ungelernte/angelernete Arbeiterin (12,0%). Besonders der Vergleich der hochqualifizierten Angestellten zeigt, dass in den neuen Bundesländern mit 12,6% mehr als doppelt so viele Mütter diese berufliche Stellung besaßen als in den alten Bundesländern mit 5,6%.

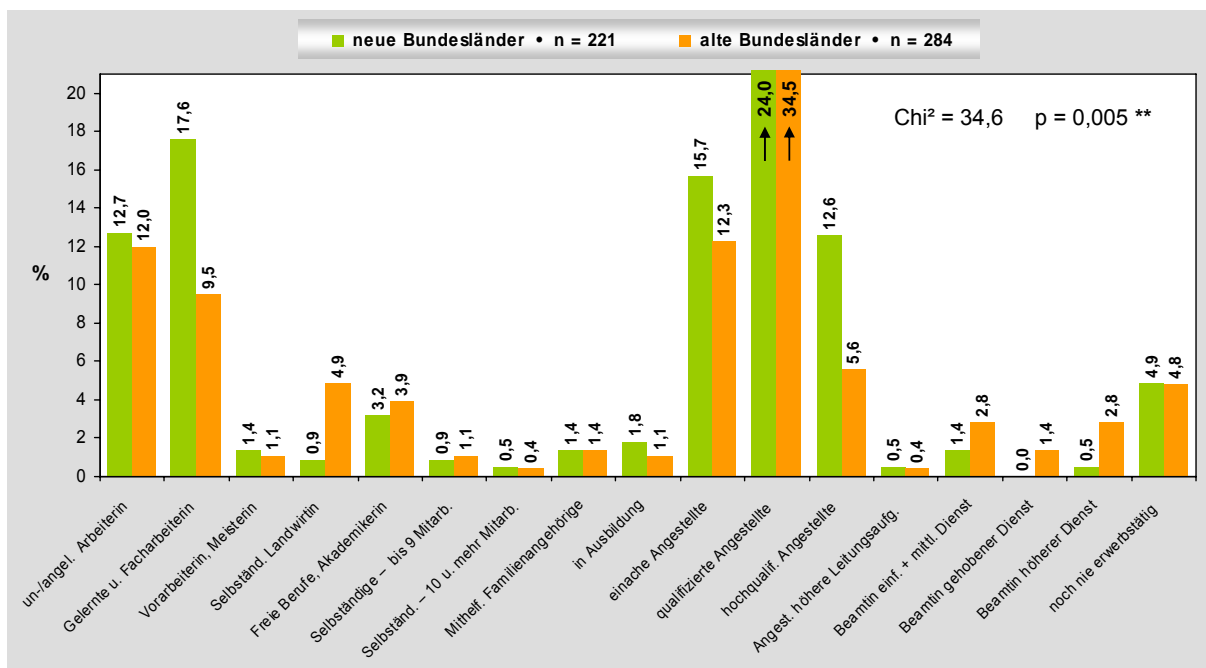


Abb. 7 In welcher beruflichen Stellung sind Sie beschäftigt oder waren Sie zuletzt beschäftigt?

In der folgenden Abb. 8 werden die Arbeitsbedingungen der befragten Wöchnerinnen dargestellt. Hierunter fallen Angaben zu Arbeitszeit, Schichtdienst, Wochenendarbeit, Überstunden, Zeiteinteilung sowie ein wechselnder Arbeitsort. In den neuen Bundesländern haben 24,7% der befragten Wöchnerinnen regelmäßige Arbeitszeiten. An zweiter Stelle folgen Befragte, die häufig Überstunden machen bzw. am Wochenende arbeiten mit je 7,5%. In den alten Bundesländern geben 20,2% der Wöchnerinnen an, dass sie regelmäßige Arbeitszeiten haben. Das sind 4,5% weniger als in den neuen Bundesländern. 11,3% der Befragten in den alten Bundesländern geben an, dass sie eine relativ freie Zeiteinteilung haben. Das sind 4,2% mehr als in den neuen Bundesländern (7,1%). Die Auswertung zeigt hierbei keine statistisch signifikanten Unterschiede.

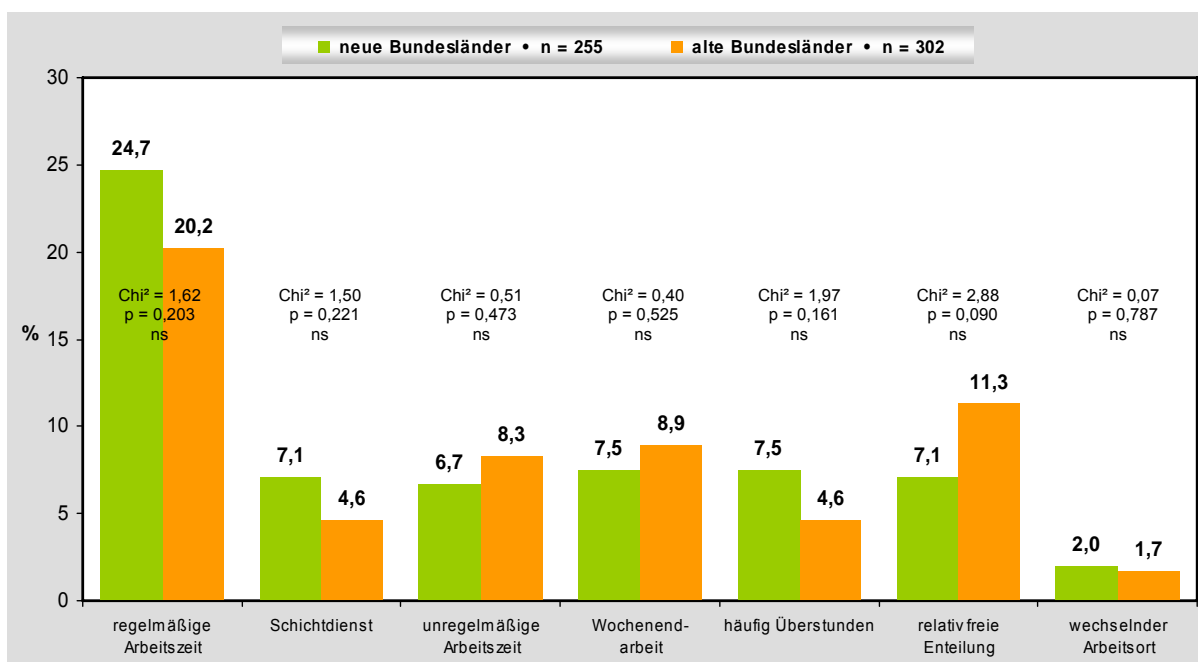


Abb. 8 Angaben zu den Arbeitsbedingungen der Befragten (Mehrfachnennungen möglich)

Über die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens der Mütter mit drei und mehr Kindern gibt Abb. 9 Auskunft. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede beim Vergleich der neuen und alten Bundesländer. In den neuen Bundesländern haben 51,8% der Befragten ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1500,- € Das sind 30,3% mehr als den befragten Wöchnerinnen aus den alten Bundesländern zur Verfügung steht (21,5%). 78,5% der Befragten aus den alten Bundesländern haben ein monatliches Nettoeinkommen von über 1501,- €, das sind 30,3% mehr als in den neuen Bundesländern mit 48,2%. Auffällig sind auch die Angaben derer, die über 3250,- € im Monat zur Verfügung haben. In den alten Bundesländern haben diese Summe doppelt so viele Befragte (9%) zur Verfügung als in den neuen Bundesländern (4,5%). Familien mit drei und mehr Kindern haben in den alten Bundesländern mehr Geld zur Verfügung als in den neuen Bundesländern. Der Unterschied ist statistisch hoch signifikant.

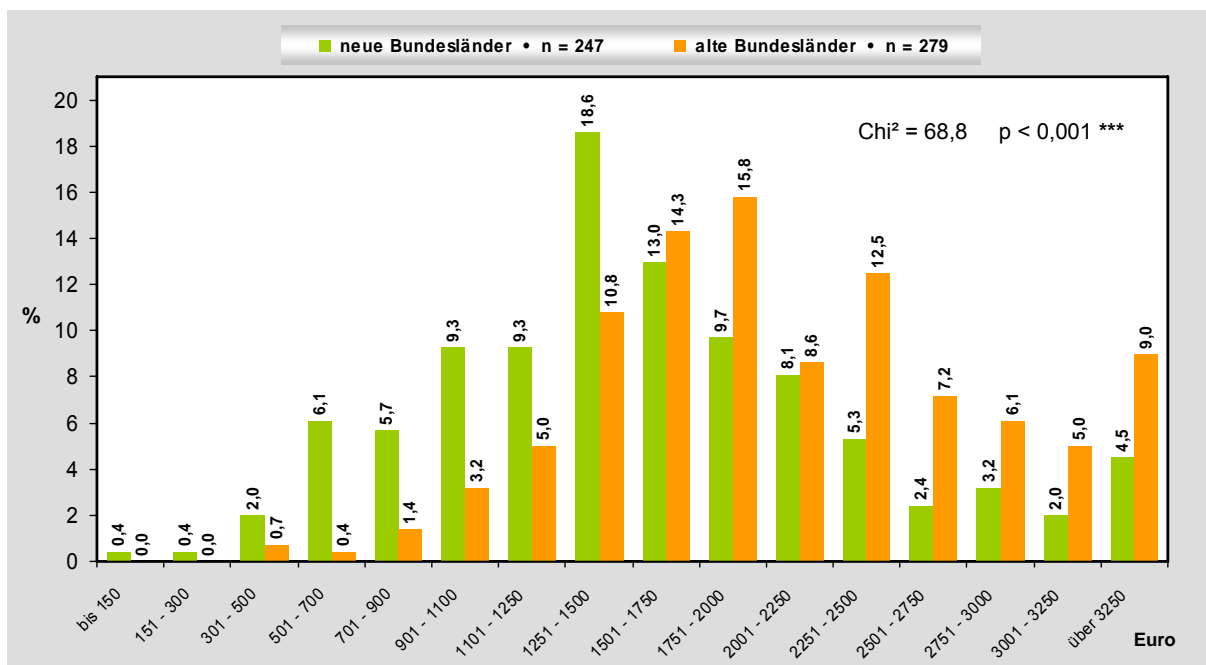


Abb.9 Monatliche Nettoeinkommen des Haushaltes insgesamt, d.h. die Summe aller Einkommen, die nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge übrig bleibt

Abb. 10 zeigt die Angaben zu den Einkommensarten des Haushaltes der Wöchnerinnen, die drei und mehr Kinder geboren haben. Mit Ausnahme der Kinder- und Erziehungsgeldbeziehenden (in den neuen Bundesländern 87,8% und in den alten Bundesländern 88,4%) sind auch hier signifikante Unterschiede festzustellen. An zweiter Stelle erhalten in den neuen Bundesländern 69,4% der Haushalte Lohn/Gehalt. Das sind 11,4% weniger als in den alten Bundesländern (80,8%). An dritter Stelle folgen Angaben zu Sozialhilfe/Wohngeld: 28,2% der Befragten in den neuen Bundesländern gaben diese Einkommensart an. Das sind 20,6% mehr als in den alten Bundesländern (7,6%). In den alten Bundesländern gaben an dritter Stelle 24,2% der Befragten an, dass sie Einkommen aus selbständiger Tätigkeit erzielten. Das sind 10,5% mehr als in den neuen Bundesländern (13,7%). Am größten sind die Unterschiede bei den Angaben des Arbeitslosengeldes bzw. der -hilfe. In den neuen Bundesländern beziehen 24,3% der Befragten diese finanzielle Unterstützung. Das sind 21% mehr als in den alten Bundesländern (3,3%).

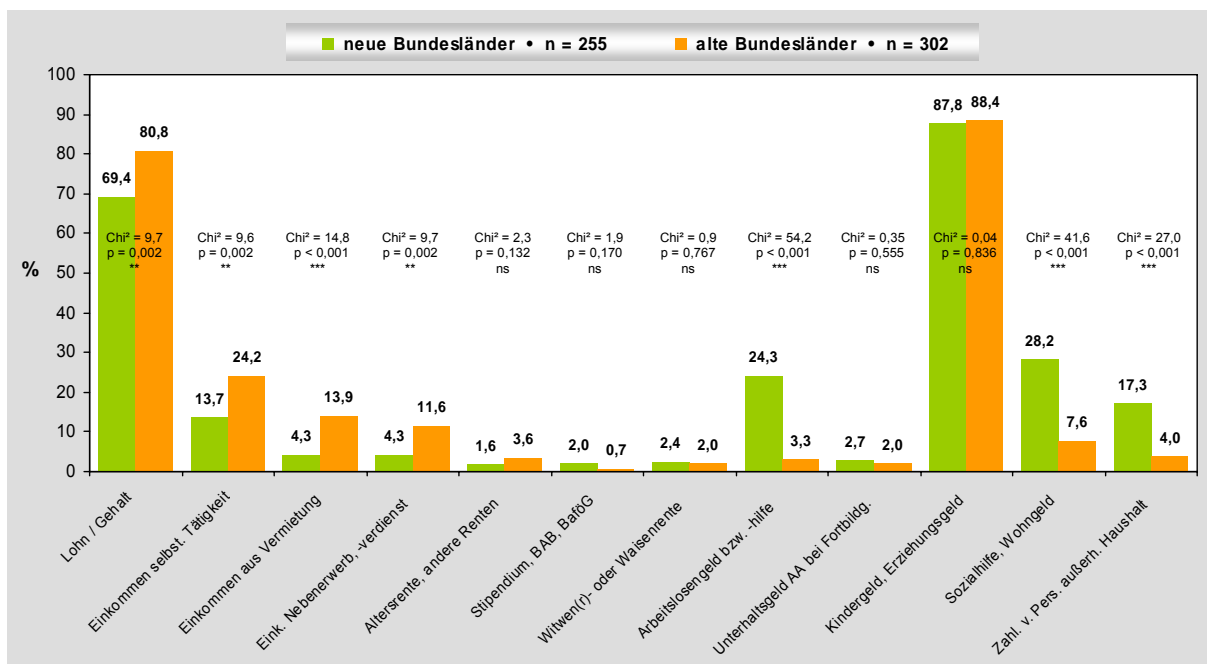


Abb. 10 Einkommensarten des Haushaltes in den neuen und alten Bundesländern

3.3 Art der Erwerbstätigkeit, Kinderpause und die Pläne der Mütter, Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen

Auf die Frage, ob bis zum Zeitpunkt des Mutterschutzes (d.h. bis 6 Wochen vor dem Entbindungstermin) eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde, antworteten die Befragten wie in Abb. 11 dargestellt. In den neuen Bundesländern war etwas mehr als ein Drittel der Befragten (36,9%) entweder voll erwerbstätig (25,7%) oder Teilzeit erwerbstätig (11,2%), 33,3% waren arbeitslos gemeldet und 24,6% waren zum Zeitpunkt des Mutterschutzes nicht erwerbstätig. In den alten Bundesländern sind 25,8% entweder voll erwerbstätig (10,7%) oder Teilzeit erwerbstätig (15,1%), 4,0% sind arbeitslos gemeldet. Mehr als die Hälfte der Befragten Drittgebärenden in den alten Bundesländern geben an, 6 Wochen vor dem Entbindungstermin nicht erwerbstätig gewesen zu sein (52,9%). Hierbei zeigen sich statistisch hoch signifikante Unterschiede.

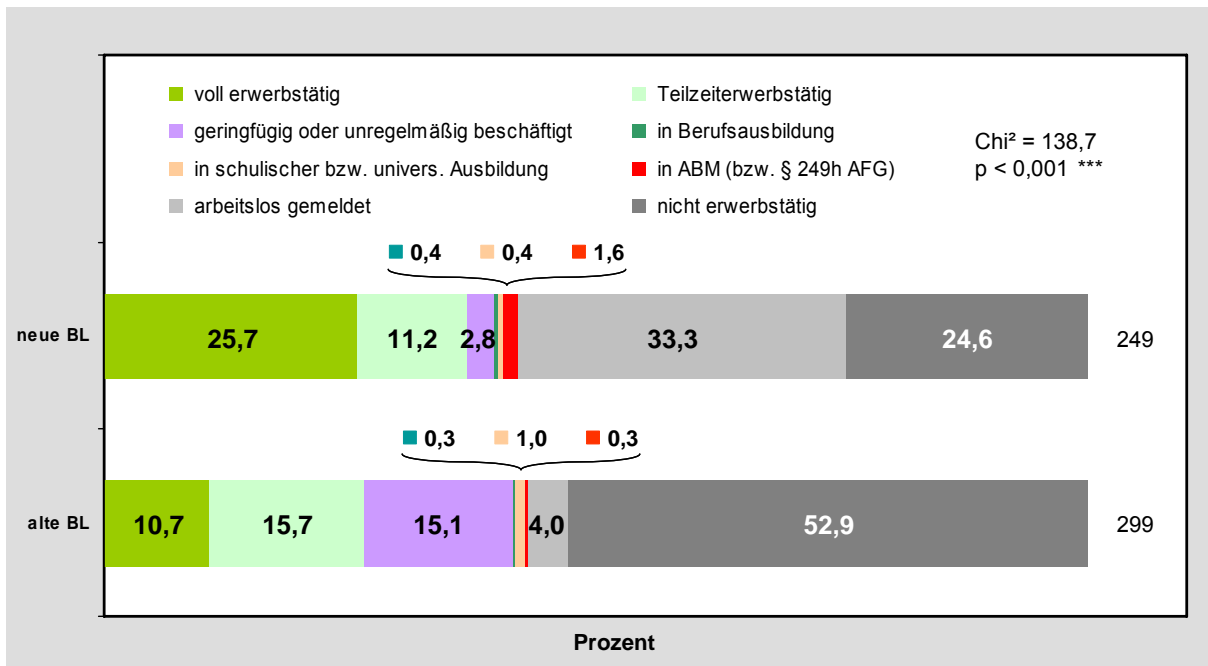


Abb. 11 Angaben der Wöchnerinnen, ob sie zum Zeitpunkt des Mutterschutzes (d.h. bis 6 Wochen vor dem Entbindungstermin) eine Erwerbstätigkeit ausübten.

Abb. 12 zeigt, ob die befragten Wöchnerinnen planen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen bzw. weiterzuführen. Bereits nach Beendigung des Mutterschutzes bzw. im Laufe des Jahres planen 18,4% der Wöchnerinnen in den neuen Bundesländern ihre Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen, in den alten Bundesländern sind es mit 16,8% 1,6% weniger. In den neuen Bundesländern planen 29,1% der Wöchnerinnen ihre Erwerbstätigkeit in 1 oder 2 Jahren weiterzuführen. Das sind 21,6% mehr als in den alten Bundesländern (7,5%).

In den alten Bundesländern geben 36,6% der Frauen an, dass sie für die Zukunft keine Erwerbstätigkeit planen. Das sind 22,7% mehr als in den neuen Bundesländern (13,9%). Auffällig ist auch die große Gruppe der Wöchnerinnen, die zwar eine Erwerbstätigkeit planen, aber noch nicht wissen, wann sie wieder in den Beruf einsteigen wollen: In den alten Bundesländern ist die Gruppe mit 28,1% deutlich größer als in den neuen Bundesländern mit 18,9%.

In den alten Bundesländern geben 64,7% der befragten Wöchnerinnen an, dass sie noch nicht wissen wann sie in ihre Erwerbstätigkeit zurückkehren wollen bzw. haben nicht vor, ihre Erwerbstätigkeit weiterzuführen. In den neuen Bundesländern planen insgesamt 67,2% der befragten Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern nach 3 Jahren ihre Erwerbstätigkeit weiterzuführen. Hierin zeigt sich eine starke Erwerbsorientierung der Frauen aus den neuen Bundesländern.

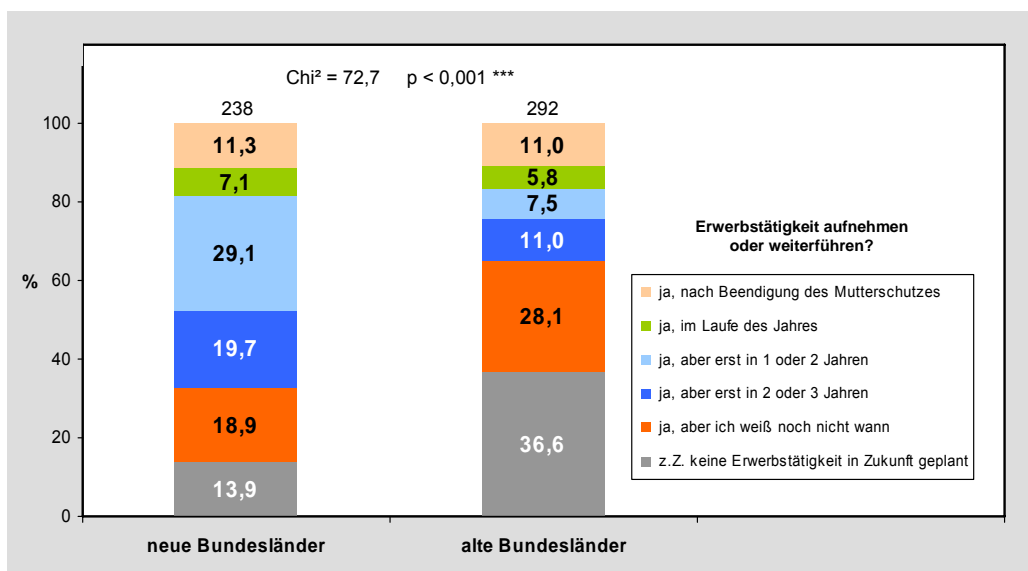


Abb. 12 Planen Sie, demnächst eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder Ihre Erwerbstätigkeit weiterzuführen?

3.4 Zufriedenheit der Drittgebärenden mit dem Lebensstandard allgemein und mit ihrem Haushaltseinkommen im Speziellen

In Abb. 13 wurden die Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern nach ihrer Zufriedenheit mit ihrem Lebensstandard insgesamt befragt. In den neuen Bundesländern geben 17,9% der Wöchnerinnen an, mit ihrem Lebensstandard insgesamt sehr zufrieden zu sein, 42,7% sind eher zufrieden, gefolgt von den Wöchnerinnen, die nur zum Teil zufrieden sind. Eher bzw. sehr unzufrieden sind 6,5% der Befragten in den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern fällt auf, dass über ein Drittel der befragten Mütter mit ihrem Lebensstandard insgesamt sehr zufrieden ist (36,1%), 42,9% sind eher zufrieden und 17,3% sind nur zum Teil zufrieden. Sehr bzw. eher unzufrieden sind lediglich 3,7% der Wöchnerinnen mit 3 und mehr Kindern. Hierbei zeigen sich statistisch hoch signifikante Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern.

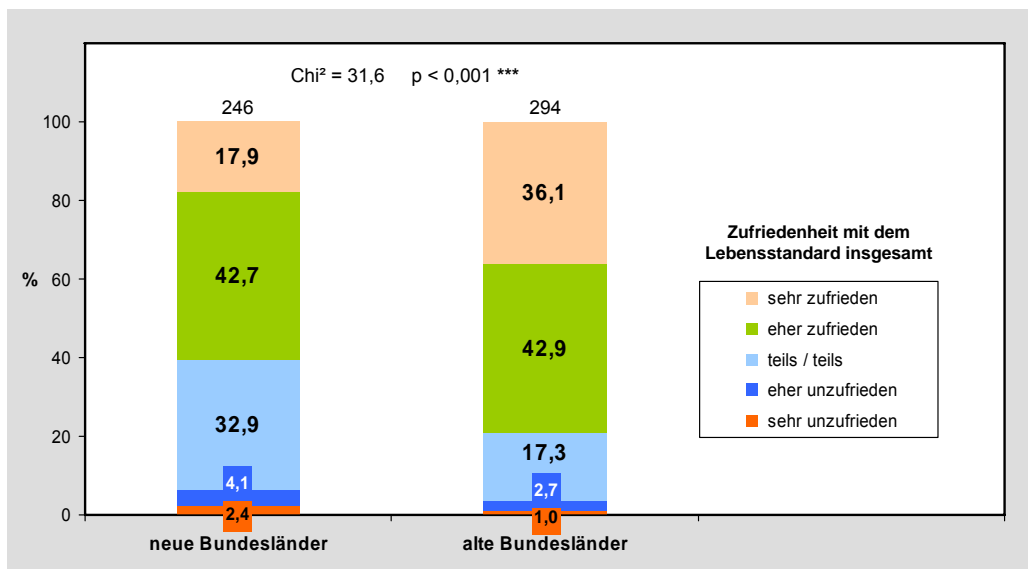


Abb. 13 Wie zufrieden sind Sie heute mit dem Lebensstandard insgesamt?

Des Weiteren wurden die Wöchnerinnen nach der Zufriedenheit mit dem Einkommen ihres Haushaltes befragt. Hierbei zeigen sich statistisch hoch signifikante Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern (Abb. 14). In den neuen Bundesländern sind 59,1% der Wöchnerinnen mit dem Einkommen sehr bzw. eher zufrieden; 27,4% sind nur zum Teil zufrieden und 13,5% sind eher bzw. sehr unzufrieden. In den neuen Bundesländern dominiert mit 37,8% der Anteil der Wöchnerinnen, die nur zum Teil mit dem Haushaltseinkommen zufrieden sind, gefolgt von dem Anteil derer, die sehr bzw. eher zufrieden sind mit 34,5%; eher bzw. sehr unzufrieden sind 27,7% der befragten Wöchnerinnen mit 3 und mehr Kindern. Zusammenfassend lässt sich sagen, die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard ist in den alten Bundesländern signifikant größer als in den neuen Bundesländern.

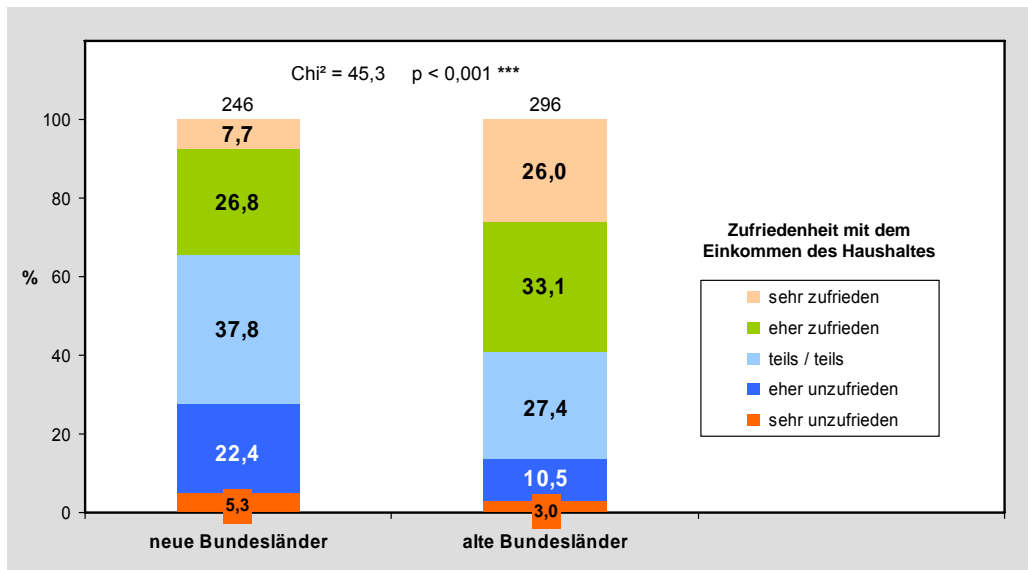


Abb. 14 Wie zufrieden sind Sie heute mit dem Einkommen Ihres Haushaltes?

3.5 Kinderwunsch und zeitliche Verzögerung der Schwangerschaft der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern

Abb. 15 zeigt die Antworten der befragten Wöchnerinnen zu der Frage, ob das jetzige Kind geplant war. In den neuen Bundesländern gaben 51,4% der Befragten an, dass das Kind geplant war. Das sind 11,7% weniger als in den alten Bundesländern. Hier gaben 63,1% an, dass das Kind geplant war. Die Unterschiede sind statistisch hoch signifikant.

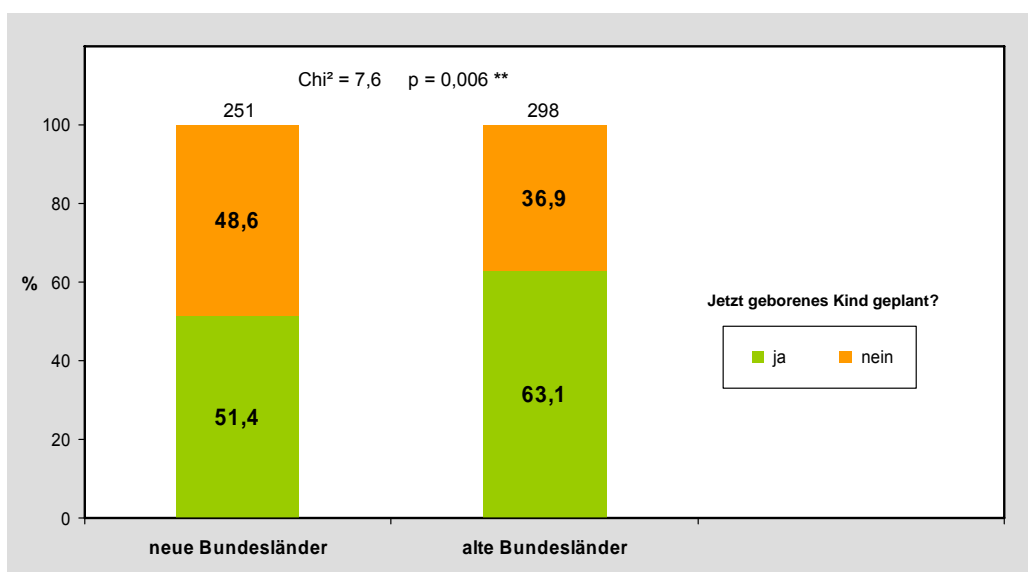


Abb. 15 War das jetzt geborene Kind geplant?

Bei der Frage, ob es eine zeitliche Verzögerung für diese Schwangerschaft gab, zeigten sich keine signifikanten Unterschiede. Wie in Abb. 16 dargestellt, gaben das in den neuen Bundesländern 82,4% der Befragten an. In den alten Bundesländern (88,2%) gaben 5,8% mehr der Befragten eine zeitliche Verzögerung der Schwangerschaft an.

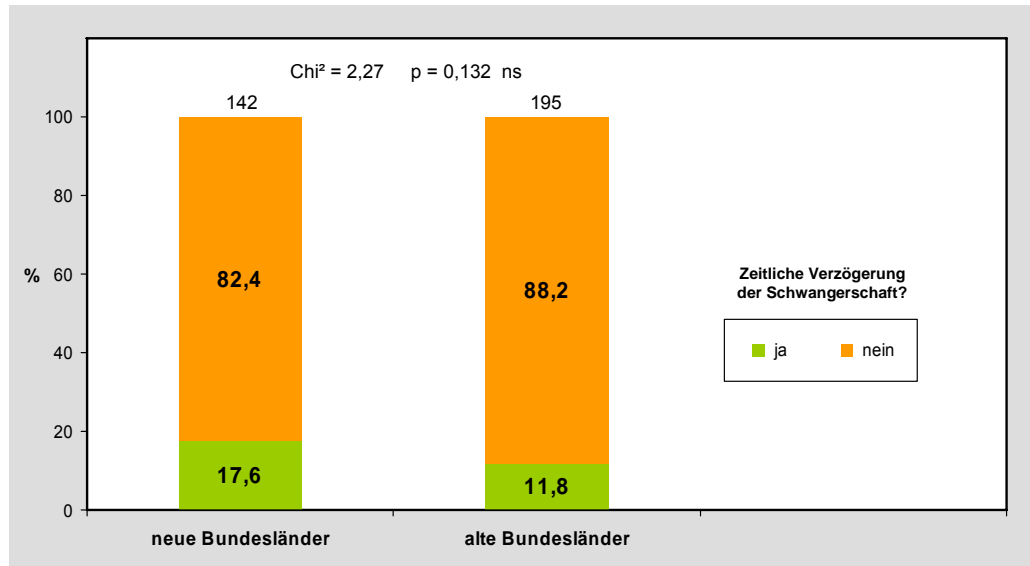


Abb. 16 Gab es eine zeitliche Verzögerung für diese Schwangerschaft?

Abb. 17 zeigt, wie lange sich die geplante Schwangerschaft verzögert hat. In den neuen Bundesländern gaben 38,5% der Wöchnerinnen an, dass sich ihre Schwangerschaft um weniger als ein Jahr verzögerte. Das sind 3,2% weniger als in den alten Bundesländern mit 41,7%. In den neuen Bundesländern verzögerte sich die Schwangerschaft bei 34,6% um bis zu zwei Jahre, in den alten Bundesländern (25%) waren es 9,6% weniger. Länger als drei Jahre hatte sich die Schwangerschaft in den neuen Bundesländern bei 19,2% verzögert, in den alten Bundesländern waren es 20,8%. Hierbei zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern.

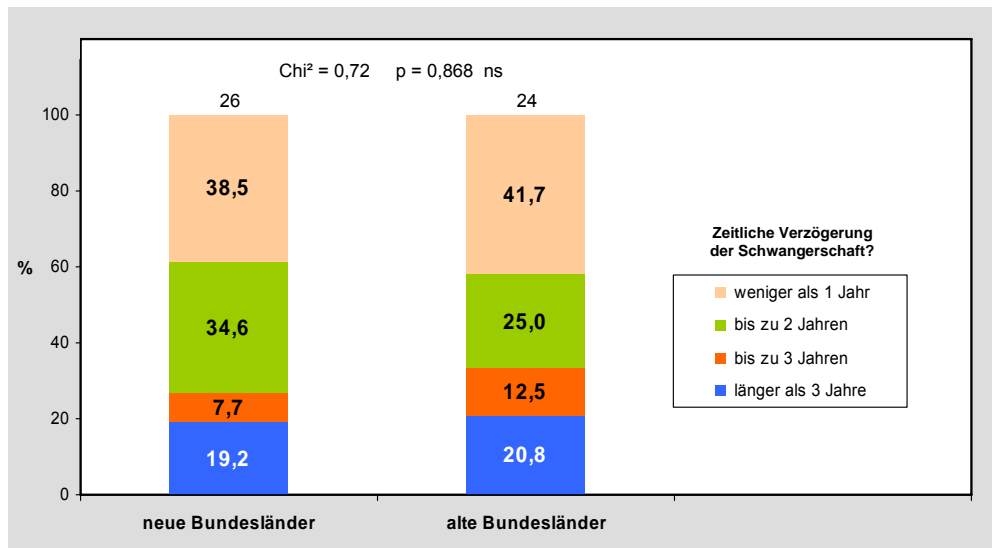


Abb. 17 Dauer der zeitlichen Verzögerung der Schwangerschaft

3.6 Die Einstellung zu Kindererziehung und familiärer Arbeitsteilung

Abb. 18 zeigt die Angaben auf die Frage, wer in der Partnerschaft für die Kindererziehung zuständig sein wird. In den neuen Bundesländern gaben 69,7% der befragten Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern an, dass sie und ihre Partner sich zu gleichen Teilen um die Kindererziehung kümmern werden. Das waren 24,2% mehr als in den alten Bundesländern (45,5%). Hier in den alten Bundesländern gab die Mehrheit der befragten Wöchnerinnen mit 53,5% an, dass die Kindererziehung vor allem ihre Aufgabe sein wird. Diese Unterschiede sind hoch signifikant. Der Aussage, dass sich vor allem der Partner der Befragten um die Kindererziehung kümmern wird, wird in den neuen und den alten Bundesländern mit 1,0% bzw. 1,2% der Befragten angegeben und ist somit verschwindend gering.

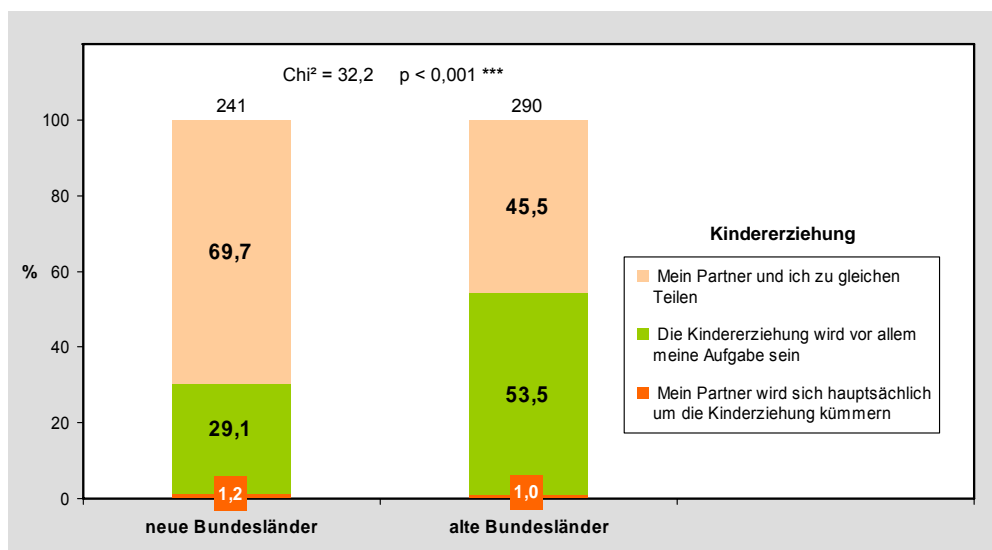


Abb. 18 Die Frage, wer für die Kindererziehung zuständig ist, wird in den einzelnen Partnerschaften unterschiedlich gesehen. Welche der folgenden Aussagen trifft für Ihre Partnerschaft am ehesten zu?

Abb. 19 zeigt die Einstellung der befragten Wöchnerinnen zu der Frage, ob die Frau auf die eigene Erwerbstätigkeit verzichten sollte, wenn noch Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind und der Partner genug Geld verdient, dass sein Einkommen für die Versorgung der Familie ausreicht. Hierbei zeigen sich hoch signifikante Unterschiede zwischen den Befragten der neuen und alten Bundesländer: In den alten Bundesländern stimmen 74,3% der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern der Aussage zu bzw. stimmen eher zu, dass die Frau auf ihre Erwerbstätigkeit bei hohem Einkommen des Partners verzichten sollte. Das sind 17,3% mehr als in den neuen Bundesländern mit 57%. In den neuen Bundesländern stimmen 43% der Wöchnerinnen überhaupt nicht zu bzw. stimmen eher nicht zu, dass Mütter auf ihre Erwerbsarbeit verzichten sollten, auch wenn der Partner ein ausreichendes Einkommen erzielt.

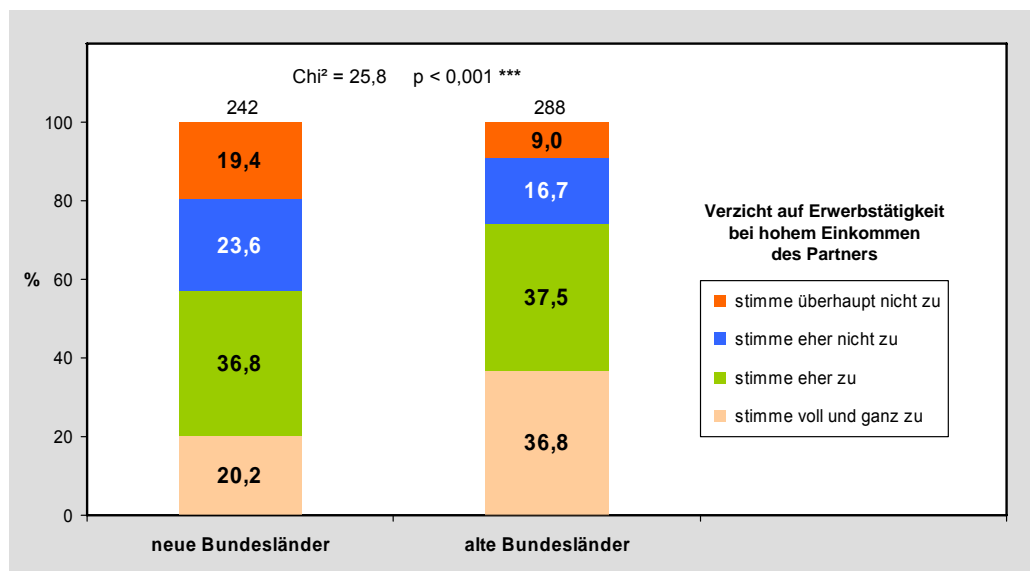


Abb. 19 Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu?
 Wenn der Partner ein ausreichend hohes Einkommen erzielt, sollte die Frau auf eine eigene Erwerbstätigkeit verzichten, wenn noch Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind?

3.7 Die Einschätzung der Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Kinderbetreuung

Wie die Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern die Möglichkeit einschätzen, mit einem Kleinkind Familie und Beruf zu vereinbaren, zeigen die beiden folgenden Abbildungen.

Abb. 20 gibt wieder, wie die befragten Wöchnerinnen die *allgemeine* Möglichkeit einschätzen, Familie und Beruf verbinden zu können. In den neuen Bundesländern geben 66% der Befragten an, dass es nicht leicht, aber möglich ist, Familie und Beruf mit einem Kleinkind zu vereinbaren; 26,7% sagen, dass die Vereinbarkeit möglich, aber schwierig ist; für 4,9% ist es leicht möglich und für 2,4% ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf allgemein betrachtet nicht möglich. In den alten Bundesländern geben 51% der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern an, dass eine Vereinbarkeit nicht leicht, aber möglich ist; für 44,6% ist es allgemein gesehen möglich, aber schwierig, 2,7% sagen, es ist allgemein nicht möglich und lediglich 1,7% der befragten Wöchnerinnen der alten Bundesländer schätzen die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem Kleinkind als leicht möglich ein. Die gezeigten Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern sind statistisch hoch signifikant.

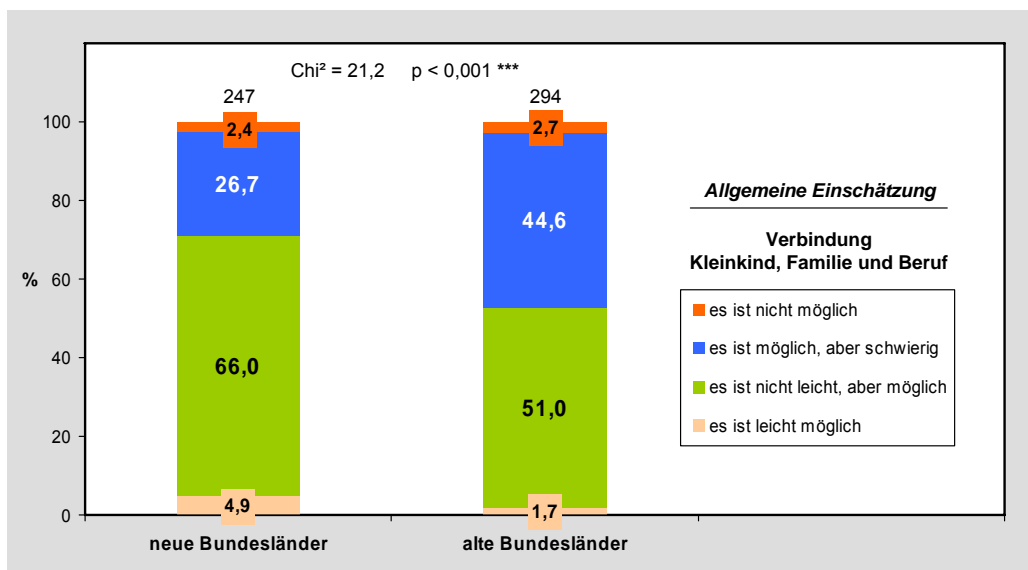


Abb. 20 Wie schätzen Sie *allgemein* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können?

In Abb. 21 ist die *persönliche* Möglichkeit der Vereinbarkeit von Kleinkind und Erwerbstätigkeit dargestellt. Auch hier sind die Unterschiede statistisch hoch signifikant, allerdings zeigt sich bei der *persönlichen* Einschätzung ein etwas anderes Bild als bei der *allgemeinen* Einschätzung (vgl. Abb. 20): Auffällig ist zunächst der Anteil der Wöchnerinnen, die die persönliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf als nicht möglich einschätzen. In den neuen Bundesländern ist eine Vereinbarkeit für 8,8% persönlich nicht möglich, in den alten Bundesländern sind es sogar 27,3%. Auffällig ist auch, dass der Anteil der Wöchnerinnen, für die persönlich eine Vereinbarkeit leicht möglich ist, größer ist als bei der allgemeinen Einschätzung: In den neuen Bundesländern ist dieser Anteil auf 6,8% und in den alten Bundesländern auf 3,7% angestiegen.

Betrachtet man den Anteil der Frauen, die die persönliche Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeben, so zeigt sich Folgendes: In den neuen Bundesländern überwiegt der Anteil der Frauen, für die es nicht leicht, aber möglich ist, Familie und Beruf zu vereinbaren: Er beträgt 60,7%. In den alten Bundesländern stimmen nur 34,1% der Befragten überein. In den alten Bundesländern überwiegt der Teil der Wöchnerinnen, für die es möglich, aber schwierig ist, mit einem Kleinkind Beruf und Familie zu vereinbaren: Er beträgt 34,8%. In den neuen Bundesländern geben 23,7% an, dass eine persönliche Vereinbarkeit für sie möglich, aber schwierig ist. Die Angaben sind statistisch hoch signifikant.

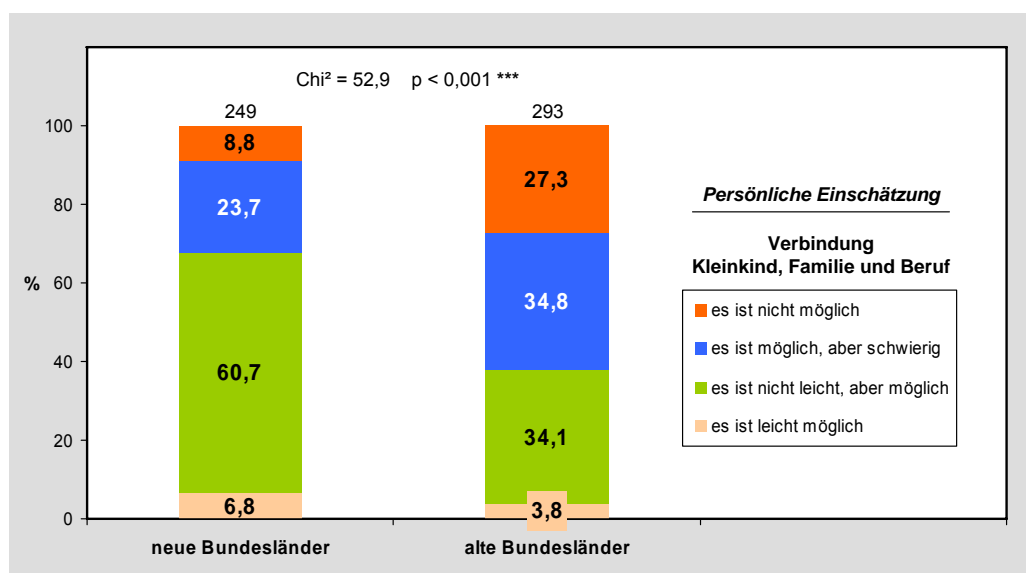


Abb. 21 Wie schätzen Sie für sich *persönlich* die Möglichkeit ein, mit einem Kleinkind Familie und Beruf verbinden zu können?

Neben der Einschätzung der Möglichkeit der Vereinbarung von Familie und Beruf wurden die Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern gefragt, an wen sie sich wenden können im Fall, dass sie eine Beaufsichtigung für ihr Kind/ihre Kinder benötigen. Hierbei lassen sich die möglichen Antwortkategorien z.B. danach differenzieren, ob es sich um persönliche Betreuungspersonen handelt, die der eigenen Familie (z.B. Partner, Eltern, Geschwister) oder dem Freundes- und Bekanntenkreis angehören (z.B. Freunde, Nachbarn, Kollegen), oder ob es sich um externe oder institutionelle Betreuungsmöglichkeiten handelt (z.B. bezahlte Helfer, Kindertagesstätten, andere Personen/Institutionen).

In Abb. 22 sind die Angaben dargestellt, Unterstützung bei der Betreuung durch Personen aus dem direkten Familienkreis zu bekommen. Signifikante Unterschiede zeigen sich bei der Möglichkeit der Betreuung durch den eigenen (Ehe-)Partner. In den neuen Bundesländern geben 72,9% der Wöchnerinnen an, sicher auf den (Ehe-)Partner zurückgreifen zu können, in den alten Bundesländern sind es mit 62,3% 10,6% weniger als in den neuen Bundesländern. Weitere signifikante Unterschiede zeigen sich bei der Betreuung durch den Sohn bzw. die Tochter: In den neuen Bundesländern geben 25% der Wöchnerinnen an, sicher durch den Sohn oder die Tochter Unterstützung bei der Beaufsichtigung für ihr Kind zu bekommen.

Keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern zeigen sich bei den Personengruppen der Eltern, Schwieger- und Großeltern, bei den Geschwistern oder sonstigen Verwandten (s.a. Abb. 23). Das zeichnet sich auch bei der Betreuung durch Personengruppen ab, wie Freunde, Nachbarn, Kollegen und sonstige Bekannte: Es zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede bei den Angaben der befragten Wöchnerinnen der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“.

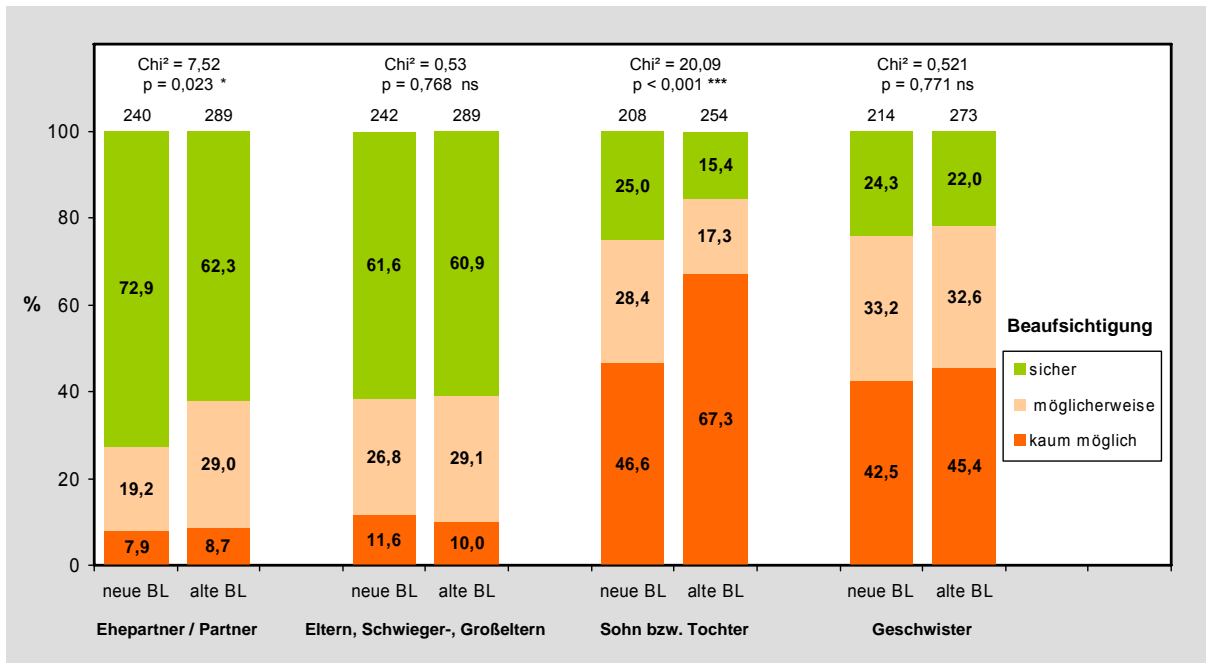


Abb. 22 Angaben zur möglichen Betreuung durch die eigenen Familie (z.B. Partner, Eltern, Geschwister)

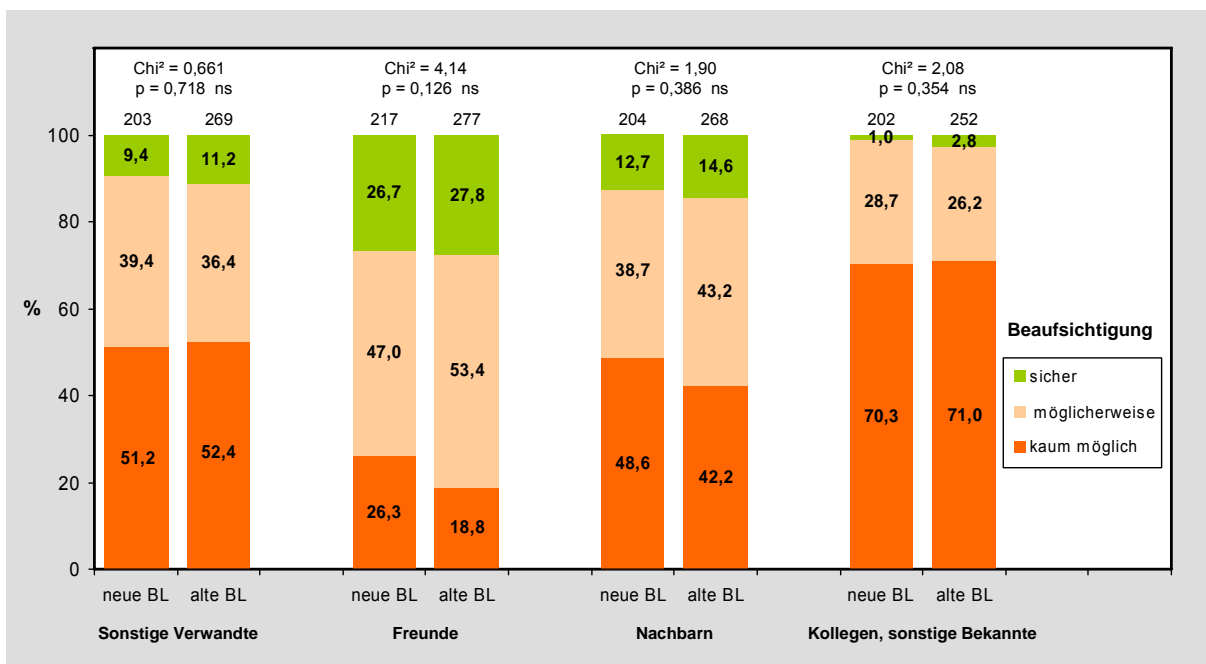


Abb. 23 Angaben zur möglichen Betreuung durch Freundes- und Bekanntenkreis (sonstige Verwandte, Freunde, Nachbarn, Kollegen und sonstige Bekannte)

Anders stellt sich das Bild dar bei der Frage nach der Betreuung durch *externe* Personen und Institutionen. Wie in Abb. 24 zeigen sich hier signifikante Unterschiede bei den Befragten. Während 64,3% der befragten Wöchnerinnen der neuen Bundesländer eine Betreuung durch bezahlte Helfer für kaum möglich einschätzen, sind es in den alten Bundesländern mit 52,7% 11,6% weniger. Im Gegensatz hierzu zeigt sich bei der Kategorie der Kindertagesstätten, dass 53,7% der Wöchnerinnen aus den alten Bundesländern angeben, dass es für sie kaum möglich ist, spontan auf Kindertagesstätten zur Betreuung der Kinder zurückzugreifen. In den neuen Bundesländern geben lediglich 26,3% der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern an. Dafür können hier 30,5 % sicher auf die Möglichkeit der Betreuung durch Kindertagesstätten zurückgreifen: Das sind dreimal so viele wie in den alten Bundesländern mit 10,1%.

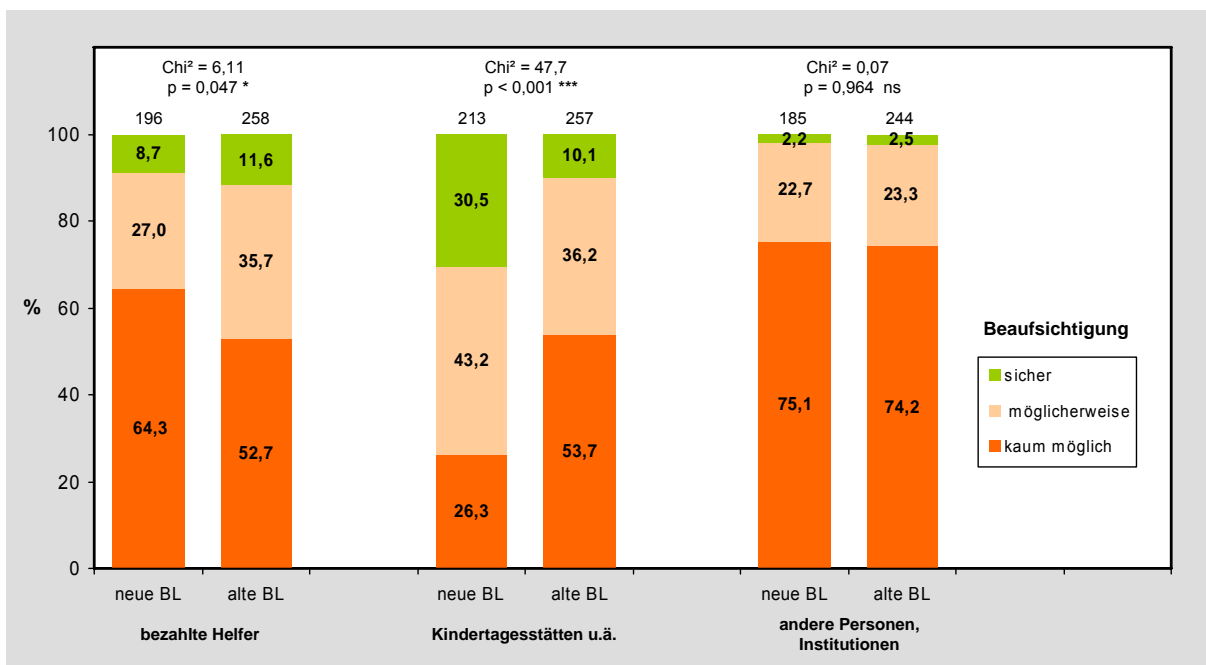


Abb. 24 Angaben zur möglichen Betreuung durch externe Personen und Institutionen (bezahlte Helfer, Kindertagesstätten, andere Personen / Institutionen)

3.8 Zufriedenheit der Wöchnerinnen mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung sowie der staatlichen Unterstützung von Familien

Im Folgenden geht es um die Zufriedenheit der Wöchnerinnen mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung (Abb. 25). Interessanterweise zeigen sich hier keine statistisch signifikanten Unterschiede. In den neuen wie in den alten Bundesländern sind ca. zwei Drittel der befragten Wöchnerinnen mit den Kinderbetreuungsmöglichkeiten sehr bzw. eher zufrieden (neue Bundesländer 63,6%; alte Bundesländer 61,4%); ca. ein Viertel ist nur z.T. mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung zufrieden (neue Bundesländer 25,7%; alte Bundesländer 22,9%). Eher bzw. sehr unzufrieden sind in den neuen Bundesländern 10,7% und in den alten Bundesländern 15,7%.

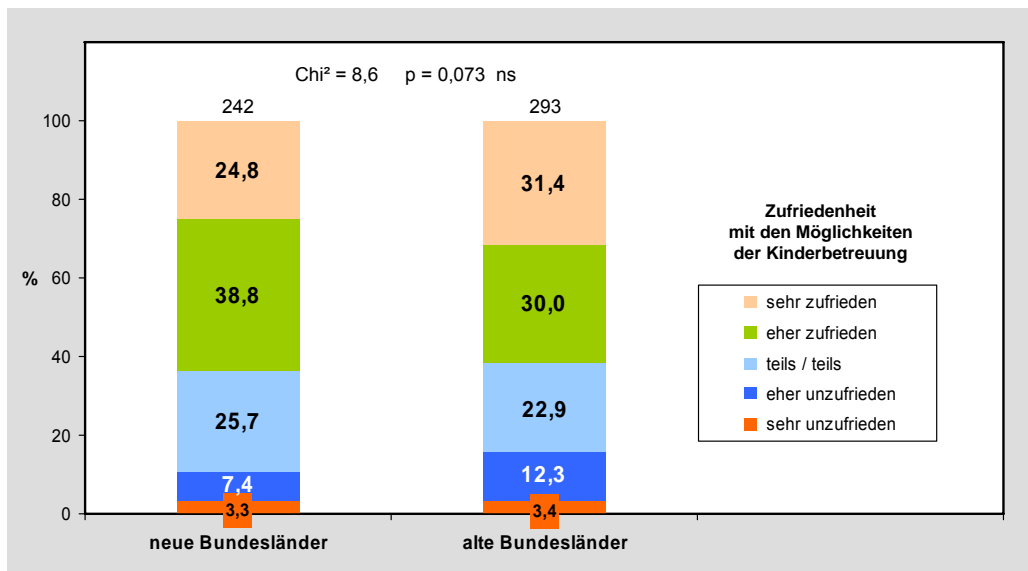


Abb. 25 Wie zufrieden sind Sie heute mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung?

Ebenfalls keine statistisch signifikanten Unterschiede zeigen sich bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der staatlichen Unterstützung von Familien (Abb. 26): Sehr bzw. eher zufrieden sind 18,3% in den neuen Bundesländern und 18,7% in den alten Bundesländern. Ein Drittel ist nur zum Teil zufrieden und die Mehrheit ist mit der staatlichen Unterstützung von Familien eher bzw. sehr unzufrieden: In den neuen Bundesländern beträgt dieser Anteil der befragten Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern 51,2%, in den alten Bundesländern 48,3%. Das entspricht jeweils knapp der Hälfte der befragten Wöchnerinnen der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“.

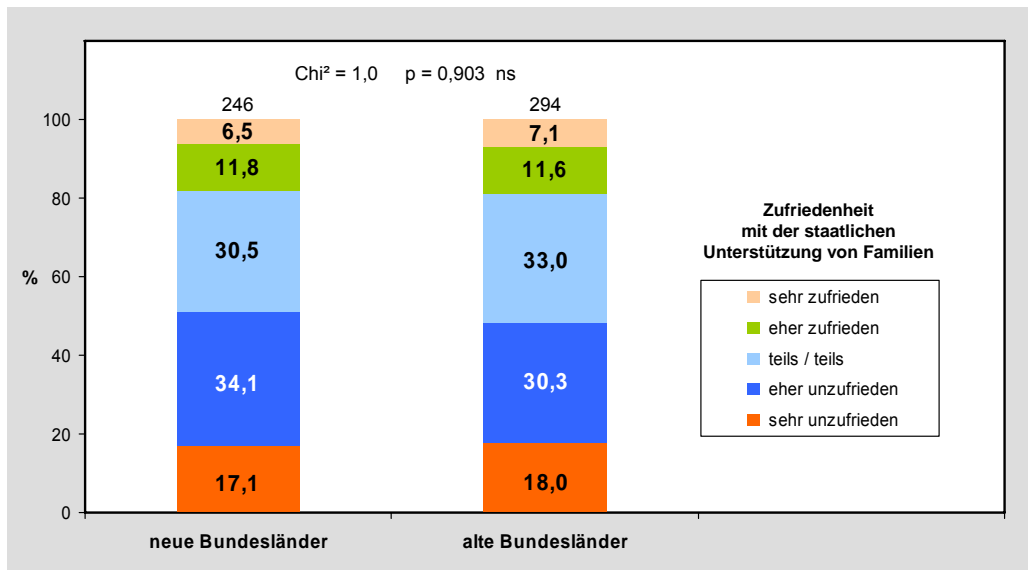


Abb. 26 Wie zufrieden sind Sie heute mit der staatlichen Unterstützung von Familien?

Was diese Angaben und die Einschätzung des Vergleichs der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ bzgl. der neuen und alten Bundesländer bedeuten bzw. wie sie interpretiert werden können, das soll nun im Folgenden eingehend diskutiert werden.

4 Diskussion

4.1 Theorien zur Erklärung generativen Verhaltens

Generatives Verhalten versucht das komplexe Wirkungsgefüge der Bevölkerungsentwicklung zu erfassen und zu beschreiben. Es wird in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen untersucht, weshalb an dieser Stelle ein kurzer Überblick zu den wesentlichen Erklärungsansätzen gegeben werden soll, die für die Untersuchung generativer Veränderungen herangezogen werden. Die Theorien der Bevölkerungsentwicklung und die Erklärungsansätze zum generativen Verhalten lassen sich in drei Hauptdisziplinen unterteilen: In die soziologischen, die psychologischen bzw. sozialpsychologischen sowie die ökonomischen Erklärungsansätze (SCHMIDT 2002).

Der soziologische Ansatz geht im Wesentlichen auf die Arbeiten von GERHARD MACKENROTH (1953) zurück. MACKENROTH ist der Erste, der die enge Verzahnung von Wirtschaftsstruktur und generativer Struktur thematisiert. Das generative Verhalten rekonstruiert sich im soziologischen Ansatz entlang gesellschaftlicher Strukturen und der Wandel dieser gesellschaftlichen Strukturen führt zu einem veränderten generativen Verhalten. Die Indikatoren generativen Verhaltens sind hierbei die „Heiratsstruktur“, die „Geburtenrate“ als auch die „Struktur der Sterblichkeit“. Trotz individualpsychologischer Determinanten betont MACKENROTH diese generativen Strukturen. Ihr Einfluss sei aber nicht konstant, sondern je nach historischen und sozialstrukturellen Bedingungen variabel. So ist die vorindustrielle Zeit durch hohe Geburten- und Sterblichkeitszahlen gekennzeichnet. Fehlende Kontrazeption führte zu einer engen Kopplung von Ehe und Geburt von Kindern. Deshalb kam es durch eine hohe Ehelichenquote zwangsläufig zu einer hohen Geburtenhäufigkeit. Der Übergang zur industriellen Zeit war verbunden mit der Aufhebung von Heiratsbeschränkungen, sodass die Geburtenhäufigkeit nicht mehr von den Möglichkeiten zur Heirat bestimmt wurde. Mit zunehmender Industrialisierung kam es zudem zu einer Angleichung der Geburten- und Sterblichkeitshäufigkeit. Die Ursachen liegen hierbei vor allem im zunehmenden gesellschaftlichen Wohlstand und der besseren Gesundheitsversorgung bzw. Hygiene. Der gesellschaftliche Wohlstand im Industriekapitalismus führte dazu, dass die Familiengründung in Konkurrenz zum Konsum trat. Diese „Aufwandskonkurrenz“ betraf vor allem die unteren und mittleren Schichten der städtischen Bevölkerung, die von einer großen Arbeitsplatzunsicherheit bedroht waren (MACKENROTH 1953). Hierin liegt die Verzahnung von Wirtschaftsstruktur und generativen Verhaltens begründet. Der Wandel von der vorindustriellen zur industriellen Zeit bedingte auch einen Wandel im Handeln von potenziellen Eltern, da sich die auch bewusst gegen eine Elternschaft entscheiden können.

Das sozialpsychologische Erklärungsmodell führt Veränderungen im generativen Verhalten hauptsächlich auf die Prozesse der Individualisierung der Gesellschaft zurück. Der gesellschaftliche „Wert des Kindes“ und das, was Kinder individuell repräsentieren, hat sich verändert (ROSENSTIEL 1978). Wie bei dem soziologischen Ansatz MACKENROTHS (1953) wurde das veränderte generative Verhalten auf die Prozesse der Industrialisierung zurückgeführt. In vorindustrieller Zeit hatten Restriktionen wie z.B. Heiratsbeschränkungen und fehlende ökonomische Voraussetzungen großen Einfluss auf generative Entscheidungen. Diese gesellschaftlichen Restriktionen sind durch die Industrialisierung weggefallen und Elternschaft wird individuell entschieden. Wenn nun aufgrund besserer Verhütungsmethoden eine Entkopplung von Ehe und Elternschaft stattfindet, werde damit die „Selbstverständlichkeit“ von Elternschaft aufgehoben. So schreibt ROSENSTIEL:

'Der kinderlose Zustand ist der Selbstverständliche. Dagegen wird eine explizite Entscheidung erforderlich (Absetzung der Pille), wenn das Paar ein Kind bekommen will. Kein Kind zu bekommen ist somit habituelles Handeln, ein Kind zu bekommen erfordert eine echte Entscheidung'.

Kinder zu bekommen bedarf somit eines bewusst motivierten Handlungsplans. Die Motivation zu Gunsten der generativen Entscheidung hängt von unterschiedlichen Aspekten ab. So nennt ROSENSTIEL soziale, materielle als auch emotionale Faktoren sowie das Abwägen zwischen Vor- und Nachteilen, die eine Elternschaft mit sich bringt. Ganz entscheidend ist hierbei die Frage, welche Ziele mit Kindern erreicht werden sollen und inwieweit Kinder zur Realisierung der Lebenspläne der Eltern beitragen. Als das angestrebte Ziel im Hinblick auf generatives Verhalten nennt der sozialpsychologische Ansatz von den Eltern erhoffte Vorteile durch Kinder, wie z.B. Glück, Liebe, Vorteile für die familiäre Bindung oder die persönliche Erfüllung durch Kinder. Als Nachteile einer Familiengründung werden Aspekte angeführt, wie z.B. die materielle, die psychische und die emotionale Belastung der Eltern, der Verzicht auf eigene Interessen oder schlechte Zukunftsaussichten für Kinder (ROSENSTIEL 1978).

Als dritter Ansatz zur Erklärung generativen Verhaltens darf an dieser Stelle die ökonomische Theorie nicht fehlen. Diese geht maßgeblich auf den Amerikaner GARY BECKER (1982) zurück. Die Ausgangsthese des Ansatzes ist, dass Handlungen erstens rational begründet sind und zweitens, dass Handlungen sich an der Maximierung des Nutzens orientieren. Nutzenmaximierung heißt hierbei die Summe des Nutzens aus verschiedenen Lebensbereichen, die einander überlagern oder auch in Konkurrenz stehen können. Hierbei werden aber nicht nur materielle Faktoren genannt, sondern auch immaterielle Güter wie z.B. Emotionen. Kinder werden jedoch zunächst als Konsumgüter verstanden (SCHILP 1984):

'Von ihnen empfangen die Eltern Befriedigung und Dienstleistungen, andererseits aber ist die Geburt und Erziehung von Kindern mit Opfern – elterliche Zeit, Marktgüter und öffentliche Dienstleistungen – verbunden. Aus diesem Grund müssen Eltern bei der Planung von Kindern allokativen Entscheidungen treffen, die ökonomische Entscheidungskomponenten enthalten und mithin prinzipiell ökonomische Entscheidungen sind'.

Die These, dass Kinder ein Konsumgut sind, bringt es mit sich, dass sie in Konkurrenz zu anderen Konsumgütern stehen. Nimmt der Nutzen anderer Güter zu bzw. sinkt er oder steigen die Kosten für Kinder, so wirkt sich das negativ auf die Geburtenrate aus. Höhere Kosten werden z.B. durch den Zeitaufwand für Erziehung und Ausbildung der Kinder verursacht. Gleichzeitig haben Kinder im Zuge der Industrialisierung ihren Nutzen als Arbeitskraft und Altersvorsorge verloren. Darüber hinaus beschreibt der ökonomische Ansatz einen schichtspezifischen Effekt: Aufgrund der besseren Berufsausbildung von Müttern sei bei der Geburt von Kindern potenziell ein höherer Einkommensverlust zu erwarten, wenn die Mütter zugunsten der Kinderbetreuung aus der Erwerbsarbeit ausscheiden (LOY 1981).

Es mag zunächst befremdlich klingen, von Kindern als Konsumgütern zu sprechen, da man sie ja nicht nach Lust und Laune „entsorgen“ kann, aber die ökonomische Theorie findet heute auf zwei Arten Eingang in die Diskussion zum generativen Verhalten; zum einen bei der Frage nach einem Verzicht, z.B. auf Urlaub, freie Zeiteinteilung und Unabhängigkeit aufgrund der elterlichen Verantwortung für das Kind und zum anderen im Sinne der Frage nach der gestiegenen Erwerbsorientierung der Frauen und somit nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle drei dargestellten Ansätze zur Erklärung generativen Verhaltens doch gewisse Übereinstimmungen aufzeigen. So sind der Einfluss der Industrialisierung und der damit einhergehende gesellschaftliche Wandel vom Übergang von der vormodernen, vorindustriellen Zeit zur Moderne mit ihren Freisetzungsprozessen aus ständischen Rahmenbedingungen verbunden: In der *soziologischen* Theorie wird das durch die Entkopplung von Heiratschancen und Geburtenhäufigkeit beschrieben, in der *sozialpsychologischen* tritt die stärkere Bedeutung individueller, motivationaler Entscheidungsprozesse im Zuge der gesellschaftlichen Individualisierung zu Tage und in der *ökonomischen* Theorie wird die Rationalisierung der Gesellschaft betont, die auch zu einer Rationalisierung von generativen Entscheidungen führt. Darüber hinaus wird bei allen Ansätzen die Möglichkeit der effektiven Verhütung betont, die die Wahlmöglichkeit erhöht, sich gegen Kinder zu entscheiden.

Unterschiede zeigen sich vor allem in der gewählten Perspektive. So ist MACKENROTHS (1953) Beschreibung des generativen Verhaltens mittels Geburten-, Sterblichkeits- und Heiratshäufigkeit eine stark makrosoziologische Perspektive, wohingegen die sozialpsychologischen und die ökonomischen Theorien eher aus der mikrosoziologischen Perspektive versuchen, individuelle generative Entscheidungsprozesse zu erklären.

4.2 Die Untersuchung generativer Strukturen bei der Familiengründung im Vergleich der neuen und alten Bundesländer

Im Rahmen dieser Arbeit liegt der Fokus auf dem Vergleich der neuen und alten Bundesländer. Dieser Schwerpunkt ist Gegenstand der Untersuchung, da die Teilung Deutschlands in ein sozialistisches und ein kapitalistisches Gesellschaftssystem dazu führte, dass sich die Bevölkerung im wiedervereinten Deutschland in ihrem generativen Verhalten stark unterschieden hat (HUININK 1997). Deshalb soll an dieser Stelle näher auf die generativen Strukturen der Heirats- und Geburtenhäufigkeit im geteilten und wiedervereinten Deutschland eingegangen werden.

4.2.1 Das Heirats- und Geburtenverhalten in Deutschland

Der Lebensabschnitt Familienbildung beginnt in Deutschland immer später. Das Durchschnittsalter bei der ersten Heirat sowie bei der Geburt des ersten Kindes nähert sich dem 30. Lebensjahr an. Frauen in den alten Bundesländern waren in Jahr 2001 bei der Erstheirat im Durchschnitt 28,4 Jahre alt, die Männer hatten mit durchschnittlich 31,2 Jahren das 30. Lebensjahr schon überschritten (BIB 2004). Es zeigt sich, dass sich die Erstheirat immer weiter hinauszögert: 1970 waren Frauen in der früheren BRD bei der Erstheirat durchschnittlich 23 Jahre alt, Männer waren gerade einmal 25 Jahre alt. Im Vergleich hierzu waren die Ehepaare in der ehemaligen DDR jünger: Die Frauen waren durchschnittlich 21,9 Jahre und die Männer 24 Jahre alt (ENGSTLER und MENNING 2003).

Betrachtet man die Entwicklung der Geburt des ersten Kindes, so zeigen sich ähnliche Tendenzen wie bei der Erstheirat, nämlich, dass sich die Geburt des ersten Kindes immer weiter hinauszögert: Im Jahr 1970 betrug das Alter der verheirateten Frau in der früheren BRD bei der Geburt des ersten Kindes 24,3 Jahre, in der ehemaligen DDR waren verheiratete Frauen durchschnittlich 23,9 Jahre alt. Im Jahr 2000 ist das Alter der Frau bei der ersten Geburt deutlich angestiegen: In den alten Bundesländern beträgt es 29 Jahre, in den neuen Bundesländern 28,4 Jahre (ENGSTLER und MENNING 2003).

Weitere Unterschiede im generativen Verhalten zeigen sich, wenn man den Anteil der Kinder betrachtet, die nicht innerhalb einer Ehe geboren werden. In der früheren Bundesrepublik wurden 1990 lediglich 10,5% der Kinder nicht ehelich geboren, in der ehemaligen DDR kam ein Drittel (33,6%: 1989) aller Kinder nicht ehelich zur Welt (ENGSTLER und MENNING 2003). Dies kann jedoch nicht als Abkehr von der Ehe gewertet werden. Vielmehr wurde die Eheschließung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Heirat erfolgte oft bei der Geburt des zweiten Kindes. Dies zeigen die Ergebnisse des DJI-FAMILIEN-SURVEYS (1992): 'Spätestens zur Geburt des nächsten, d.h. des zweiten Kindes, wird dann doch noch geheiratet' (LÖHR 1992).

Nicht nur bei der Geburt des ersten Kindes zeigen sich zwischen den neuen und alten Bundesländern hoch signifikante Unterschiede. Wie die Ergebnisse der Befragung von Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern bei der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ zeigen, setzen sich hier die Unterschiede fort: Das durchschnittliche Gebäralter der Mütter in den neuen Bundesländern lag bei 32,1 Jahren und war damit um ein Jahr niedriger als bei mehrfachen Müttern in den alten Bundesländern mit 33,3 Jahren (Abb. 2). Nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2005) lag das durchschnittliche Alter der Mutter bei der Geburt ihres dritten Kindes im Jahr 2000 bei 32,2 Jahren (Tab. 2).

Tab. 2 Durchschnittliches Alter der Mütter in Jahren bei der Geburt ihrer ehelich geborenen Kinder

Jahr	Ehelich lebendgeborene Kinder *					
	insgesamt	1.	2.	3.	4.	5. u. weitere
	Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt					
Altersjahrmethode¹						
2000	30,31	29,02	30,74	32,20	33,21	34,89
2001	30,45	29,15	30,90	32,35	33,36	35,00
2002	30,62	29,32	31,08	32,52	33,48	35,21
2003	30,72	29,43	31,19	32,62	33,66	35,17
2004	30,85	29,58	31,28	32,71	33,73	35,31
Geburtsjahrmethode²						
1991	28,32	26,91	28,81	30,70	31,93	33,74
1992	28,55	27,20	28,95	30,78	31,92	33,66
1993	28,78	27,49	29,16	30,93	32,03	33,71
1994	29,02	27,78	29,42	31,10	32,21	33,84
1995	29,28	28,07	29,66	31,30	32,36	34,02
1996	29,47	28,27	29,86	31,41	32,49	34,10
1997	29,73	28,49	30,12	31,68	32,79	34,37
1998	29,93	28,66	30,34	31,84	32,93	34,41
1999	30,10	28,83	30,51	31,99	33,11	34,67
2000	30,26	28,97	30,69	32,15	33,15	34,81
2001	30,40	29,09	30,85	32,30	33,31	34,92

* Ehelich Geborene: seit 01.07.1988 „Kinder miteinander verheirateter Eltern“
¹ Exaktes Alter der Mutter
² Alter der Mutter = Berichtsjahr - Geburtsjahr

© Staistisches Bundesamt
Wiesbaden (2005)

4.2.2 Die Entwicklung der Geburtenrate in Deutschland

Betrachtet man die Entwicklung der Geburtenrate, so zeigt sich, dass seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der früheren Bundesrepublik ein kontinuierlicher Anstieg der Geburtenhäufigkeit zu verzeichnen war, der bis Mitte der 60er-Jahre andauerte. Nachdem es zu dem kriegsbedingten Anstieg der Geburtenraten gekommen war (der sogenannte Nachholeffekt), begann die Zahl der Geburten erheblich zu sinken: Während die Geburtenrate 1965 noch 2,5 Kinder je Frau betrug, war sie 10 Jahre später auf 1,45 Kinder je Frau gesunken. Damit war die Bestandserhaltung der Bevölkerung nicht mehr gesichert. Für diese wäre eine Geburtenrate von 2,1 Kindern je Frau nötig gewesen. Seit Mitte der 70er-Jahre kann für den Verlauf der Entwicklung der Geburtenrate von einer Stagnation gesprochen werden, da in der früheren BRD durchschnittlich 1,5 Kinder pro Frau geboren wurden (SCHMIDT 2002, SCHWARZ 2001).

Die Entwicklung der Geburtenrate in der ehemaligen DDR zeigt bis zum Jahr 1965 ebenfalls einen Anstieg der Geburtenrate mit 2,45 Kindern je Frau sowie einen Rückgang der Zahl der geborenen Kinder bis Mitte der 70er-Jahre auf 1,5 Kinder je Frau. Während aber die Geburtenrate westdeutscher Frauen stagniert, zeigt sich in der ehemaligen DDR ein Wiederanstieg der Fertilität, die ihr Maximum im Jahr 1980 mit 1,94 Kindern pro Frau erreichte. Diese Entwicklung wird in der Literatur auf die pronatalistische Politik der ehemaligen DDR zurückgeführt, die die Förderung und Unterstützung von Familie und allein erziehenden Müttern zum Ziel hatte (SCHWARZ 1992, WENDT 1993). Allerdings war die Entwicklung nicht von Dauer: Bis zum Jahr 1989 ging die Geburtenrate auf 1,56 Kinder pro Frau zurück. Somit wurde auch in der ehemaligen DDR das Ziel der Bestandserhaltung der Bevölkerung nicht erreicht. Es lässt sich jedoch nicht bestreiten, dass die sozial- und familienpolitischen Maßnahmen einen Effekt hatten, der den Geburtenrückgang zumindest abbremste (HÖHN und SCHUBNELL 1986). Die Wiedervereinigung im Jahr 1991 führte zu einem schlagartigen Einbrechen der Fertilität in den neuen Bundesländern. Das Minimum des Geburtenrückgangs war 1994 mit 0,77 Kindern pro Frau erreicht. Die Literatur spricht hier von einem „sozialstrukturellen Schock“ (ZAPF und MAU 1993). Damit ist das Einfrieren nahezu aller demografisch relevanten Entscheidungen innerhalb kürzester Zeit gemeint, was das Ergebnis einer individuellen Strategie der Problembewältigung ist (SACKMANN 1999):

'Da das Individuum den Ablauf des makrostrukturellen Wandels „Transformation“ kaum beeinflussen kann, versucht es sich u.a durch Geburtenverzicht von der zusätzlichen „Belastung“ freizumachen'.

Seit 1995 stieg die Geburtenrate wieder an und erreichte im Jahr 2000 durchschnittlich 1,22 Kinder je Frau (ENGSTLER und MENNING 2003). Insgesamt lässt sich für Deutschland ein deutlicher Bevölkerungsrückgang verzeichnen. Die bundesdeutsche Geburtenrate liegt momentan bei 1,38 Kindern pro Frau (BIB 2004).

4.2.3 Kinderlosigkeit in Deutschland

Diese Angaben zur Entwicklung der Geburtenrate zeigen, wie viele Kinder eine Frau im Durchschnitt zur Welt bringt. Die Statistik beinhaltet auch den Anteil der Frauen, die dauerhaft kinderlos bleiben werden. Bei der Betrachtung der Kinderlosigkeit zeigen sich große Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern. In den alten Bundesländern hat sich der Anteil kinderloser Frauen ständig erhöht. Die in den 30er- und 40er-Jahren geborenen Frauenjahrgänge sind nur zu ca. 10% kinderlos geblieben. Ursache hierfür ist die durch das westdeutsche Wirtschaftswunder geprägte Nachkriegseuphorie mit einer hohen Heirats- und Geburtenneigung (DORBRITZ und GÄRTNER 1999). Die Geburtsjahrgänge der 50er-Jahre waren zu einem Fünftel kinderlos geblieben. Die Generation der 65er-Jahre hatte bereits einen Kinderlosenanteil von über 30%.

In den neuen Bundesländern war Kinderlosigkeit über lange Zeit kein Thema. Bis zum Geburtenjahrgang 1960 sind Frauengenerationen zu weniger als 10% kinderlos geblieben. In der ehemaligen DDR hatte das System der Ein-Kind-Familie bestanden. Das im Vergleich zu den alten Bundesländern etwas höhere Geburtenniveau erklärt sich vor allem aus den niedrigen Kinderlosenanteilen und nicht aus einem höheren Anteil zweier oder dreier Kinder. Mit dem Ende der DDR hat sich die Situation schlagartig geändert. Für den Jahrgang 1965 rechnet das BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BIB) bereits mit einem Anteil von ca. 26%. Die Experten gehen davon aus, dass zukünftig in den neuen Bundesländern rund ein Viertel der Frauen dauerhaft kinderlos bleiben wird (ENGSTLER und MENNING 2003).

Kinderlosigkeit ist ein entscheidendes Phänomen bei der Untersuchung von generativem Verhalten, aber wenden wir uns nun wieder den Frauen zu, die sich entschlossen haben, Kinder zur Welt zu bringen. Hierauf wird im nächsten Kapitel ausführlich eingegangen werden. Welche Tendenzen lassen sich hinsichtlich der Familiengründung aufzeigen? Wie viele Kinder wünschen sich Frauen in den neuen und alten Bundesländern? Wie gestaltet sich letztlich das Verhältnis von Kinderwunsch und tatsächlich realisierter Kinderzahl?

4.3 Die Realisierung von Kinderwünschen bei der Familiengründung in den neuen und alten Bundesländern

Die Deutschen wollen immer weniger Kinder. Das gab das BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (2005) bekannt. Während die Befragten im Jahr 1992 in der Regel noch zwei Kinder wollten, ist der Durchschnitt auf 1,7 Kinder gesunken. Wie jedoch in Kap. 4.2.2 gezeigt wurde, liegt die Geburtenrate in Deutschland bei durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau. Die tatsächliche Kinderzahl bleibt somit hinter dem ursprünglichen Kinderwunsch von zwei Kindern zurück. Das bestätigen auch die neuesten Ergebnisse der Studie „Kinderwünsche in Deutschland“, die von der Robert-Bosch-Stiftung zusammen mit dem BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BIB) durchgeführt wurde (2006). Die befragten Frauen wünschen sich durchschnittlich 1,75 Kinder. Die befragten Männer schrecken jedoch stärker vor einer Familiengründung zurück. Ihr Kinderwunsch liegt bei durchschnittlich 1,59 Kindern. Doch welche Determinanten sind ausschlaggebend, sich für oder gegen ein Kind zu entscheiden (STRÖBEL-RICHTER und BÄHLER 2001)? Das Zurückbleiben der gewünschten Kinderzahl variiert mit fortschreitendem Lebensalter mit einhergehenden Veränderungen in der beruflichen und familiären Situation. Die Untersuchung von LÖHR (1991) erinnert daran, dass nicht nur die gewünschte Kinderzahl zurückgegangen ist, sondern darüber hinaus auch immer häufiger nicht erreicht wird:

'Immer mehr Befragte bekommen, obwohl sie den Wunsch nach kinderreichen Familien haben, nur noch ein oder zwei Kinder. Die Bereitschaft zur Elternschaft und zur Familiengründung ist prinzipiell noch in sehr starkem Maße vorhanden'.

Die Realisierung der Kinderwünsche wird jedoch von vielen Faktoren beeinflusst. Der Konflikt, Familie und Beruf zu vereinbaren, trägt unweigerlich zum Aufschieben der Realisierung des Kinderwunsches bei. Erst nach dem Abschluss der Ausbildung, dem Sammeln von Berufserfahrung und nicht zuletzt der „richtigen“ Partnerwahl wird die Realisierung des Kinderwunsches in Angriff genommen (ALLENSBACH 2004). Das Alter der Frauen bei der Geburt des 1. Kindes steigt gleichzeitig an (ENGSTLER und MENNING 2003). Die medizinischen Schwierigkeiten, die mit dem gestiegenen Alter der Frauen bei der Geburt einhergehen, sind nicht zu unterschätzen (DIETL 2001, VAUPEL und LOICHINGER 2006). So prognostiziert DIETL (2001), dass durch das niedrige Geburtenniveau und die steigende Zahl kinderloser Frauen kleinere geburtshilfliche Abteilungen an Krankenhäusern an ihre wirtschaftlichen Grenzen stoßen werden.

Der Geburtenrückgang, der seit 1965 in den neuen und alten Bundesländern verzeichnet wird, wird von den Demografen durch zwei parallele Prozesse beschrieben: Zum einen steigt die Kinderlosigkeit an, zum anderen kommt es zu einer Abnahme von Mehrkinderfamilien. In

den alten Bundesländern bekamen 27% der Frauen, die 1940 geboren wurden, noch drei und mehr Kinder. Beim Geburtsjahrgang der Frauen, die 1955 geboren wurden, war dieser Anteil auf 18% gesunken (LAUTERBACH 1999). Die Geburtenrate liegt in den alten Bundesländern seit Mitte der 70er-Jahre bei durchschnittlich 1,5 Kindern je Frau. Diese Entwicklung hin zu kleineren Familien bestätigt jedoch nicht die weit verbreitete Ansicht, dass die Einkindfamilie in den alten Bundesländern die expandierende Lebensform der heute aufwachsenden Kindergeneration sei. Im Gegenteil: Die Zahl der Einzelkinder (ca. 19% aller Kinder) ist in den alten Bundesländern tendenziell rückläufig. Der Anteil der Mütter, die ein zweites Kind bekommen, liegt bei 70% und ist in der Kohortenfolge relativ konstant geblieben (WEICK 2002). Das heißt, dass in den alten Bundesländern das typische generative Muster ist, dass entweder ganz auf Kinder verzichtet wird oder mindestens zwei Kinder geboren werden (GEIBLER 2002). Somit kommt es zu einer Polarisierung der Gesellschaft in Kinderlose und „Kinderreiche“, d.h. mit zwei oder mehr Kindern (DORBRITZ und GÄRTNER 1995).

Im Unterschied dazu lässt sich für die neuen Bundesländer ein anderes generatives Muster aufzeigen. Wie bereits gezeigt, waren die Geburtenzahlen seit 1965 auch in der ehemaligen DDR rückläufig (NEUMANN 1993). Diese Entwicklung konnte in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre nur kurzfristig durch bevölkerungs- und familienpolitische Maßnahmen gestoppt werden. Kinderlosigkeit spielte in der ehemaligen DDR kaum eine Rolle, aber wie in der früheren Bundesrepublik ging der Anteil der Mehrkinderfamilien stark zurück: In der ehemaligen DDR hatten zwar über 90% aller Frauen mindestens ein Kind, aber deutlich weniger Frauen der ehemaligen DDR hatten drei oder mehr Kinder (HULLEN 1998). Seit der Wiedervereinigung gehört zu den jüngeren demografischen Entwicklungen in den neuen Bundesländern der Anstieg der Kinderlosigkeit. Zwar ist das vorherrschende Modell ein Leben mit zwei Kindern, allerdings hat sich anders als in den alten Bundesländern der Trend zur Einkindfamilie verstärkt (ENGSTLER 1998).

4.4 Familiäre Lebensformen in Deutschland

Betrachtet man das generative Verhalten in Deutschland, so darf die Analyse der familiären Lebensformen nicht fehlen. Aufgrund der verzeichneten Zunahme von Single-Haushalten wurde die These formuliert, dass Ehe und Familie als Lebensformen in eine Krise geraten seien (PERREZ 1979): Aufgrund eines tief greifenden Wertewandels in der modernen Industriegesellschaft komme es zu einer Auflösung traditioneller Familienformen. Indikatoren hierfür seien die Vielzahl von Familienformen, in denen Kinder aufwüchsen. Es komme immer stärker zu einer „Pluralisierung familiärer Lebensformen“. Immer weniger Kinder lebten demnach mit ihren verheirateten Eltern zusammen (BECK 1986).

Die Statistik bestätigt diese These jedoch nicht. Zwar leben immer mehr Menschen in Single-Haushalten oder in Lebensgemeinschaften, aber Kinder leben überwiegend mit ihren verheirateten Eltern zusammen. Vielmehr muss hier von einer Polarisierung der Gesellschaft gesprochen werden, d.h. in Deutschland vollzieht sich eine Polarisierung in Kinderlose und Familie mit Kindern (DORBRITZ und GÄRTNER 1999, DORBRITZ und SCHWARZ 1996). Allerdings zeigen sich hier zwischen den neuen und alten Bundesländern signifikante Unterschiede: In den alten Bundesländern lebt der überwiegende Teil der Kinder (81%) mit ihren verheirateten Eltern zusammen; jedes siebte Kind (14%) wächst bei einem allein erziehenden Elternteil auf und jedes 20. Kind (5%) lebt in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Im Vergleich hierzu zeigt sich für die neuen Bundesländer ein etwas anderes Bild: Deutlich weniger Kinder leben mit ihren verheirateten Eltern zusammen (62%); gut jedes fünfte Kind (22%) wächst bei einem allein erziehenden Elternteil auf und jedes sechste Kind (16%) lebt in einer Lebensgemeinschaft, in der die Eltern nicht verheiratet sind (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005).

Untersucht man also die Lebensformen, in denen Kinder aufwachsen, zeigt sich eines ganz deutlich: Obwohl die „neuen“ Lebensformen häufiger werden, leben nach wie vor die meisten minderjährigen Kinder überwiegend bei ihren verheirateten Eltern. Darüber hinaus leben fast zwei Drittel der Kinder (63%) mit mindestens einem weiteren Geschwisterkind zusammen. Hierbei zeigen sich wiederum erhebliche Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern: 66% der westdeutschen Kinder, aber nur 45% der ostdeutschen Kinder wuchsen 2004 in einer „traditionellen Normalfamilie“ auf, d.h. mit verheirateten Eltern und mindestens zwei Kindern im gemeinsamen Haushalt, so das STATISTISCHE BUNDESAMT (2005).

Vergleicht man diese Angaben mit den Ergebnissen der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ (Kap. 3.1) bestätigen sich die hoch signifikanten Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern. Die Mehrheit der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern lebt in den alten Bundesländern mit ihrem Partner zusammen und ist verheiratet (92,3%); geschiedene Partner

(4,3%), Ledige (1,7%) oder getrennt Lebende (1,0%) fallen kaum ins Gewicht. In den neuen Bundesländern sind hingegen 69% der Befragten verheiratet und leben mit ihrem Partner zusammen. Deutlich höher ist der Anteil derer, die verheiratet getrennt leben (6,7%), die ledig (9,0%) oder geschieden sind (14,1%).

Es zeigt sich, dass die befragten Wöchnerinnen, die drei und mehr Kinder zur Welt gebracht haben, öfter verheiratet sind als im bundesdeutschen Durchschnitt: In den neuen Bundesländern sind es 24% mehr und in den alten Bundesländern sind es sogar 26,3%, die das Konzept der „traditionellen Normalfamilie“ leben. Auf diese Familienform sowie ihre historische Entwicklung soll im folgenden Kapitel genauer eingegangen werden. Hier treffen sich Öffentlichkeit und Privatheit, Erwerbsarbeit und Reproduktion, Beruf und Familie, die entlang der Geschlechterrollen verlaufen. Frauen werden bei der Familiengründung immer wieder vor die Frage gestellt, ob sie Kinder *und/oder* Karriere wollen. Bei der Realisierung von Kind *und* Beruf sind sie oft mit ihren Partnern auf sich alleine gestellt, eine private Lösung für das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu finden. Hinzu kommt, dass der Konflikt berufliche und materielle Ziele sowie die Sorge um die finanziellen Einschränkungen das Spannungsfeld Familie und Beruf bestimmen. Schließlich gilt zumindest in den alten Bundesländern in der Lebensplanung ein Nacheinander von Familie und Beruf, so die Ergebnisse der Untersuchung des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2004), die mögliche Einflussfaktoren auf die Geburtenrate untersucht hat.

4.5 Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Familie und Arbeitsteilung

Die Diskussion um das Familienleben der heutigen Zeit wird von der Frage nach der Verteilung der inner- und außerfamiliären Arbeit dominiert. Hierbei ist es charakteristisch, dass die Sphäre der Familie von der Sphäre der Arbeitswelt unterschieden wird. Diese Trennung von Erwerbsarbeit und Hausarbeit, von Arbeitsplatz und Wohnung, von Beruf und Familie galt nicht immer als „Ideal“ und „Normalität“ des familiären Zusammenlebens, sondern diese Aufteilung in Öffentlichkeit und Privatheit ist das Ergebnis historischer Entwicklungsprozesse.

Diese Aufteilung der inner- und außerfamiliären Arbeit geht mit einer starken Prägung der Geschlechterrollen sowie der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung einher. Der gesellschaftliche Wandel, der bereits im Zuge der Industrialisierung zu einer Veränderung des generativen Verhaltens geführt hat, ist auch weiterhin in der heutigen Zeit der Globalisierung aktiv: Die gestiegene Erwerbsorientierung in der heutigen Gesellschaft des „lebenslangen Lernens“ und

die Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung sind Ausdruck gesellschaftlichen Wandels. Die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielt hierbei für das generative Verhalten eine entscheidende Rolle und nimmt deshalb bei der Untersuchung des generativen Verhaltens der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern bei der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ einen entsprechenden Platz ein: Wie gestalten sich die Vereinbarkeitmöglichkeiten für die Drittgebärenden im Vergleich der neuen und alten Bundesländer?

4.5.1 Familienbilder im Wandel: Die traditionelle Normalfamilie – eine historische Betrachtung

Das heutige Familienmodell der traditionellen Normalfamilie, das in der Literatur auch als „bürgerliche Kleinfamilie“ oder auch „Kernfamilie“ bezeichnet wird, steht für die familiäre Lebensform, in der die Kinder zusammen mit ihren verheirateten Eltern leben. Die familiäre Arbeitsteilung erfährt eine doppelte Neudefinition und trennt die familiäre Arbeit in die Ernährer- und in die Reproduktionsarbeit, wobei die Ernährerrolle den Männern und die Reproduktionsarbeit den Frauen zufällt. Die Idealvorstellungen dieses Modells haben sich Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung entwickelt. Was aus der heutigen Sicht als traditionelle Familie bezeichnet wird, gilt in seiner Entstehung als „moderne“ Familienform, da sie sich im Zuge der industriellen Revolution unter der bürgerlichen Bevölkerung in den urbanen Räumen entwickelte.

Die bereits erwähnte „Krise der Familie“ (PERREZ 1979) sieht der Historiker und Familienforscher MICHAEL MITTERAUER (1991) nicht als „Verfall dieser Sozialform“: Es kommt im Zuge des gesellschaftlichen Wandels der heutigen Individualisierung und Globalisierung unserer Gesellschaft nicht zu einer Auflösung der Familie, sondern vielmehr zu einem Funktionsverlust der Familie. Das bezeichnet den '... epochale(n) Prozess des Abbaus familiärer Aufgaben zugunsten umfassender Sozialformen' (MITTERAUER 1992). Da jedoch mit dem Begriff des „Funktionsverlusts“ eine negative Wertung vorgenommen wird, führt MITTERAUER den positiveren Begriff der „Funktionsentlastung“ ein. Es kam zur Herausbildung von eigenständigen gesellschaftlichen Teilbereichen wie der Wirtschaft, der Politik, der Religion, des Rechts und der Wissenschaft, die jeweils ganz bestimmte gesellschaftlich notwendige Funktionen erfüllen. Diese Entwicklung im Zuge der Industrialisierung und Modernisierung der Gesellschaft betraf gleichermaßen die Familie:

Es kam zum

'Prozess der Auslagerung von (aus heutiger Sicht) nichtfamiliären Funktionen wie Produktion, Ausbildung, Altersversorgung und der Spezialisierung der Familie als ein Teilsystem der Gesellschaft' (PEUCKERT 2002).

Das in vorneuzeitlicher Zeit v.a. durch *ökonomische* Beziehung basierende Teilsystem „Familie“ wurde im Verlauf des Prozesses durch *emotionale* Beziehungen ersetzt. Die vorindustrielle Wirtschaftsform war überwiegend die Familienwirtschaft, die Familie war in erster Linie Produktionsstätte. Ausschlaggebend für die Partnerwahl waren ökonomische Aspekte wie z.B. Arbeitskraft, Besitz oder die Mitgift des Partners. Die Kinder waren als potenzielle Arbeitskräfte stark in das Produktionssystem Familie eingebunden und dienten auf lange Sicht – als Erwachsene – den Eltern als Vorsorge- und Altersversicherung. Mit der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise im Verlauf der Industrialisierung und der damit einhergehenden Trennung des Arbeits- und Wohnbereichs büßte die Familie an Bedeutung ein. Es kam zu der von MITTERAUER (1991) beschriebenen „Funktionsentlastung der Familie“.

Als Folge der „gesellschaftlichen Differenzierungsprozesse“ (PARSONS 1975) kristallisiert sich zuerst im gebildeten und wohlhabenden Bürgertum (hohe Beamte, Unternehmer, Kaufleute) die bürgerliche Familie als Vorläufermodell der modernen Kleinfamilie heraus: Zum einen mussten Frauen und Kinder dieser Schicht nicht arbeiten und Geld verdienen und zum anderen konnte sich das Teilsystem Familie als emotionale Einheit von der Ökonomie lösen. Ende des 19. Jahrhunderts bildete sich das Leitbild der Ehe als Intimgemeinschaft heraus, in der die „Liebe“ zum zentralen Element wird. Gleichzeitig kommt es zu einer Polarisierung der Geschlechterrollen und zur innerfamiliären Arbeitsteilung, in der der Mann die Rolle des Ernährers übernimmt, während die Frau aus der Produktion ausgeschlossen und auf den familiären Binnenraum verwiesen wird. Des Weiteren wird die Kindheit zu einer selbständigen, anerkannten Lebensphase, für dessen Gestaltung und Erziehung der Kinder „ureigens“ die Frau zuständig ist (PEUCKERT 2002). Diese Prozesse sind auch heute noch aktiv, wie die Analyse des Geburtenrückgangs aus der Geschlechterperspektive von BARBARA STIEGLER (2006) zeigt. Sie untersucht die Tatsache, wonach Geburten immer noch „reine Frauensache“ sind:

'Die Geburt eines Kindes durch eine Frau steht im Mittelpunkt, die Beteiligung des Mannes wird vernachlässigt. Der Körper, der gebärt, wird aus dem sozialen Kontext herausgenommen und zur Natursache und biologischen Konstante erklärt, die Verknüpfung von Weiblichkeit und Natur wird verstärkt. Die alleinige Betrachtung des Gebärens übersieht die Zeugung und sie erweckt den Eindruck, dass der Körper der Frau eine natürliche Gegebenheit, ein so genanntes vor-soziales Gebilde ist, die letzte Bastion, an der die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen nicht vorbeikommt. Die Vaterschaft, aber auch Nichtbiologisches, wie soziale Mutterschaft, wird dadurch ausgeblendet. Ein Lebensentwurf ohne Kind für Frauen erscheint unnatürlich.'

Dieser Naturalismus führt auch heute noch zur Polarisierung der Geschlechter und zur Aufteilung der inner- und außerfamiliären Arbeit und bildet die Grundlage für die Geschlechterrollen, die bis heute wirksam sind.

Doch zurück zu den Anfängen der „traditionellen Normalfamilie“: Mit dem Aufstieg des Bürgertums seit ca. 1830 wurde die Neuorganisation der privatisierten, bürgerlichen Kleinfamilie normativ überhöht und entsprechend des Ideals der „romantischen Liebe“ auch als kulturelles Leitbild postuliert. Nach und nach breitete sich die „bürgerliche, moderne Familie“ als Beziehungsnorm aus. Es wurde zum gesamtgesellschaftlichen Familienleitbild, auch wenn die Realisierung dieses Ideals weiten Teilen der Bevölkerung verwehrt blieb. Arbeiterfamilien waren aufgrund der sozioökonomischen Lage auf die Lohnarbeit von Frauen und Kindern angewiesen. Lediglich einer kleinen privilegierten Schicht war die Realisierung des Leitbildes der nicht erwerbstätigen Ehefrau vergönnt. Erst im Zuge der deutlichen Verbesserung des Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung und dem Ansteigen der Reallöhne in den 50er- und frühen 60er-Jahren kam es zu der Generalisierung des modernen, bürgerlichen Familienmusters (MITTERAUER 1991, 1992). Zu dieser Zeit erlebte das „golden age of marriage“ seine Blütezeit, was historisch betrachtet eher eine Ausnahmesituation als die Regel darstellte, sich aber in den 50er- und 60er-Jahren als gewünschte Norm in der Gesetzgebung der Familienpolitik niederschlug und das gewünschte Familienbild der „traditionellen Normalfamilie“ als Ideal zementierte.

Die Steuerung von Familienprozessen durch die Politik zeigt sich auch in der ehemaligen DDR. Hier führte die Wohnungspolitik dazu, dass spätestens bei der Geburt des zweiten Kindes geheiratet wurde, da die Vergabe von Wohnraum für verheiratete Paare mit Kindern bevorzugt gefördert wurde (LÖHR 1992). In der heutigen Bundesrepublik ist die staatliche Unterstützung des Familienbildes der „traditionellen Normalfamilie“ über monetäre Unterstützung (z.B. im Steuersystem, beim Ehegattensplitting) wirksam und führt dazu, dass im Falle der Realisierung des Kinderwunsches auch geheiratet wird. Hierbei ist zu betonen, dass die Institution Ehe für die Lebensplanung und -orientierung der Menschen in der ehemaligen DDR sowie in der Bundesrepublik zentrale Bedeutung hat und hatte (VASKOVIC *et al.* 1994). Was in der konservativ geprägten Bundesrepublik das gewünschte Familienbild der „traditionellen Normalfamilie“ ist, das am Leitbild der nicht erwerbstätigen Mutter festgemacht wird, das war in der ehemaligen DDR das Leitbild der sozialistischen Familie, da es politisch gewünscht war, dass die Frau gleichzeitig Mutter und Arbeiterin war (HILLE 1995).

4.5.2 Die Erwerbstätigkeit von Müttern – Vergleich neue und alte Bundesländer

Bei der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten haben sich zwei sehr unterschiedliche Traditionen der Frauenerwerbstätigkeit verbunden: Während die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der ehemaligen DDR vor dem Hintergrund des Arbeitskräftemangels vom Staat gefordert und deshalb auch gezielt gefördert wurde, orientierte sich die Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik am traditionellen Frauen- und Familienbild der „Hausfrauen“ und männlichen „Versorgerehe“ (KLAMMER 2000). Dieses Politikmuster korrespondierte mit einer weit verbreiteten ablehnenden Haltung gegenüber der Erwerbstätigkeit von Frauen und insbesondere von Müttern, die sich erst allmählich zugunsten einer zunehmenden Akzeptanz wandelte (OCHS 1993, ENGELBRECH 1997). So betrug die Frauenerwerbsquote in der DDR bereits in den 70er-Jahren über 80% und nahm im internationalen Vergleich eine Spitzenposition ein. Im früheren Bundesgebiet stieg die Frauenerwerbsquote wesentlich langsamer an und lag stets weit unter der Erwerbsquote der Frauen in der DDR: 1970 betrug die Frauenerwerbsquote in der früheren Bundesrepublik 45% und stieg bis zum Jahr 1990 auf 55% an (KLAMMER 2000). Nach der Wiedervereinigung kam es in den neuen Bundesländern zu einem Einbrechen der Frauenerwerbsquote. Es ist allerdings beachtlich, dass trotz hoher Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern die Frauenerwerbsquote noch immer 13% höher ist als in den alten Bundesländern. Hierin zeigt sich die hohe Erwerbsorientierung der Frauen in den neuen Bundesländern, die ihnen aufgrund ihrer Geschichte zur Normalität geworden ist und alte Rollenbilder ablegen konnte.

Im Folgenden soll nun speziell die Erwerbsbeteiligung von Müttern betrachtet werden. Der Vergleich zwischen der ehemaligen DDR und der früheren BRD zeigt auch hier deutliche Unterschiede. Vor der Wiedervereinigung betrug die Erwerbsquote von Frauen in der ehemaligen DDR fast immer über 80% (1990), unabhängig ob sie Kinder hatten oder nicht. Lediglich in der Phase, in der die Kinder unter drei Jahre alt waren, lag die Erwerbsquote bei etwa 40%. Hier nahmen die Mütter das so genannte „Babyjahr“ in Anspruch. Hierbei handelte es sich um eine bezahlte Freistellung von der Arbeit während des ersten Lebensjahres des Kindes. Zum Zeitpunkt der Untersuchung befanden sich 46,6% der Mütter von Kindern unter drei Jahren im „Babyjahr“ (BRINKMANN und ENGELBRECHT 1991, WINKLER 1990).

Im früheren Bundesgebiet unterschied sich die Erwerbsquote von Frauen entsprechend, ob sie Kinder hatten oder nicht. Dies zeigt auch die Untersuchung von DANNENBECK *et al.* (1995), die die Erwerbsquote der Mütter nach dem Alter des jüngsten Kindes untersuchten. Die Untersuchung ergab, dass sich zwar mit zunehmendem Alter der Kinder ein Anstieg der Erwerbsquote abzeichnet, aber sie bleibt in den alten Bundesländern stets hinter der Erwerbstätigkeit

der Mütter der neuen Bundesländer zurück. Während Mütter der früheren BRD entweder das Modell der Hausfrau und Mutter oder das der erwerbstätigen Mutter lebten, waren Mütter in der ehemaligen DDR fast durchgehend erwerbstätig: In der ehemaligen DDR wurde das Hausfrauenmodell kaum realisiert (DANNENBECK *et al.* 1995).

Es stellt sich nun die Frage, wie sich die Erwerbstätigkeit von Müttern in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung entwickelt hat. Hierbei zeichnet sich ab, dass die Frauen in den neuen Bundesländern weiterhin eine parallele Vereinbarkeit von Familie und Beruf favorisieren und sich nicht dem westdeutschen Muster der Hausfrauenehe anschließen wollen, wo man sich entweder für Beruf oder Familien entscheidet. Diese starke Erwerbsorientierung der Frauen in den neuen Bundesländern bestätigt sich bei der Betrachtung der Erwerbsmuster bzgl. Vollzeit- und Teilzeitarbeit. Während die Quote der Vollzeit beschäftigten Mütter in den neuen Bundesländern bei 48% lag (2004), betrug sie in den alten Bundesländern lediglich 20%. Umgekehrt lag die Teilzeitquote in den alten Bundesländern mit 39% fast doppelt so hoch wie in den neuen Bundesländern (21%) [STATISTISCHES BUNDESAMT 2005].

Ganz entscheidend differiert hier die Angabe der Gründe, die von den Befragten für das Erwerbsmuster angegeben werden. Vergleicht man die Motive, die zu einer Teilzeiterwerbstätigkeit geführt haben, zeigt sich ein deutlicher Unterschied: Über drei Viertel (79%) der Mütter der alten Bundesländer gaben an, wegen persönlicher und familiärer Gründe, wie z.B. Kindererziehung oder der Pflege Angehöriger, Teilzeit erwerbstätig zu sein. In den neuen Bundesländern betrug dieser Anteil lediglich ein Drittel (29%). Entscheidend ist hierbei, dass der Großteil der Mütter der neuen Bundesländer (55%) als Grund für die Teilzeitarbeit angab, dass sie keine Vollzeitstelle finden. In den alten Bundesländern waren dies lediglich 5% der Mütter (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005).

Wie bereits dargestellt, ist die Erwerbstätigkeit von Frauen stark davon abhängig, ob Kinder zu versorgen sind. Gleichzeitig ist die Erwerbstätigkeit der Mütter stark vom Alter der Kinder abhängig. Aber auch die Zahl der Kinder im Haushalt spielt eine entscheidende Rolle: Je mehr Kinder zu betreuen sind, desto seltener sind Mütter erwerbstätig. Spätestens mit dem dritten Kind gibt ein großer Teil der Mütter die Erwerbstätigkeit völlig auf (Abb. 27): Waren in den alten Bundesländern insgesamt 61% der Mütter mit zwei Kindern Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig, gingen nur noch 47% der Mütter mit drei und mehr Kindern ihrem Beruf nach (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005). In den neuen Bundesländern waren 71% der Mütter mit zwei Kindern und 51% der Mütter mit drei Kindern aktiv erwerbstätig. Dieser Rückgang betrifft vor allem Vollzeit erwerbstätige Mütter. Während die Vollzeiterwerbstätigkeit in den

alten Bundesländern schrittweise mit jedem weiteren Kind zurückgeht, nimmt sie bei den Frauen der neuen Bundesländer erst mit dem dritten Kind deutlich ab. Dennoch sind Mütter aus den neuen Bundesländern mit drei und mehr Kindern mehr als doppelt so häufig Vollzeit erwerbstätig (28,9%) als Mütter aus den alten Bundesländern (12,4%).

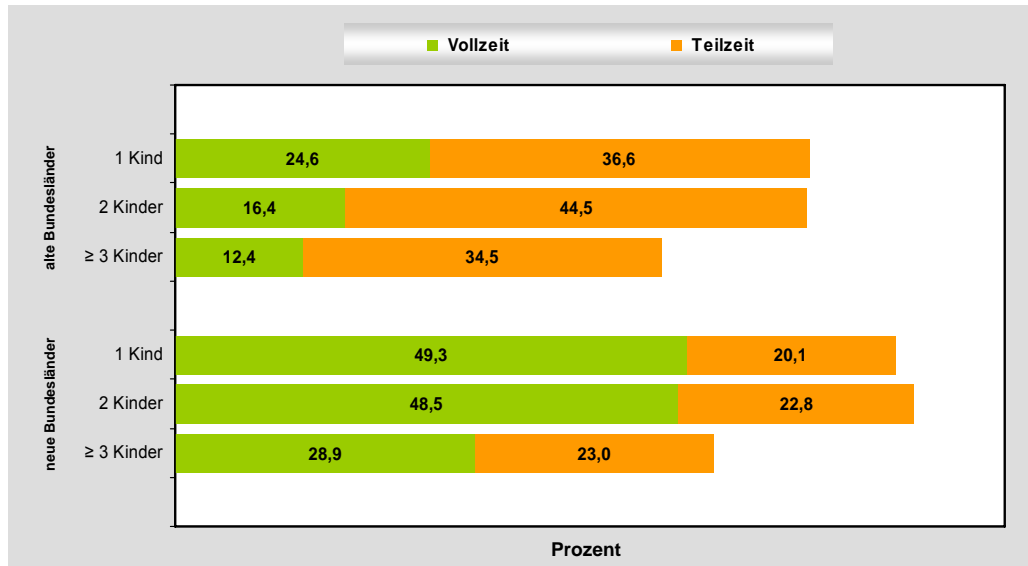


Abb. 27 Erwerbstätigenquote von Müttern in den neuen und alten Bundesländern nach der Anzahl der Kinder (2004)
[STATISTISCHES BUNDESAMT 2005]

Die Betrachtung der Erwerbstätigkeit von Müttern in den neuen und alten Bundesländern zeigt, dass Mütter in den neuen Bundesländern – trotz der schwierigen Arbeitsmarktsituation – öfter Vollzeit erwerbstätig sind als Mütter in den alten Bundesländern, die vor allem Teilzeit erwerbstätig sind, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Frauen aus den neuen Bundesländern arbeiten Teilzeit, weil sie keine Vollzeitstelle finden. Hier zeichnet sich die hohe „Erwerbsneigung“ der Frauen der neuen Bundesländer ab, die auch ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung aktuell ist (RICHTER 1996).

Diese starke Erwerbsorientierung der Mütter in den neuen Bundesländern kann auch im Rahmen der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ bestätigt werden. Schließlich war in den neuen Bundesländern etwas mehr als ein Drittel der befragten Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern (36,9%) entweder voll erwerbstätig (25,7%) oder arbeitete Teilzeit (11,2%). In den alten Bundesländern sind 25,8% entweder voll erwerbstätig (10,7%) oder Teilzeit erwerbstätig (15,1%). Auch planen die Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern der neuen Bundesländer nach spätestens drei Jahren (67,2%) ihre Erwerbstätigkeit weiterzuführen. In den alten Bundesländern geben 64,7% der befragten Wöchnerinnen an, dass sie noch nicht wissen, wann sie in

ihre Erwerbstätigkeit zurückkehren wollen bzw. sie haben nicht vor, ihre Erwerbstätigkeit weiterzuführen (Abb. 12). Demgegenüber ist der Wiedereinstieg der Wöchnerinnen, die drei und mehr Kinder zur Welt gebracht haben, konkreter geplant.

Des Weiteren sei an dieser Stelle auf die Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ verwiesen, dass die Bereitschaft, auf die eigene Erwerbstätigkeit zu verzichten und das „Hausfrauen-“ und männliche „Versorgermodell“ anzunehmen, in den neuen Bundesländern weniger akzeptiert wird als in den alten Bundesländern. In den alten Bundesländern stimmten drei Viertel der befragten Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern der Aussage zu, dass die Frau auf ihre Erwerbstätigkeit bei hohem Einkommen des Partners verzichten sollte, wenn Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind. In den neuen Bundesländern stimmen 43% der Wöchnerinnen überhaupt nicht zu bzw. stimmen eher nicht zu, dass Mütter auf ihre Erwerbsarbeit verzichten sollten, auch wenn der Partner ein ausreichendes Einkommen erzielt (Abb. 19).

4.5.3 Politische Leitbilder der Familienpolitik der BRD im Vergleich zur ehemaligen DDR

Trotz der immer wieder diskutierten Unterschiede zwischen der „sozialistischen“ Familie der ehemaligen DDR und der „kapitalistischen“ Familie in der früheren Bundesrepublik gab es in der Familiengesetzgebung beider deutscher Staaten einige grundlegende Gemeinsamkeiten, die SCHNEIDER (1994) bei seiner Untersuchung der Familie im geteilten Deutschland beschreibt: In beiden deutschen Staaten galt die Familie als „Keimzelle“ der Gesellschaft bzw. als „Grundkollektiv der sozialistischen Gesellschaft“, der im Rahmen der Ehe einen besonderen rechtlichen Schutz und eine spezielle Förderung zugeordnet war. Lange Zeit war es im ehemaligen Bundesgebiet der BRD umstritten, ob eine Bevölkerungspolitik angesichts der Rassenpolitik im „Dritten Reich“ überhaupt ethisch vertretbar sei und auch die Wirksamkeit einer pronatalistischen Bevölkerungspolitik wurde im alten Bundesgebiet lange Zeit angezweifelt. Trotz der Streitfrage pro/contra Bevölkerungspolitik war die gesellschaftliche Wertschätzung der Familie unbestritten, was 1953 zur Einrichtung eines Familienministeriums und zu einer Vielzahl familienpolitischer Maßnahmen wie dem Kindergeld, dem Erziehungsgeld und seit dem 01. 01. 2007 zur Einführung des Elterngeldes geführt hat.

In der ehemaligen DDR erkannte man die Wichtigkeit einer auf Geburtenförderung ausgerichteten Bevölkerungspolitik früher und leitete bereits 1972 entsprechende Maßnahmen ein. Diese bestanden auf einer besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft (TRAPPE 1995). Die Wirksamkeit der pronatalistischen Bevölkerungspolitik der ehemaligen DDR war

seither Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen, die zumindest ein zeitweise greifendes Resultat bestätigen (SCHWARZ 1992), wie der Geburtenanstieg Mitte der 70er-Jahre in der ehemaligen DDR zeigt.

Die grundlegenden Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten betrifft das Verhältnis zwischen Familie und Staat. In der Bundesrepublik besteht eine rechtliche Verpflichtung von Staat und Gesellschaft, die Familie zu fördern. Gleichzeitig wird die staatlich geschützte Autonomie der Familie hervorgehoben (ART. 6 UND ART. 13 GG). Nur in krassen Versagensfällen – z.B. bei grober Verletzung der elterlichen Sorge – darf und muss der Staat eingreifen.

Aufgabe des Staates ist es,

'die Rahmendbedingungen dafür zu schaffen, dass die Familien ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Es geht nicht darum, den Bürgerinnen und Bürgern ein bestimmtes Leitbild für ihre Lebensplanung vorzugeben, bestimmte Aufgabenverteilungen zwischen Männern und Frauen vorzuschreiben oder bestimmte Lebensformen zu diskriminieren' (PEUCKERT 2002).

Hierbei muss kritisch angeführt werden, dass den Familien die private Lebensführung zwar weitgehend freigestellt sein mag, doch familienpolitisch unterstützt wird nur die Institution der Familie, die auf der Ehe basiert, was sich in der Benachteiligung Alleinerziehender gegenüber kinderlosen Ehepaaren zeigt (BAST und OSTNER 1992). So kommt es im Zuge der Realisierung des Kinderwunsches oft zur Heirat. Alleinerziehende und nichteheliche Lebensformen, in denen Kinder aufwachsen, machen auch heute noch den geringsten Anteil familiärer Lebensformen aus. Lediglich jedes siebte Kind (14%) wächst bei einem allein erziehenden Elternteil auf und jedes 20. Kind (5%) lebt in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005). Zwar leben immer mehr Menschen in Single-Haushalten oder in Lebensgemeinschaften, aber Kinder leben überwiegend mit ihren verheirateten Eltern zusammen (81%). Deshalb kommt es in den alten Bundesländern zu einer Polarisierung der Gesellschaft in Kinderlose und Ehepartner mit Kindern (DORBRITZ und GÄRTNER 1999, DORBRITZ und SCHWARZ 1996). In den alten Bundesländern lebt der überwiegende Teil der Kinder mit ihren verheirateten Eltern zusammen.

Im Unterschied zur Bundesrepublik wurde die Autonomie und Privatheit der Familie in der ehemaligen DDR nur sehr eingeschränkt anerkannt, wie sich an der Sozialisation und Erziehung der Kinder aufzeigen lässt. Während es in der Bundesrepublik kein staatlich verordnetes einheitliches Erziehungsleitbild geben soll und die „Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern ist“ (ART. 6 ABS. 2 GG), wurde es in der ehemaligen DDR als die

wichtigste Aufgabe der Familie gesehen, die nachwachsende Generation zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ und „staatsbewussten Bürgern“ zu erziehen (ART. 38 der Verfassung). Dabei sind alle gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Einrichtungen zur Mitwirkung an der Erziehung der Kinder verpflichtet. Es war ihr Auftrag, die Binnenbeziehungen in der Familie im Sinne der „sozialistischen Moral“ zu beeinflussen (PEUCKERT 2002).

Des Weiteren spielte die Gleichberechtigung der Frau – insbesondere der Ehefrau und Mutter – in der DDR eine wichtigere Rolle als in der Bundesrepublik. In der Bundesrepublik ist die rechtliche Gleichstellung der Frau zwar im Grundgesetz verankert, wesentliche Ungleichheiten in der Rechtstellung wurden aber erst 1976 mit dem 1. Eherechtsreformgesetz abgebaut. Bis dahin war die Zuständigkeit der Frau für Haushalt und Familie gesetzlich festgelegt. Erst seit dieser Reform sind beide Ehepartner berechtigt, erwerbstätig zu sein. In der DDR gehörte die Gleichstellung der Frau zu den offiziellen Zielen der sozialistischen Gesellschaftspolitik. Bereits die Verfassung der DDR von 1949 hatte die Gleichberechtigung von Mann und Frau formuliert. Ziel war es, durch Gesetze staatliche Einrichtungen zu schaffen, 'die es gewährleisten, dass die Frau ihre Aufgabe als arbeitende Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann' (ART. 18 ABS. 13, PEUCKERT 2002). Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen setzte die berufliche Tätigkeit sowie ökonomische Unabhängigkeit der Frau in der DDR voraus.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die politische Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR grundlegend im Ansatz unterschieden. In der Bundesrepublik liegt der Hauptansatz auf der „sukzessiven“ Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familientätigkeit der Frau im Rahmen des sogenannten „Drei-Phasen-Modells“. Dieses Modell sieht den Ausstieg der Frau aus dem Berufsleben bei der Geburt des Kindes vor und die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit als Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Erst nachdem das Kind die Kleinkindphase verlassen hat, soll ein Wiedereinstieg in das Berufsleben erfolgen. Hierbei spielt die Teilzeitarbeit eine entscheidende Rolle.

Im Unterschied hierzu verfolgte die ehemalige DDR das Ziel der „simultanen“ Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familientätigkeit. Es sollte erst gar nicht zum Ausstieg aus dem Berufsleben kommen – mit all seinen Schwierigkeiten des Wiedereinstiegs, die Frauen nach einer z.B. 3-jährigen Unterbrechung erleben. Nur so konnte es in der DDR zu einer extrem hohen Erwerbsquote von Müttern mit Kleinkindern von über 90% kommen. Hierbei wird die Möglichkeit der externen Kinderbetreuung als Schlüssel zur Erwerbstätigkeit von Frauen gesehen.

Dies bestätigen BECKMANN und KURTZ (2001) bei ihrer Untersuchung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Nur ein abgestimmtes Angebot von Betreuungseinrichtungen und -angeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann Frauen eine Erwerbstätigkeit, die sich durch Vollzeit bzw. Karrieremöglichkeiten und nicht durch Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung auszeichnet, ermöglichen (BECKMANN und KURTZ 2001). Die Betreuung stellt für die Autorinnen der Schlüssel zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar.

Ein weiterer Ansatzpunkt zwischen den beiden deutschen Staaten zeigt sich in dem unterschiedlichen Gewicht, das bevölkerungspolitischen Fragen beigemessen wird (SCHNEIDER 1994). In der DDR bemühte man sich um die Förderung der Geburtenentwicklung (Geburtenprämie, Ehestandskredite, besondere Freistellung für Mütter, mehr Urlaub für Mütter), um wenigstens den Bevölkerungsstand zu sichern. Insbesondere der Mitte der 60er-Jahre einsetzende Geburtenrückgang läutete eine Phase der Sozialpolitik ein, die auf Familiengründung und Geburtenanstieg ausgelegt war. Die sozialpolitischen Maßnahmen zielten auf eine möglichst vollständige Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt und das gleichzeitige Aufziehen mehrerer Kinder ab. Die Eltern wurden von den finanziellen und zeitlichen Belastungen der Erziehung von Kindern weitgehend freigestellt. Der flächendeckende Ausbau von Betreuungseinrichtungen (durch Krippen, Kindergärten und Schulhorte) kann als ein besonderes Charakteristikum der Sozialpolitik der DDR angesehen werden. Allerdings merkt TRAPPE (1995) zu Recht kritisch an, dass das Ziel der Erhöhung der Geburtenziffer und der Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt nicht in einer gerechten Aufteilung der häuslichen Pflichten zwischen Mann und Frau gesucht wurde, sondern in neuen Sonderregelungen für Frauen. Es kam nicht zu einer Neuverteilung der innerfamiliären Arbeit.

In der Bundesrepublik richtete sich die Familienpolitik auf eine Verbesserung der familiären Bedingungen für die Erziehung und Versorgung der Kinder in der Familie durch die Mutter. Die Familienpolitik war daher weniger pronatalistisch orientiert als in der ehemaligen DDR, obwohl Demografen (BIRG 1975 und 1983, BUTTLER 1979, FRANKE und SCHUBNELL 1978) bereits Ende der 1970er-Jahre auf das Problem der sinkenden Geburtenrate hinwiesen und die damit einhergehenden Probleme für die Gesellschaft, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen, thematisierten. Der damalige Forschungsstand fand jedoch bei den zuständigen politischen Vertretern wenig Gehör.

4.6 Die Zufriedenheit mit der staatlichen Unterstützung von Familien in Deutschland

Wenden wir uns nun der Frage nach der Zufriedenheit der Wöchnerinnen mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung sowie der staatlichen Unterstützung von Familien zu. Wie in Abb. 25 gezeigt wurde, zeigen sich *keine* signifikanten Unterschiede bei der Zufriedenheit der Befragten mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung. In den neuen wie in den alten Bundesländern sind ca. zwei Drittel der befragten Wöchnerinnen mit den Kinderbetreuungsmöglichkeiten sehr bzw. eher zufrieden: neue Bundesländer 63,6%; alte Bundesländer 61,4%. Ebenfalls keine statistisch signifikanten Unterschiede zeigen sich bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der staatlichen Unterstützung von Familien (Abb. 26). Die hohe Unzufriedenheit mit der staatlichen Unterstützung ist in den neuen wie in den alten Bundesländern besonders auffällig: In den neuen Bundesländern beträgt dieser Anteil der befragten Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern 51,2%, in den alten Bundesländern 48,3%. Lediglich 18,3% in den neuen Bundesländern und 18,7% in den alten Bundesländern sind mit der staatlichen Unterstützung sehr bzw. eher zufrieden.

Um diese Angaben interpretieren zu können, sollen sie in den nötigen Kontext gestellt werden. Zunächst wird hierfür die Betreuungssituation in den neuen und alten Bundesländern verglichen (Kap. 4.6.1), um abschließend kurz auf die Situation unserer europäischen Nachbarn einzugehen, wo sich positive Vorbilder beim Zusammenhang von steigender Fertilität und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufzeigen lassen (Kap. 4.6.2).

4.6.1 Zur Kinderbetreuungssituation in den neuen und alten Bundesländern

Die Kinderbetreuungssituation in den neuen und alten Bundesländern wurde ausführlich von BÜCHEL und SPIESS (2002) untersucht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend analysierten sie die *'Form der Kinderbetreuung und das Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland'*. Hierbei differenzierten sie nach externen Betreuungsmöglichkeiten nach Alter der Kinder, nach der Dauer der Tagesbetreuung sowie nach neuen und alten Bundesländern: Krippenkinder sind Kleinkinder unter 3 Jahren, Kindergartenkinder sind entsprechend drei Jahre und älter und Hortkinder sind dem Schulalter zuzuordnen (Tab. 3).

Die Versorgungsquote an Plätzen für Krippenkinder unter 3 Jahren zeigt, dass der Anteil in den alten Bundesländern lediglich 2,8% beträgt (1998). In den neuen Bundesländern sind es immerhin 36,3%. Auffällig ist, dass nicht alle Krippenplätze Ganztagesplätze sind. Vor allem

auf die sowieso schon wenigen Krippenplätze in den alten Bundesländern trifft das zu. Von den 2,8% der Versorgungsquote sind lediglich 79,2% Ganztagesplätze; auch ein Mittagessen ist nur in 83,8% der Krippenplätze für die Kleinkinder erhältlich.

Tab. 3 Versorgungsquoten, Anteil an Plätzen mit Mittagessen und an Ganztagsplätzen in West- und Ostdeutschland, 1998 (in Prozent)

	Plätze Krippenkinder			Plätze Kindergartenkinder			Plätze Hortkinder		
	V	M	G	V	M	G	V	M	G
alte BL	2,8	83,8	79,2	87,0	20,7	18,8	3,0	87,7	84,0
neue BL	36,3	99,3	96,3	112,0	99,4	97,7	19,3	91,0	80,5
gesamt	7,0	93,9	90,3	89,0	31,3	29,4	6,2	89,0	82,2

V = Versorgungsquoten (Anteil der Plätze in der jeweiligen Platzkategorie pro 100 Kinder in der entsprechenden Altersgruppe)
M = Anteil der Plätze mit Mittagessen an allen Plätzen in der entsprechenden Platzkategorie
G = Anteil an Ganztagesplätzen an allen Plätzen in der entsprechenden Platzkategorie

Quelle: BÜCHEL U. SPIESS 2002

Diese schlecht ausgebaute Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren zwingen die Eltern in den alten Bundesländern vor allem, private Lösungen für die Kinderbetreuung zu finden. Hierbei greifen die befragten Wöchnerinnen in den neuen und in den alten Bundesländern zu allererst auf Personengruppen wie Eltern, Schwieger- und Großeltern, Geschwister oder sonstige Verwandte zurück (Abb. 22), gefolgt von der Betreuung durch Personengruppen wie Freunde, Nachbarn, Kollegen und sonstige Bekannte (Abb. 23).

Anders stellt sich das Bild dar bei der Frage nach der Betreuung durch externe Personen und Institutionen. Wie in Abb. 24 zeigen sich hier signifikante Unterschiede bei den Befragten. Während 64,3% der befragten Wöchnerinnen der neuen Bundesländer eine Betreuung durch bezahlte Helfer für kaum möglich einschätzen, sind es in den alten Bundesländern mit 52,7% 11,6% weniger. Im Gegensatz hierzu zeigt sich bei der Kategorie der Kindertagesstätten, dass 53,7% der Wöchnerinnen aus den alten Bundesländern angeben, dass es für sie kaum möglich ist, spontan auf Kindertagesstätten zur Betreuung der Kinder zurückzugreifen. In den neuen Bundesländern geben das lediglich 26,3% der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern an. Dafür können hier 30,5% sicher auf die Möglichkeit der Betreuung durch Kindertagesstätten zurückgreifen: Das sind dreimal so viele wie in den alten Bundesländern mit 10,1%.

Eine Bewertung der derzeitigen Betreuungsstruktur wurde im Rahmen der bereits zitierten Untersuchung des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2004) vorgenommen. Die Umfrage ergab ebenfalls wie die „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ eine hohe Zufriedenheit mit den Kinderbetreuungsmöglichkeiten. 56% der Frauen stufen die Einrichtungen zur Kinderbetreuung am Ort als ausreichend ein, 35% der Frauen konstatieren Mängel:

'Vor dem Hintergrund der Orientierung an dem Phasenmodell und dem hohen Anteil der Frauen, die an Beginn der Familienphase ganz oder teilweise aus dem Beruf ausscheiden, kann es nicht überraschen, dass die große Mehrheit der Eltern die Betreuungsinfrastuktur als ausreichend empfindet'.

Eltern, die das Betreuungsangebot als defizitär empfinden, wünschen sich vor allem mehr Angebote für die nachmittägliche oder ganztägige Betreuung sowie flexible Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen.

Die Zufriedenheit mit der Betreuungsinfrastuktur der befragten Wöchnerinnen der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ als auch der Mehrheit der Befragten durch das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2004) hängt somit nicht nur mit dem hohen Anteil nicht oder nur Teilzeit erwerbstätigen Mütter zusammen, sondern insbesondere auch mit den privaten Netzen, der Unterstützung bei der Betreuung von Kindern durch Verwandte, Freunde und Bekannte. Insbesondere die Schwiegereltern spielen hier eine ganz entscheidende Rolle bei der Betreuung ihrer Enkel.

Die hohe Unzufriedenheit mit der staatlichen Unterstützung von Familien (Abb. 26) in den neuen wie in den alten Bundesländern ist daher in einer unzeitgemäßen Familienpolitik zu finden, die nicht die Parallelität von Familie und Beruf im Blick hat. Das Nacheinander von Beruf, Kinderpause und Wiedereinstieg im Rahmen des Phasenmodells (DORNSEIFF und SACKMANN 2003) wird den Erwartungen der Frauen an eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gerecht:

'Die Untersuchung zeigt, dass sich die Wöchnerinnen insgesamt mehr staatliche Unterstützung wünschen. Dies steht aber im Gegensatz zum Leitbild der deutschen Sozialpolitik, die Leistungen vom Staat als generell für nachrangig gegenüber der Selbsthilfe und Privatinitiative der Familien ansieht (VOIGT 2006)'.

4.6.2 Die Situation der Kleinkinderbetreuung im europäischen Vergleich

In Kap. 4.5.3. wurden BECKMANN und KURTZ (2001) als Vertreter der Bevölkerungsforschung vorgestellt, die nachweislich einen Zusammenhang zwischen der Fertilitätsrate eines Landes, der Erwerbsquote und den Möglichkeiten der Kinderbetreuung sehen. Dies bestätigt anschaulich der internationale Vergleich, wonach Länder mit einer Vielzahl an Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch eine höhere Geburtenrate als Deutschland aufzeigen. So zeigen KLAMMER und DALY (2003) bei ihrer Untersuchung der Beteiligung von Frauen an europäischen Arbeitsmärkten, dass Mütter insbesondere in den Ländern eine hohe Erwerbs- und Vollzeitwerbsquote haben, die auf eine umfassende Betreuungsinfrastruktur zurückgreifen können, damit sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Sie wirkt sich somit positiv auf die Geburtenentwicklung aus: Länder wie Frankreich, Norwegen oder Schweden besitzen einen hohen Anteil an Kinderbetreuungsmöglichkeiten *aller* Altersklassen. Gleichzeitig haben diese Länder mit über 70% die höchsten weiblichen Erwerbsquoten¹ und verzeichnen europaweit die höchsten Geburtenraten. Demgegenüber stehen Länder wie Italien, Spanien und Griechenland, die deutlich weniger Möglichkeiten der Kinderbetreuung anbieten. In diesen Ländern finden sich die geringsten Erwerbsquoten der Frauen (ca. 45%) und die Geburtenziffer liegt bei weniger als 1,3 Kindern je Frau (Tab. 4).

Tab. 4 Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen in der Europäischen Union, 1998, 1999, 2000

<i>Anteil (%) der Kinder, die Betreuungseinrichtungen nutzen</i>			
<i>Land</i>	<i>Jahr</i>	<i>unter 3 Jahren</i>	<i>zwischen 3 Jahren und schulpflichtigem Alter</i>
Dänemark	1998	64	91
Deutschland	2000	10	78
Finnland	1998	22	66
Frankreich	1998	29	99
Griechenland	2000	3	46
Großbritannien (nur England)	2000	34	60
Irland	1998	38	56
Italien	1998	6	95
Niederlande	1998	6	98
Österreich	1998	4	68
Portugal	1999	12	75
Schweden	1998	48	80
Spanien	2000	5	84

Die Angaben beziehen sich auf private und öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen

Quelle: Klammer u. DALY 2003

¹ Der prozentuale Anteil der Erwerbspersonen: Erwerbstätige und Erwerbslose einer bestimmten Bevölkerung oder Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)

Wie Tab. 4 zeigt, liegen die größten länderspezifischen Unterschiede in der Kleinkindbetreuung, also der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. VEIL (2003) hat unterschiedliche Kinderbetreuungskulturen in Europa untersucht und zeigt hierbei eine große Bandbreite an Kinderbetreuungspolitiken auf. Die Variationsbreite reicht von Dänemark mit 64% der Kleinkinder, die öffentliche Einrichtungen besuchen, bis Österreich, wo nur 4% der Kinder im entsprechenden Alter in Krippen betreut werden (KLAMMER und DALY 2003, BERTELSMANN STIFTUNG 2002). Während in Schweden 48% der bis zu Dreijährigen öffentliche Einrichtungen besuchen, sind es in Deutschland 10%. Hierbei muss betont werden, dass sich dieser bundesdeutsche Durchschnitt aus dem starken Gefälle zwischen den neuen und alten Bundesländern ergibt. Trotz des deutlichen Abbaus von Kinderbetreuungsmöglichkeiten in den neuen Bundesländern im Vergleich zur ehemaligen DDR ist die Betreuungsinfrastruktur in den neuen Bundesländern auch heute noch besser ausgebaut als in den alten Bundesländern (VEIL 2003). Frankreich nimmt eine mittlere Position bei den öffentlichen Einrichtungen ein, wobei zu berücksichtigen ist, dass hier neben der öffentlichen Betreuungsinfrastruktur die Beschäftigung von Tagesmüttern staatlich gefördert wird (FAGNANI und LETABLIER 2002). Für Kinder zwischen drei Jahren und dem Grundschulalter – in Deutschland und Frankreich sechs, in Schweden sieben Jahre – weist Frankreich mit 99% die höchste Betreuungsdichte in den Vorschulen auf (*écoles maternelles*).

Angesichts der Tatsache, dass die im internationalen Vergleich niedrige Erwerbsquote von Frauen mit einer ebenfalls unterdurchschnittlichen Geburtenrate einhergeht, muss eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wesentliches Ziel sein – im Interesse einer besseren Nutzung der Ressourcen gut ausgebildeter Frauen wie im Interesse einer Erhöhung der Geburtenrate. Je mehr es gelingt, berufliche Ziele und Kinder zu vereinbaren und damit verstärkt eine Parallelität von Beruf und Familie herzustellen, desto größer sind auch die Chancen, das enge Zeitfenster, in dem Kinder in Erwägung gezogen werden, zu vergrößern (ALLENSBACH 2004).

5 Zusammenfassung

Im Rahmen der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie (1998 – 2000)“ war es möglich, die Einstellungen von Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erheben und darüber hinaus ihre gelebte Praxis bei der familiären Arbeitsteilung detailliert und insbesondere differenziert zu erfassen. Bei dieser Untersuchung bildete die gezielte Betrachtung der neuen und alten Bundesländer im Vergleich interessante Ergebnisse. Auffällig ist hierbei, dass sich die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation zum Zeitpunkt der Durchführung der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“, d.h. 10 Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, signifikant unterscheidet. Doch es gibt auch Übereinstimmungen hinsichtlich der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der privaten Kinderbetreuung, der Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten der externen Kinderbetreuung und der Unzufriedenheit mit der staatlichen Unterstützung, wie sie in Kap. 4.6 eingehend diskutiert wurden.

Wie in Kap. 3 ausführlich dargestellt wurde, dominieren die signifikanten Unterschiede im Vergleich der neuen und alten Bundesländer. Bereits bei der Frage der Zuständigkeit bei der Kindererziehung zeigt sich, dass mehr als zwei Drittel der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern in den neuen Bundesländern sich und ihre Partner zu gleichen Teilen um die Kindererziehung kümmern werden. In den alten Bundesländern gibt über die Hälfte der befragten Wöchnerinnen an, dass die Kindererziehung vor allem ihre Aufgabe sein wird (Abb. 18). Diese signifikanten Unterschiede zeigen sich ebenfalls bei der Frage, ob die Frau auf die eigene Erwerbstätigkeit verzichten sollte, wenn noch Kleinkinder im Haushalt zu versorgen sind und der Partner genug Geld verdient, damit sein Einkommen für die Versorgung der Familie ausreicht. In den alten Bundesländern ist die Zustimmung der Wöchnerinnen deutlich höher (74,3%) als in den neuen Bundesländern: Hier lehnen 43% der Wöchnerinnen die Aussage ab, dass Mütter auf ihre Erwerbsarbeit verzichten sollten, auch wenn der Partner ein ausreichendes Einkommen erzielt (Abb.19).

Die ablehnende Haltung der befragten Wöchnerinnen der neuen Bundesländer zeigt sich auch in der Praxis, da die Erwerbstätigkeit bzw. die geplante Erwerbstätigkeit deutlich höher ist als bei den Wöchnerinnen der alten Bundesländer. Hier überwiegt die Zustimmung zur „traditionellen Normalfamilie“, wo der Ehemann das Einkommen sichert und die Frau auf Haus- und Reproduktion beschränkt wird. Schließlich gaben ein Drittel der Befragten in den neuen Bundesländern an, dass sie vor der Schwangerschaft – und das bedeutet mit bereits zwei Kindern – voll erwerbstätig waren. In den alten Bundesländern waren es lediglich 25,8% (Abb. 11). Hierin zeigt sich die starke Erwerbsorientierung der Frauen aus den neuen Bundesländern, wie auch von anderen Untersuchungen bestätigt wird (RICHTER 1996).

Die hohe Erwerbsorientierung zeigt das Selbstverständnis der heutigen Generation an Frauen der neuen Bundesländer als arbeitende Mutter, wie es zur Zeit der ehemaligen DDR im Alltag gelebt werden konnte. Die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf waren aufgrund der flächendeckenden Betreuungsinfrastruktur als eine parallele Vereinbarkeit lebbar und nicht, wie es in den alten Bundesländern auch heute noch der Fall ist, wo das Vereinbarkeitsmodell als Drei-Phasen-Modell gefördert wird (DORNSEIFF und SACKMANN 2003). Bei diesem Modell steht nicht die Gleichzeitigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Fokus, sondern das Nacheinander von Erwerbsarbeit, Familiengründung und Wiedereinstieg in den Beruf.

Auch heute ist die Betreuungsinfrastruktur in den neuen Bundesländern besser als in den alten Bundesländern. Dies zeigen BÜCHEL und SPIESS (2002) (Tab.3) als auch die Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ zur Frage nach der Möglichkeit der Wöchnerinnen mit drei und mehr Kindern, Beruf und Familie zu vereinbaren: Betrachtet man die Diskrepanzen zwischen der Einschätzung der *allgemeinen* Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Abb. 20) und der *persönlichen* Möglichkeiten (Abb. 21), so zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern: Während lediglich 8,8% der Wöchnerinnen aus den neuen Bundesländern angeben, dass es ihnen nicht möglich ist, persönlich Beruf und Familie zu vereinbaren, geben das dreimal so viele Wöchnerinnen aus den alten Bundesländern an (27,3%).

Die Untersuchungsergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ lassen sich weiter wie folgt zusammenfassen: Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung unterschieden sich die beiden deutschen Gesellschaften in vielerlei Hinsicht. Bevölkerungspolitisch verfolgten die deutschen Gesellschaften unterschiedliche Ziele: Während in der ehemaligen DDR das sozialistische Familienbild und die institutionelle Einflussnahme auf Familien politisch gewünscht wurde, versuchte der BRD-Staat wenig Einfluss auf Familien zu nehmen. Hierbei muss allerdings entschieden betont werden, dass es durchaus zu einer starken Einflussnahme durch den Staat kommt, wie z.B. die Förderung der Familie ausschließlich im Rahmen der Ehe zeigt, wo Alleinerziehende und alternative Lebensformen nicht als potenzielle Familien gefördert werden.

Die Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ zeigen, dass die Teilung in zwei unterschiedliche Staaten sich nicht allein in Politik und Wirtschaft, sondern auch in einem unterschiedlich generativen Verhalten der beiden deutschen Staaten niedergeschlagen hat: In der ehemaligen DDR lag die Kinderlosigkeit bei lediglich 10%; jede Mutter hatte mindestens

ein Kind, das meistens zusammen mit dem Partner aufwuchs. Die Geburtenförderung konzentrierte sich auf eine gezielte Förderung und Unterstützung der Frauen zur Unabhängigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Investition des Staates in die Frauen und potenziellen Mütter geschah unabhängig vom familiären Status der Ehe.

Anders stellt sich die Situation in den alten Bundesländern dar: Hier zeigt sich, dass Familienförderung nach wie vor an den Status der Ehe gebunden ist: 81% der Kinder unter 18 Jahren wachsen bei ihren verheirateten Eltern auf. In den neuen Bundesländern ist dieser Anteil mit 62% deutlich niedriger als in den alten Bundesländern. Auch wachsen in den alten Bundesländern lediglich 14% bei einem allein erziehenden Elternteil auf. In den neuen Bundesländern ist dieser Anteil mit 22% allein erziehenden Elternteilen um immerhin 8% höher als in den alten Bundesländern. Der Anteil der Kinder unter 18 Jahren, die bei alternativen, nicht verheirateten oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften aufwächst, beträgt in den alten Bundesländern lediglich 5%. In den neuen Bundesländern sind es immerhin 16%. (STATISTISCHES BUNDESAMT 2005/ vgl. Kap 4.4). Somit kommt es in den alten Bundesländern zu einer Spaltung der Bevölkerung in Kinderlose und diejenigen, die heiraten und durchschnittlich zwei Kinder zur Welt bringen. Die Fachliteratur bezeichnet dieses Phänomen als Polarisierung der Gesellschaft in Kinderlose und Nicht-Kinderlose (DORBRITZ und GÄRTNER 1999, DORBRITZ und SCHWARZ 1996). In den neuen Bundesländern ist dieses Phänomen der Polarisierung (noch) nicht so stark ausgeprägt wie in den alten Bundesländern.

Es stellt sich also die Frage, ob es angesichts der Angleichung der Gesetzgebung nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu einer Angleichung des generativen Verhaltens der neuen Bundesländer an die Strukturen der alten Bundesländer kommen wird. Die Ergebnisse der „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ zeigen, dass die unterschiedlichen Erwerbs- und Vereinbarkeitsmuster in den neuen und alten Bundesländern Bestand haben. Das gesellschaftliche System der ehemaligen DDR hat in der Lebensplanung und in den Einstellungen der Wöchnerinnen seine Spuren hinterlassen. Diese Einstellungsunterschiede liegen in der starken Integration der Frauen in der ehemaligen DDR in den Arbeitsmarkt begründet. Diejenigen, die nicht auf Berufsarbeit verzichten wollen, werden die Realisierung ihres Kinderwunsches auf ein Kind reduzieren, anstatt wie zuzeiten der DDR mit zwei oder mehr Kindern (RICHTER 1996).

Gleichzeitig kann durch die „Kinderwunsch- und Wachstumsstudie“ gezeigt werden, dass die unterschiedlichen Erwerbs- und Vereinbarkeitsmuster in den neuen und alten Bundesländern Bestand haben. So wird die starke Erwerbsorientierung der Wöchnerinnen mit drei

und mehr Kindern der neuen Bundesländer nach wie vor auch heute noch von einer besseren Betreuungsinfrastruktur aus Zeiten der ehemaligen DDR unterstützt.

Deutschland liegt im europäischen Vergleich mit seinem Angebot an Kinderbetreuung weit hinter den meisten europäischen Ländern zurück, der Anteil privater Familienarbeit ist hier besonders hoch. Ein rechtlicher Anspruch besteht momentan nur für eine Halbtagskinderbetreuung ab dem Alter von drei Jahren. Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren beträgt im bundesdeutschen Durchschnitt 10%. Hinzu kommt die regionale ungleiche Verteilung zwischen urbanen und ruralen Räumen sowie zwischen den neuen und alten Bundesländern. Hier setzten die aktuellen Forderungen der Familienministerin URSULA VON DER LEYEN nach dem Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren an; doch selbst wenn die Familienministerin ihre Pläne durchsetzen kann, wird es lediglich für 35% der Kleinkinder Betreuungsplätze geben.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Forderungen der Familienministerin URSULA VON DER LEYEN, neue Betreuungsplätze für Kleinkinder in Tageseinrichtungen zu schaffen und das Ehegattensplitting zu verändern, durchaus zeitgemäß und der heutigen Realität angepasst sind. Die meisten jungen Menschen wollen nicht mehr wie bisher vor die Wahl Beruf *oder* Familie gestellt werden. Die gleichzeitige Berufstätigkeit beider Partner ist das heute mehrheitlich gewünschte Lebensmodell (DEUTSCHE SHELL-JUGENDSTUDIE 2000). Mitte des 20. Jahrhunderts mag die Devise des Bundeskanzlers Konrad Adenauer „Kinder bekommen die Menschen sowieso“ noch als natürlicher Prozess verstanden worden sein, aber heute gibt es Entscheidungsfreiheit in Bezug auf die Realisierung der Kinderwünsche, die meistens hinter der gewünschten Kinderzahl zurückbleibt. Während, wie in Kap. 4.3 dargestellt, die Deutschen im Jahr 1992 in der Regel noch zwei Kinder wollten, ist der Durchschnitt auf 1,7 Kinder gesunken. Wie jedoch in Kap. 4.2.2 gezeigt wurde, liegt die Geburtenrate in Deutschland bei durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau. Die Deutschen wollen nicht nur immer weniger Kinder, sie bekommen auch immer weniger (BIB 2004).

Die Frage nach der Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesplätze wird in Deutschland wieder einmal genutzt, um längst überfällige Reformen zu blockieren, wie sie in den europäischen Nachbarländern als positive Beispiele für eine pronatalistische Bevölkerungspolitik längst Gestalt angenommen haben. Aber Familienpolitik ist mehr als die Einrichtung von Kindertagesplätzen *oder* die Erhöhung von Kindergeld. Was Deutschland braucht, ist ein Gesamtkonzept, das mehr für berufstätige Mütter tut, die sich nicht zwischen Beruf *oder* Familie entscheiden wollen. 90% der Frauen bekommen ihr erstes Kind, wenn sie bereits berufstätig sind.

Ein „Sowohl-als-auch“ beinhaltet selbstverständlich die Wahlfreiheit, sich ausschließlich um seine Kinder kümmern zu können. Aber angesichts der geringen Betreuungsquote für Kleinkinder in ganz Deutschland kann von einer Wahlfreiheit für Familie *und* Beruf nicht wirklich gesprochen werden. Deshalb sollte man sich die Worte des Bundespräsidenten HORST KÖHLER bei der Eröffnung der zweiten Konferenz mit dem Titel „Forum Demografischer Wandel“ im Dezember 1999 in Berlin zu Herzen nehmen und endlich den Weg bereiten für ein *neues* Familienbild, damit Familie kein „Auslaufmodell“ wird.

6 Literaturverzeichnis

- 1 *Bast K, Ostner I*: Ehe und Familie in der Sozialpolitik der DDR und BRD – ein Vergleich. In: *Schmähl W* (Hrsg.): Sozialpolitik im Prozess der deutschen Vereinigung, Frankfurt/M 1992: 228 – 270
- 2 *Bauereiß R, Bayer H, Bien W*: Familienatlas II: Lebenslagen und Regionen in Deutschland. Leske + Budrich 1997
- 3 *Beck U*: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, 1. Aufl. Suhrkamp, Frankfurt/M 1986
- 4 *Becker GS*: Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. In: Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften (32), Mohr, Tübingen 1982
- 5 *Beck-Gernsheim E*: Vom Geburtenrückgang zur neuen Mütterlichkeit? Beck, Frankfurt/M 1984
- 6 *Beckmann P, Kurtz B*: Die Betreuung der Kinder ist der Schlüssel, IAB-Kurzbericht, Nr. 10, 2001: 1 –7
- 7 *Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: Benchmarking Deutschland. Aktuell, Gütersloh 2002
- 8 *Bertram H*: Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. DJI: Familien-Survey 1. Leske + Budrich, Opladen 1991
- 9 *Birg H und Galler HP*: Demographische Entwicklung und gesellschaftliche Planung. Forschungsreihe des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik IBS, Universität Bielefeld, Bd. 6. Frankfurt/M.; Campus Verlag 1983
- 10 *Birg H*: Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990. Berlin; Duncker & Humboldt 1975
- 11 *Brinkmann C, Engelbrecht G*: Erwerbsbeteiligung und Erwerbstätigkeit von Frauen. In: *Wagner G, von Rosenblatt B, Blaschke D* (Hrsg.): An der Schwelle zur Sozialen Marktwirtschaft. Ergebnisse aus der Basiserhebung des Sozio-ökonomischen Panels in der DDR im Juni 1990 (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung). Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit 1991
- 12 *Brüderl J, Klein T*: Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland 1960 – 2000. In: *Bien W, Marbach JH* (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Deutsches Jugendinstitut, Familien-Survey, Bd. 11, Leske + Budrich, Opladen 2003
- 13 *Büchel F, Spiess CK*: Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland, (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (220), Kohlhammer, Stuttgart 2002

- 14 *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB): Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Die wichtigsten Fragen. Schriftenreihe des BIB, Sonderheft 2. überarb. Auflage, Wiesbaden 2004*
- 15 *Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit: Vierter Familienbericht: Die Situation der älteren Menschen in der Familie. Bonn 1986*
- 16 *Buttler G: Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik. Ausmaß und Konsequenz. Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Köln, Deutscher Instituts-Verlag 1979*
- 17 *Clauß G, Ebner H: Grundlagen der Statistik. Volk und Wissen Verlag, Berlin 1974*
- 18 *Dannenbeck C, Keiser S, Rosendorfer T: Familienalltag in den alten und neuen Bundesländern – Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In: Nauck B, Schneider N, Tölke A (Hrsg): Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch. Enke, Stuttgart 1995: 103 – 118*
- 19 *Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000, Bd 1 Opladen, Leske + Budrich 2000*
- 20 *Dietl J: Geburtenentwicklung. Weiterer Rückgang zu erwarten. Dtsch Ärztebl Jg 98 (19) 11. Mai 2001, A1234 – A1238*
- 21 *Dorbritz J, Gärtner K: Bericht 1995 über die demographische Lage in Deutschland. Z Bevölkerungswiss (4) 1995 : 339 – 448*
- 22 *Dorbritz J, Schwarz K: Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsform und Ursachen. Z Bevölkerungswiss Jg 21 (3) 1996: 231 – 261*
- 23 *Dorbritz J, Gärtner K: Berechnungen zur Kinderlosigkeit am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – methodische Probleme und Ergebnisse, In: BIB-Mitteilungen. Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt. Wiesbaden, 1999: 13 – 15*
- 24 *Dornseiff J-M, Sackmann R: Familien-, Erwerbs- und Fertilitätsdynamiken in Ost- und Westdeutschland. In: Bien W, Marbach JH (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritte Welle des Familien-Survey. Deutsches Jugendinstitut, Familien-Survey (11), Leske + Budrich, Opladen 2003*
- 25 *Engelbrech G: Erziehungsurlaub – und was dann? IAB-Kurzbericht, Nr. 8 1997*
- 26 *Engstler H, Menning S: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemografische Entwicklung in Deutschland. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), erw Neuaufl, Bonn 2003*
- 27 *Engstler H: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt (Hrsg.), Akt u. erw Aufl, Bonn, 1998*
- 28 *Fagnani J, Letablier M-T: Die französische Politik der Kinderbetreuung in den Fängen der Beschäftigungspolitik. Feministische Studien (2002) 2: 199 – 213.*

- 29 Franke L, Schubnell H (Hrsg.): Keine Kinder, keine Zukunft? Zum Stand der Bevölkerungsforschung in Europa. Das Heidelberger Studio, 65, Bold, Boppard 1978
- 30 Geißler R, Meyer T: Struktur und Entwicklung der Bevölkerung. In: Geißler R: Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Wiedervereinigung. 3. überarb Aufl. Westdeutscher Verlag Wiesbaden 2002: 49 – 81
- 31 Heinrich G, Herschbach P, von Rad M: „Lebensqualität“ in den alten und neuen Bundesländern. In: Kurzmittelungen – PPM Psychother. Psychosom Med Psychol 42 (1992): 31 – 32
- 32 Hille B: Familie und Sozialisation in der DDR. Leske + Budrich, Opladen 1995
- 33 Höhn C, Schubnell H: Bevölkerungspolitische Maßnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrieländern (II). Z Bevölkerungswiss 12 (2) 1986: 185 – 219
- 34 Huinink J: Vergleichende Familienforschung: Ehe und Familie in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland. In: Vaskovics LA (Hrsg.): Familienleitbilder und Familienrealitäten. Europäische Leske + Budrich, Opladen 1997: 308 – 325
- 35 Hullen G: Lebensverläufe in West- und Ostdeutschland. Leske + Budrich, Opladen 1998
- 36 Institut für Demoskopie Allensbach: Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44-jährigen Bevölkerung. Allensbach am Bodensee 2003
- 37 Kirchof P: Das Gesetz der Hydra. Gebt den Bürgern ihren Staat zurück! München, Droemer 2006
- 38 Klammer U, Klenner Ch, Ochs Ch, Radkte P, Ziegler A: Erwerbstätigkeit. WSI-FrauenDaten Report (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung (26)), Edition Stigma, Berlin 2000
- 39 Klammer U, Daly M: Die Beteiligung von Frauen an europäischen Arbeitsmärkten. In: Gerhard U et.al. (Hrsg.): Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich, München, C.H. Bech, 2003: 193 – 217
- 40 Krentz H: Statistische Analysen und Datenverwaltung mit SPSS in der Med. Universität Rostock, Inst f Med Informatik u Biometrie 2001
- 41 Kreyenfeld M, Spieß CK, Wagner GG: Kinderbetreuungspolitik in Deutschland. Möglichkeiten nachfrageorientierter Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente. Z Erziehungswiss, 5. Jg, Heft 2/2002: 201 – 221
- 42 Lauterbach W: Familie und private Lebensformen. In: Glatzer W, Ostner I (Hrsg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Leske + Budrich, Opladen 1999: 239 – 254
- 43 Loy G: Theoretische Ansätze zur Erklärung des veränderten generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft (H 25) 1981, Wiesbaden
- 44 Löhr H: Lebensverläufe im Wandel, In: Bertram H (Hrsg) Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchssituation. DJI: Familien-Survey Bd 2, Leske + Budrich, Opladen 1992

- 45 *Löhn H*: Kinderwunsch und Kinderzahl. In: *Bertram H* (Hrsg.): Die Familie in Westdeutschland. Leske + Budrich 1991: 461 – 495
- 46 *Lutz W*: Werden Kinder in Europa Mangelware? In: Family Observer. Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten, *Europäische Union* (Hrsg.) 1999
- 47 *Mackenroth G*: Bevölkerungslehre. Springer Verlag, Berlin 1953
- 48 *Mitterauer M, Sieder R*: Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie. 4. Aufl, Beck'sche Reihe, München 1991
- 49 *Mitterauer M*: Familie und Arbeitsteilung – historischvergleichende Studien. In: *Ehlat HCh, Konrad H* (Hrsg): Kulturstudien (26). Böhlau Verlag, Wien – Köln – Weimar 1992
- 50 *Neumann H-G*: Zur Situation von Ehe und Familie in Deutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung. Medizin Beiträge, Rostock 1993: 99 – -103
- 51 *Ochs Ch*: Frauendiskriminierung in Ost und West – oder die relativen Erfolge der Frauenförderung. Eine Bestandsaufnahme in beiden ehemaligen deutschen Staaten, In: *Hausen K, Krell G* (Hrsg): Frauenerwerbsarbeit, Forschung zu Geschichte und Gegenwart. Mehring, München 1993: 47 – 67
- 52 *Onnen-Isemann C*: Familienpolitik und Fertilitätsunterschiede in Europa, Frankreich und Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, B44/2003: 31 – 38
- 53 *Parsons T*: Gesellschaften: Evolutionäre und komparative Perspektiven. Verlag Surkamp, Frankfurt/M 1975
- 54 *Perrez M*: Krise der Kleinfamilie? Hans Huber Verlag, Bern – Stuttgart – Wien 1979
- 55 *Peuckert R*: Familienformen im sozialen Wandel. 4. Aufl, Leske + Buderich, Opladen 2002
- 56 *Richter K*: Zum Wandel von Kinderwunsch und Familiengründung in den neuen Bundesländern. Demographie aktuell: Vorträge – Aufsätze – Forschungsberichte Nr 8, Berlin 1996
- 57 *Rosenstiel L von*: Zur Motivation des generativen Verhaltens – theoretische Konzepte und Untersuchungsansätze. *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB)* (Hrsg), 1978: 91 –104
- 58 *Sackmann R*: Ist das Ende der Fertilitätskrise in Ostdeutschland absehbar?. Z Bevölkerungswiss Jg 24 (2) 1999: 187 – 211
- 59 *Schilp M-L*: Ökonomie der Familie – Reichweite und Begrenzungen des ökonomischen Ansatzes zur Erklärung familialen Verhaltens. Marchal- und Matzenbacher-Wissenschaftsverlag, Krefeld 1984
- 60 *Schmidt U*: Deutsche Familiensoziologie. Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002
- 61 *Schneider NF*: Familie und private Lebensführung in West- und Ostdeutschland. Enke, Stuttgart 1994

- 62 Schwarz K: Bericht 2000 über die demographische Lage in Deutschland. Z Bevölkerungswissenschaft, Jg. 26 (1) 2001: 3 – -54
- 63 Schwarz K: Geburtenentwicklung und Familienpolitik in der (früheren) DDR – Beispiel einer pronatalistischen Politik. Z Familienforsch 4, 1992: 248 – 262
- 64 Statistisches Bundesamt: Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2004. Wiesbaden 2005
- 65 Stiegler B: Mutter-Vater-Kind-Los. Eine Analyse des Geburtenrückgangs aus der Geschlechterperspektive. *Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungszentrum der Friedrich Ebert Stiftung* (Hrsg.), Abt. Arbeit und Sozialpolitik. Expertisen zur Frauenforschung. Bub-Verlag, Bonn 2006
- 66 Ströbel-Richter Y, Bähler E: Kinder – warum eigentlich nicht?...Repräsentative Ergebnisse einer Studie im Osten und im Westen Deutschlands. Zbl Gynäk 123 (2001): 64 – 67
- 67 Trappe H: Emanzipation oder Zwang? Familien in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Akademie-Verlag, Berlin 1995
- 68 Vaskovic LA, Garhammer M, Schneider NF, Kabat vel Job O: Familien-und Haushaltsstrukturen in der ehemaligen DDR und in der Bundesrepublik Deutschland von 1980-1989 – ein Vergleich. *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung* (Hrsg.), Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 24, Wiesbaden 1994
- 69 Vaupel JW, Loichinger E: Der demografische Wandel wird schon bald etwas kosten. Neuer Rostocker Index misst wirtschaftliche Folgen. Demographische Forschung. Aus Erster Hand, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Jg 3, Nr. 1. 2006: 1 – -2
- 70 Veil M: Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte (44) 2003: 12 – 22
- 71 Voigt M: Befragung von Wöchnerinnen: Unzufrieden mit Unterstützung. Dtsch Ärztebl 103 (10) 2006: A-600
- 72 Weick S: Auszug aus dem Elternhaus. Heirat und Elternschaft werden zunehmend ausgeschlossen. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) Nr 27, 2002: 11 – 14
- 73 Wendt H: Familienbildung und Familienforschung in der ehemaligen DDR. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden 1993
- 74 Winkler G: Frauenreport'90. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990
- 75 Zapf W, Mau S: Eine demografische Revolution in Ostdeutschland. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr 10 1993: 1 – 4

7 **Lebenslauf**

Mein Lebenslauf wird aus datenschutzrechtlichen Gründen in der elektronischen Version meiner Arbeit nicht veröffentlicht.

Rostock, im August 2007

Andreas Zapf

8 Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich eidesstattlich, die vorliegende Arbeit selbständig ohne fremde Hilfe, nur unter Nutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und weder diese noch eine andere Arbeit zuvor an einer Hochschule als Dissertation eingereicht zu haben.

Rostock, im August 2007

Andreas Zapf

9 Danksagung

Herzlich danken möchte ich Frau PD Dr. rer. nat. habil. R. Siegmund vom Inst. für Human- und Gesundheitswissenschaften der Medizinischen Fakultät der Charité – Universitätsmedizin Berlin für die Übernahme der Arbeit.

Für die Bereitstellung der Daten und für die Hilfe bei der statistischen Bearbeitung des Datenmaterials danke ich Herrn PD Dr. Dr. rer. med. habil. M. Voigt vom Deutschen Zentrum für Wachstum, Entwicklung und Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter, Berlin.

Des Weiteren möchte ich mich ganz herzlich bei den Wöchnerinnen, Ärzten, Hebammen und Schwestern der beteiligten Kliniken für das Ausfüllen der Fragebögen und die wohlwollende Unterstützung des Projektes bedanken.

Rostock, im August 2007

Andreas Zapf